

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 29

März 2024

### Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Jürgen Hartmann Gegensätze – Spannungen – Konflikte Oerlinghausen im Kaiserreich 1890-1918	2
Joachim Kleinmanns Die jüdische Familie Examus in Detmold	74
<b>Dokumentation</b>	
Bärbel Sunderbrink Ein vergessener Oberbürgermeister. Dr. Emil Peters 1882-1934	87
<b>Interview</b>	
22 Jahre in der „Archiv-WG“. Ein Rückblick mit Dr. Hansjörg Riechert, dem scheidenden Leiter des Kreisarchivs Lippe	92
<b>Rezensionen</b>	
V. Katz, Der Blaue Salon und andere Torheiten (J. Hartmann)	99
<b>Impressum</b>	102

### Editorial

*Die Dorfgemeinde Oerlinghausen erlebte in der Kaiserzeit eine radikale Veränderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Jürgen Hartmann beleuchtet die vielen Facetten dieser Entwicklung von ihren ersten Erscheinungen bis hin zum gelungenen revolutionären Übergang in die demokratische Republik von Weimar.*

*Gegenüber zionistischer Werbung betonte der Getreidehändler Examus einst seine tiefe Verbundenheit mit Detmold und dem Teutoburger Wald. Joachim Kleinmanns berichtet, wie die Familie Examus in Lippe heimisch wurde, aber auch, wie sie diese Heimat durch erzwungene Emigration, Deportation und Mord verlor.*

*Bärbel Sunderbrink erinnert mit Emil Peters an einen Detmolder Oberbürgermeister, der nicht bereit war, sich den Nationalsozialisten zu beugen. Er wurde 1933 von ihnen gewaltsam aus dem Amt gedrängt und nach 1945 weitgehend vergessen.*

*Als Hansjörg Riechert vor mehr als 20 Jahren die Leitung des Kreisarchivs Lippe übernahm, war seine Ausgangsbasis ein Depositum aus dem Staatsarchiv. Heute, zu seinem Abschied, übergibt er ein funktionierendes, personell gut ausgestattetes und angesehenes Zentralarchiv, das nicht nur die Überlieferung des Kreises Lippe und seiner Vorgänger, sondern auch die mehrerer lippischer Städte und Gemeinden sichert. Im Gespräch mit der Redaktion blickt er auf sein Wirken zurück.*

## Gegensätze – Spannungen – Konflikte Oerlinghausen im Kaiserreich 1890 – 1918

von Jürgen Hartmann

### Einleitung

Max Staercke, der langjährige Detmolder Journalist, Verleger und frühere liberale Landtagsabgeordnete, brachte die Situation in Oerlinghausen während der letzten Jahrzehnte des Kaiserreichs prägnant auf den Punkt. In einer 1936 erschienenen kurzen Skizze über das Wirken des Textilindustriellen Carl David Weber sowie dessen Sohnes Carl Weber und Schwiegersohnes Bruno Müller bezeichnete er das Dorf zu jener Zeit als „sozialen und politischen Brennpunkt der Gegensätze“.<sup>1</sup>

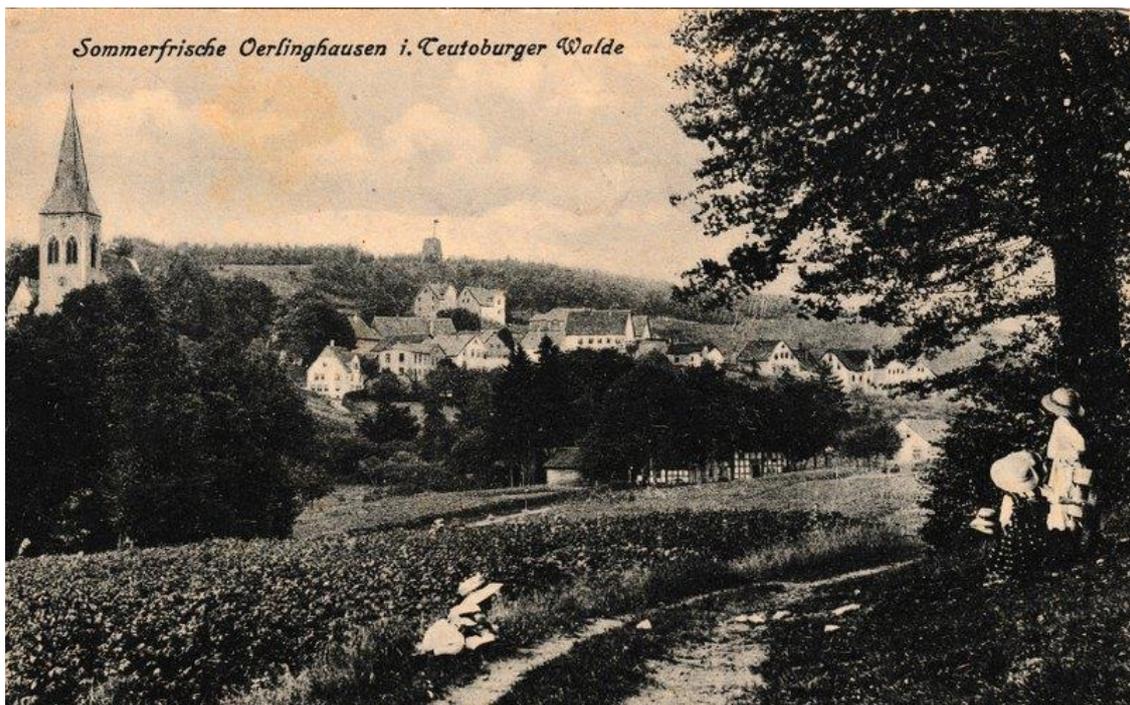


Abb. 1: Die idyllische Sommerfrische Oerlinghausen, ca. 1905.  
(Slg. Hartmann)

In dem knappen halben Jahrhundert des Bestehens des Kaiserreichs veränderte sich das im Westen des Fürstentums Lippe gelegene Oerlinghausen fundamental. Die Bevölkerungszahl

<sup>1</sup> MAX STAERCKE, Carl Weber d. Ält. (1824-1907), Bruno Müller (1848-1913), Carl Weber d. Jüng. (1858-1923). Die Gründer der Oerlinghauser Leinenindustrie, in: DERS., Menschen vom lippischen Boden. Lebensbilder, Detmold 1936, 343-345, hier 344. Zu Staercke s. ANDREAS RUPPERT, Max Staercke (1880-1959) – Publizist und Politiker in Lippe, in: ROSENLAND, ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 12/2011, 35-52.

stieg sprunghaft. Gerade der industrielle Sektor gewann in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Krieg rapide an Bedeutung. Die Infrastruktur entwickelte sich mit einer bis dahin ungekannten Dynamik. Als ein Resultat dieses Wandels verschärfen sich allerdings auch soziale und politische Konflikte in gravierendem Maße. Ab den 1890er Jahren wurden diese Spannungen zunehmend durch den Gegensatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestimmt. Politisch verfestigte sich dieser Klassengegensatz trotz leichter ökonomischer Verbesserungen. Es entstand ein tiefer Graben zwischen einer sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft und einer „bürgerlichen“ Schicht, die ihre Machtstellung und ihre Privilegien verteidigte.<sup>2</sup> Diese Situation dominierte das Zusammenleben innerhalb der Dorfgesellschaft.

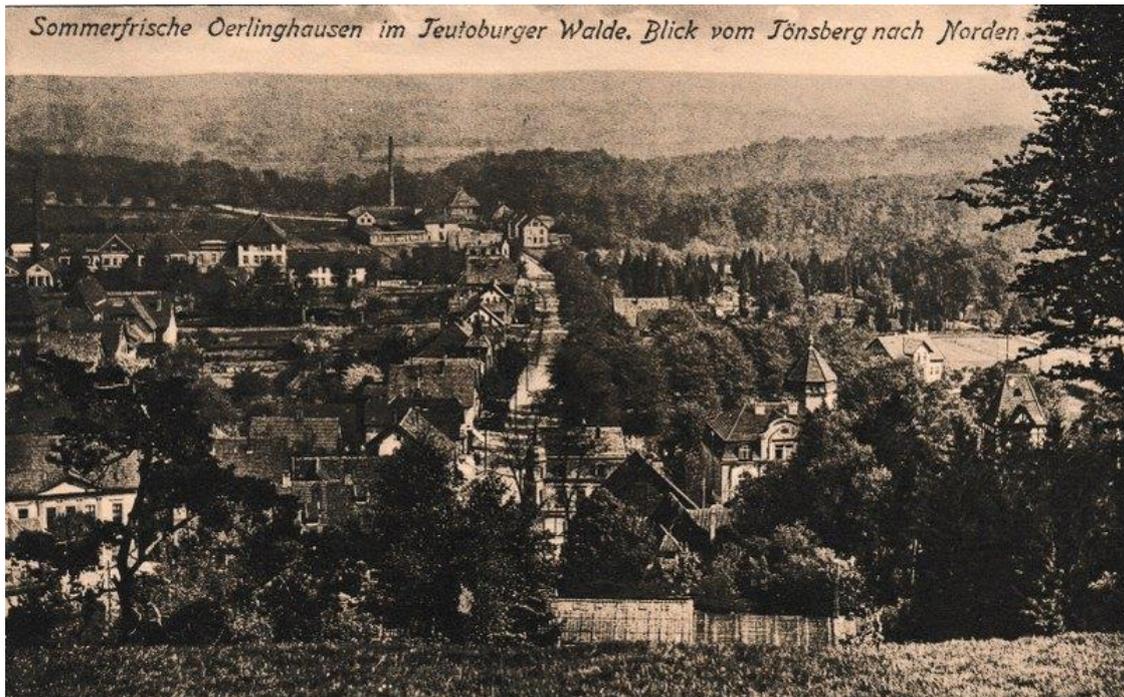


Abb. 2: Oerlinghausen um 1910.  
(Slg. Hartmann)

In Oerlinghausen „tickten die Uhren anders“ als in den agrarisch geprägten Bauerschaften der Umgebung, aber auch anders als im nahen, stärker industrialisierten Bielefeld. Im Ort spielte die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle, somit waren auch die konservativen Eliten, wie sie zumeist unter den Guts- und Großgrundbesitzern sowie unter den Geistlichen zu finden waren, deutlich in der Minderheit. In Oerlinghausen prägte eher der in Handel und Kaufmannschaft verankerte Liberalismus in verschiedenen Facetten das politische Geschehen. Es war ein selbstbewusster Liberalismus, der sich – gleich ob nationalliberaler oder freisinniger Ausrichtung – letztlich jedoch mit den Konservativen zu verbinden wusste, um sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Einfluss zu unterbinden. Den letzten Wall bildete das Dreiklassenwahlrecht, das bei den Gemeindewahlen ab den 1890er Jahren eine Mehrheit der Sozialdemokratie im Dorf verhinderte.

---

<sup>2</sup> Dazu auch JÜRGEN KOCKA, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Göttingen 1978.

Die deutsche Gesellschaft war bereits vor Kriegsbeginn 1914 von Umbrüchen und Krisen gezeichnet, die sich in der Oerlinghauser Dorfgesellschaft spiegelten. Zu lange hatten retardierende Kräfte, in diesem Fall die konservativen und nationalliberalen Eliten mit dem Kaiser an der Spitze, Reformen blockiert. Die Kriegsjahre beschleunigten schließlich das Implodieren eines verkrusteten politischen Systems. Den Schlusspunkt setzten dann die Revolution im November 1918 und die „Überleitung“ in die neue Staatsform. Das Bedürfnis nach Veränderungen war groß. Es erstaunt daher nicht, dass bei der Wahl zur Nationalversammlung und bei der ersten nach gleichem Wahlrecht vorgenommenen Landtagswahl Anfang 1919 die Oerlinghauser Wähler – und erstmals auch Wählerinnen – mit überwältigenden Mehrheiten für die Sozialdemokratische Partei (SPD) und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und somit für den Aufbruch in die Demokratie und für die Republik stimmten.

Der vorliegende Beitrag über Oerlinghausen in der zweiten Hälfte des Kaiserreichs und während des Ersten Weltkriegs beschäftigt sich mit Kontinuitäten und Brüchen, mit den „Unwuchten“ und Konflikten. Er befasst sich mit der Entwicklung des Ortes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, insbesondere aber mit der Herausbildung der politischen Milieus im letzten Vierteljahrhundert vor dem Krieg.

### **Bemerkungen zum Forschungsstand**

Die Zeit des Kaiserreichs mit dem Erstem Weltkrieg und der Revolution 1918 gehört zu den vielen wenig beleuchteten Themen der Oerlinghauser Geschichte. Eine umfassende und wissenschaftlichen Standards genügende Aufarbeitung der Entwicklung des 1926 mit Stadtrechten versehenen Dorfes von seinen Anfängen bis in die Gegenwart steht weiterhin aus. Die ergiebigen Quellenbestände in Landes- wie Kreisarchiv harren einer intensiven Auswertung.

Noch immer ist die Darstellung lokalhistorischer Themen zu Teilen durch die „Aufzeichnungen“ und einige andere Arbeiten des ehemaligen Bürgermeisters August Reuter geprägt.<sup>3</sup> Mitunter finden sogar Teile der 1936 zur 900-Jahrfeier Oerlinghausens erschienenen Chronik des Lehrers, Heimatforschers und NSDAP-Magistratsmitglieds Hermann Diekmann Berücksichtigung.<sup>4</sup> Ein 1984 im Vorfeld der 950-Jahrfeier von der Stadt herausgegebener Band mit dem

---

<sup>3</sup> FRITZ SOLL SEN./FRITZ SOLL JUN. (Bearb.), Die Dorfschaft Oerlinghausen, Aufzeichnungen von August Reuter, Oerlinghausen 1991 (im Folgenden: REUTER). Reuter (1883-1960) war von 1919 bis 1926 Gemeindevorsteher, dann nach der Stadtwerdung 1926 bis zu seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten im März 1933 Bürgermeister. Seit Mai 1945 amtierte er wiederum als Bürgermeister. Der angekündigten Absetzung durch die britische Militärverwaltung, weil er – so die Begründung – „nicht energisch genug gegen die Nationalsozialisten vorgehe“, durfte er im Januar 1946 mit einem Rücktrittsgesuch „aus gesundheitlichen Gründen“ zuvorkommen. S. dazu den Vorgang in: KREISARCHIV (KA) LIPPE, K 2 Lemgo Nr. 2599.

<sup>4</sup> HERMANN DIEKMANN, Die Geschichte der Bergstadt Oerlinghausen im Teutoburger Walde, Oerlinghausen 1936. Diekmann (1891-1974) war Lehrer und „Heimatforscher“. Er trat im Frühjahr 1933 in die NSDAP ein und wurde 1935 Mitglied des Magistrats. Diekmann widmete sich seit Mitte der 1920er Jahre als Laienforscher der „germanischen Vorgeschichte“ und betrieb – zumeist in dilettantischer Manier – archäologische Grabungen. Diese Arbeiten trafen während der Zeit des Nationalsozialismus auf fruchtbaren Boden. In der Tönsbergstraße 3 wurden ein Heimatmuseum und am Barkhauser Berg ein sogenanntes Germanengehöft eingerichtet. Zu Diekmanns „Germanen-

Untertitel „Geschichte und Geschichten“ ist breiter und tiefer gehend angelegt, setzt aber in einer Reihe von Beiträgen den Schwerpunkt eher auf „Geschichten“.<sup>5</sup> Erst mit dem kleinen zur stadtgeschichtlichen Ausstellung 1986 veröffentlichten Katalog fanden erstmals neben neuen Quellen auch erweiterte Perspektiven Eingang in die historische Aufarbeitung.<sup>6</sup>

Im Bild, welches August Reuter in seinen Beiträgen von der „kaiserlichen Zeit“ vermittelt, zeigt sich eine undifferenzierte Schilderung, die verschiedene Aspekte konsequent ausblendet. In einigen Kapiteln seiner „Aufzeichnungen“ im Goldenen Buch der Stadt, die vornehmlich zwischen 1928 und 1932 und zwischen 1948 und 1956 entstanden, hatte er sich in unstrukturierter Weise mit Leinenhandel, Textilindustrie und anderen Themen befasst. Es handelte sich vornehmlich um die Zeit, die Reuter, gleichnamiger Sohn des von 1894 bis 1907 tätigen Ortsvorstehers, als junger Mann noch erlebt hatte. In einem Absatz behandelte er die Gemeindeverwaltung in den Jahren 1893 bis 1907. Seine Darstellungen sind von reichlich Lokalkolorit geprägt, lassen jedoch wichtige Fragen unbeantwortet. Die Konflikte jener Zeit werden mit einer Aussage wie „Nein, von politischem Fanatismus und Hass konnte in jenen Jahren in Oerlinghausen nicht gesprochen werden“<sup>7</sup> verklärt oder weichgezeichnet. Diese Sicht ignoriert die damals vorhandenen starken sozialen Unwuchten ebenso wie die sich wenig freundlich gegenüberstehenden politischen Milieus sowie die daraus hervorgegangenen Spannungen. Selbst die „Schieflage“ durch das Dreiklassenwahlrecht findet bei ihm keine Erwähnung. Das von August Reuter gezeichnete Bild einer weitgehend heilen und intakten Dorfgemeinschaft wird den tatsächlichen Gegebenheiten und Entwicklungen nicht gerecht.

Der 1919 zum hauptamtlichen Gemeindevorsteher gewählte „bürgerliche“ August Reuter lässt sich in seiner politischen Haltung durchaus als indifferent bezeichnen. Er stand der Sozialdemokratie, insbesondere einzelnen Sozialdemokraten, nicht ablehnend gegenüber. Mit seinem Stellvertreter Albert Schütte, dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins, verband ihn sogar eine Art Freundschaft. August Reuter war bei weitem kein blindwütiger Nationalist oder gar Gegner der Republik, aber er war auch kein unbedingter Befürworter oder Verteidiger derselben. Im Lemgoer Kreisausschuss saß er bis 1933 als Vertreter der Bürgerlichen Liste, eines Zusammenschlusses vor allem von Anhängern der DDP bzw. Deutschen Staatspartei (DStP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), der sich als Gegengewicht zur SPD verstand. Der NSDAP traute er als „Mann der Verwaltung“ offenbar keine Kompetenz zu.<sup>8</sup> Dennoch ging Reuter im Februar 1933 im Kreisausschuss eine Listenverbindung mit der rechtsextremen Partei ein.<sup>9</sup> Als die Nationalsozialisten ihn im Frühjahr 1933 als Bürgermeister der Stadt Oerlinghausen absetzten, hoffte er noch bis zuletzt auf eine Zusammenarbeit mit ihnen.<sup>10</sup>

---

forschung“ s. UWE GARTENSCHLAEGER/JÜRGEN HARTMANN/HANS-CHRISTOPH SEIDEL, Eine rote Festung wird erobert. Der Nationalsozialismus in Oerlinghausen, Oerlinghausen 1986, 107-117.

<sup>5</sup> STADT OERLINGHAUSEN (Hg.), Oerlinghausen. Geschichte und Geschichten, Oerlinghausen 1984.

<sup>6</sup> ALEX MOLL, 950 Jahre Oerlinghausen. Vom Vorwerk zum Kirchort – vom Industriedorf zur Stadt, Oerlinghausen 1986. Zum Schrifttum über Oerlinghausen bis 1986 s. ERNST FLEISCHHACK, Literatur über die Stadt Oerlinghausen, Detmold 1986.

<sup>7</sup> REUTER, 246.

<sup>8</sup> Im Juni 1932 hielt Reuter der NSDAP im Lemgoer Kreisausschuss „doppeltes Spiel“ in der Entscheidung über den Kreis-Etat vor. Vgl. VOLKSBLATT vom 4. Juni 1932.

<sup>9</sup> LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 25. Februar 1933.

<sup>10</sup> GARTENSCHLAEGER/HARTMANN/SEIDEL 1986, 71-87.

## I Mischmaschleute – Ordnungsparteiler – Reichsfeinde: Politische Konflikte in einem Industriedorf

### Von der „Bauerschaft“ zum Industriedorf

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges war Oerlinghausen ein aufstrebendes Industriedorf mit rund 2.900 Einwohnern.<sup>11</sup> Im wirtschaftlichen Leben des Ortes besaß die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Zahl der in Wanderarbeit tätigen Ziegler hatte zwar seit der Jahrhundertwende langsam aber stetig abgenommen, noch immer aber verdingten sich Oerlinghauser in den Sommermonaten in der Fremde. Die Tabakindustrie – in Betrieben, in „kleinen Buden“ und in Heimarbeit wurden Zigarren gefertigt – befand sich im Dorf vor dem Krieg im Niedergang. Es war vornehmlich die Textilindustrie, die den Ort rund um den 333 Meter hohen Tönsberg prägte. Größtes Unternehmen war die Textilfabrik Carl Weber & Co. (CeWeCo) mit etwa 200 Beschäftigten.



Abb. 3: Zeichen der Industrialisierung: die mechanische Leinenweberei Carl Weber & Co. (CeWeCo), um 1906.  
(Slg. Hartmann)

Die Holzindustrie erlebte mit kleinen Möbelfabriken wie denen von Fillies und Heißenberg ihre Anfänge, wuchs aber erst nach dem Krieg zu einer nennenswerten Größe. Die Zahl der Einwohner, die als „Auspendler“ in Fabriken im nahe gelegenen Bielefeld beschäftigt waren,

---

<sup>11</sup> Dem Ergebnis der Volkszählung von 1910 nach waren von 2.774 Einwohnern 2.729 evangelischen (98,4 Prozent), 31 jüdischen und 14 katholischen Glaubens. Vgl. W. BERTELSMANN'S ADRESSBUCH ÜBER DIE PROVINZ WESTFALEN UND DIE FÜRSTENTÜMER LIPPE, SCHAUMBURG-LIPPE UND WALDECK-PYRMONT, Bielefeld 1913, 344.

stieg vor allem nach der Fertigstellung der Eisenbahnverbindung 1904 deutlich an. Überhaupt existierten engere wirtschaftliche Bindungen nach dort als nach Lippe hinein.<sup>12</sup>

In dem Vierteljahrhundert zwischen 1890 und 1914 hatte mit dem Wachstum der Wirtschaft in verhaltenem aber stetigem Tempo die Moderne Einzug in das Dorf gehalten. In anderen Regionen Deutschlands hatte diese Entwicklung deutlich eher eingesetzt und sie verlief schneller als in Lippe.<sup>13</sup> Gerade in Bezug auf das Transportmittel Eisenbahn, das „Vehikel des Fortschritts“, war im Fürstentum der Anschluss versäumt worden. Wer zuvor Oerlinghausen von Detmold oder Bielefeld erreichen wollte, war, so man den Weg nicht zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit der Kutsche zurücklegen konnte, auf die Personenpost- und Omnibusverbindung angewiesen. 1901 benötigte die zweimal täglich von Oerlinghausen nach Bielefeld verkehrende Postkutsche für die Strecke fast zwei Stunden.<sup>14</sup> Um 1902 nahm der Fuhrmann August Wille eine „Automobilomnibus“-Verbindung zwischen Oerlinghausen und Bielefeld auf. Sie bediente den Stadtteil Sieker, von wo die Fahrgäste dann mit der neuen elektrischen Straßenbahn bis in die Mitte Bielefelds gelangen konnten.<sup>15</sup> Im Herbst 1903 erfolgte schließlich der Anschluss des Dorfes an das Eisenbahnnetz. Zuerst wurde zum 1. Oktober der Streckenabschnitt Lage-Oerlinghausen freigegeben.<sup>16</sup> Ein Jahr später war die Verlängerung nach Bielefeld hergestellt.<sup>17</sup> Der Bahnhof, rund zweieinhalb Kilometer von Oerlinghausens Marktplatz entfernt in Asemissen, konnte über eine Kutsch- und dann Autobusverbindung erreicht werden. Pläne für eine gleislose elektrische Straßenbahnlinie ließen sich nicht realisieren.<sup>18</sup>

Seit Mitte der 1880er hatte sich Oerlinghausen langsam als touristisches Ziel mit Beherbergungs- und Gastronomieangeboten entwickelt. Als „Sommerfrische“ und selbst ernannter „Luftkurort“ vermochte das Dorf Tages- und Wochenendausflüglern vorwiegend aus Bielefeld Erholung zu bieten.<sup>19</sup> Um die Jahrhundertwende strömten in den wärmeren Monaten nun mit dem Zug zunehmend Besucher aus dem Ruhrgebiet in die reizvolle Idylle inmitten des Teutoburger Waldes. Seit Frühjahr 1905 begrüßte sie bereits am Bahnhof in Asemissen ein großes Schild mit

---

<sup>12</sup> Das zeigt sich ebenfalls daran, dass die in Bielefeld erscheinende WESTFÄLISCHE ZEITUNG über viele Jahre hinweg umfangreicher über das Geschehen in Oerlinghausen berichtete als die LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG. Unabhängig davon spielten die VOLKSWACHT, das Organ der SPD für Ostwestfalen und die Fürstentümer Lippe und Schaumburg-Lippe, oder das liberale Organ DER WÄCHTER, beide Blätter erschienen ebenfalls in Bielefeld, eine große Rolle.

<sup>13</sup> Zum Fürstentum Lippe von 1871 bis 1914 s. STEFAN WIESEKOPSIEKER, Lippe im Kaiserreich, in: HEIDE BARMAYER/HERMANN NIEBUHR/MICHAEL ZELLE (Hg.), Lippische Geschichte, Petersberg 2019, Bd. 1, 180-217. Allgemein zum Deutschen Reich s. CHRISTOPH NONN, Das Deutsche Kaiserreich. Von der Gründung bis zum Untergang, München 2017.

<sup>14</sup> Vgl. Fahrplan in der WESTFÄLISCHEN ZEITUNG (WZ) vom 30. April 1901. Nicht selten kam es zu unliebsamen Verzögerungen, weil sich Radteile lösten. Vgl. WZ vom 24. Mai 1901.

<sup>15</sup> WZ vom 18. August 1902.

<sup>16</sup> LLZ vom 29. September 1903.

<sup>17</sup> Zur Eröffnung s. LLZ und WZ vom 22. September 1904.

<sup>18</sup> Erster Hinweis in WZ vom 16. Januar und LLZ vom 17. Januar 1905. S. auch Akte zur Anlage einer Starkstromleitung u.a. für den Betrieb der Straßenbahn, 1901-1907, in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 80.13 Nr. 532.

<sup>19</sup> Offenbar wurde erstmals 1897 mit der Bezeichnung „Luftkurort Oerlinghausen“ geworben. Vgl. Anzeige des Erholungshauses Waldesruh, in: WESTDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Mai 1897. In den 1860er Jahren hatte es Bemühungen gegeben, den Ort als Bad Oerlinghausen zu etablieren. Die Bestrebungen standen in direktem Zusammenhang mit einem Kaltwasserbadebetrieb des Arztes Dr. Otto Caspari.

der Aufschrift „Luftkurort Oerlinghausen“ und ein gerade erschienener Prospekt des Verkehrs- und Verschönerungsvereins warb für die Vorzüge des Dorfes.<sup>20</sup> Im August 1905 verwies man stolz auf die Zahl von mehr als 250 Gästen. Alle Betten in den Pensionen waren somit zu diesem Zeitpunkt belegt.<sup>21</sup>



Abb. 4: Werben um Touristen: Broschüre des Verschönerungsvereins, 1905.  
(Slg. Hartmann)

Die Eisenbahn verringerte die Entfernungen, sorgte für eine neue Mobilität und beschleunigte die Entwicklung Oerlinghausens noch einmal spürbar. Die örtlichen Gegebenheiten konnten mit dieser Dynamik nicht immer Schritt halten. Die Straßen des Dorfes waren in ihrer Mehrzahl nicht oder weitgehend schlecht gepflastert und somit ständiges Thema im Dorfausschuss. Noch im Frühjahr 1904 beschwerten sich Bürger über die marode Hauptstraße:

„So schön sonst unser Ort auch ist, so unschön und unangenehm ist es für die Anwohner der Hauptstraße [...], dass das sehr schlechte Straßenpflaster nicht endlich einmal erneuert wird. Nur tiefe Löcher und Pfützen sind noch zu sehen und es ist eine Qual für die vor Frachtfuhrwerke gespannten Pferde, da die Wagendeichseln hin und her schlagen und den Tieren dadurch das Ziehen erschwert wird. Die meisten Radfahrer steigen an dieser Stelle von ihrem Rade ab und unlängst rief ein Stahlrosslenker aus: Oerlinghausen ist kein teures, aber ein sehr schlechtes Pflaster!“<sup>22</sup>

<sup>20</sup> WZ vom 1. März und 27. Juni 1905.

<sup>21</sup> WZ vom 21. August 1905.

<sup>22</sup> WZ vom 13. Februar 1904.

Bei Regenwetter waren Bürger und Besucher gezwungen, gar „bis über die Knöchel im Schmutz [zu] waten“, stellte ein weiterer Bewohner fest und appellierte: „Wenn Oerlinghausen auf der Höhe bleiben will, dann muss auch ordentlich gepflastert werden.“<sup>23</sup>

Die Infrastruktur entwickelte sich ab der Jahrhundertwende in steigendem Tempo. 1898 hatte es erste Pläne für eine elektrische Beleuchtung des Dorfes gegeben.<sup>24</sup> 1900 setzten die Gemeindevetreter allerdings noch auf die Gasbeleuchtung und rühmten sich, dass Oerlinghausen der erste Ort in Lippe sei, der Acetylen-Licht einsetze.<sup>25</sup> Die errichteten 40 Leuchten wurden schon Ende 1901 durch elektrische Laternen ersetzt:

„Am Sylvester-Abend wurden die Bewohner Oerlinghausens dadurch überrascht, dass plötzlich die Straßen durch elektrisches Licht hell erleuchtet wurden. Unser Ort steht nun bezüglich der Straßenbeleuchtung an erster Stelle in Lippe.“<sup>26</sup>

Die Ära der Elektrizität hatte in Oerlinghausen 1901 mit der Erteilung einer Konzession für die „elektrische Licht- und Kraftabgabe“ an eine neu gebildete Elektrizitätsgesellschaft eingesetzt, deren Gründung auf eine Initiative der Geschäftsführer des Holzunternehmens Meyer & Lindemeyer zurückging.<sup>27</sup> Im Laufe des Jahres 1902 erfolgten die ersten Hausanschlüsse. Die neue Stromversorgung erwies sich allerdings als anfällig für Spannungsschwankungen und noch 1910 kam es besonders in den Wintermonaten immer wieder zu Ausfällen.<sup>28</sup> Auf das Jahr 1901 gehen auch die Anfänge des Fernsprechnetzes zurück.<sup>29</sup> Im Frühjahr 1906 entstand außerdem ein modernes Postgebäude an der Bielefelder Straße, da das bisherige in der Detmolder Straße für die Abwicklung des ansteigenden Postaufkommens zu klein geworden war.<sup>30</sup>

Ein über viele Jahre ungelöstes Problem stellte die Wasserversorgung dar. Im Sommer 1892 waren sämtliche Brunnen ausgetrocknet und den Einwohnern blieben nur „zwei durch die Wasserleitung gespeiste Brunnen“ übrig.<sup>31</sup> Im Frühjahr 1899 musste die Feuerwehr beim Brand eines Hauses wegen Wassermangels sogar „mit stinkender Jauche“ spritzen.<sup>32</sup> Im Herbst 1908 versiegten wieder einmal die Brunnen im Ort für mehr als vier Wochen. Die Bewohner mussten mit Eimern ihr Wasser aus der Schopke holen.<sup>33</sup> Im Sommer 1911 zeigte sich der Wassermangel besonders eklatant.<sup>34</sup>

---

<sup>23</sup> WZ vom 16. Februar 1904

<sup>24</sup> WZ vom 16. Mai 1898.

<sup>25</sup> LIPPISCHE POST (LP) vom 4. Juli 1900.

<sup>26</sup> LP vom 6. Januar 1902.

<sup>27</sup> WZ vom 18. Mai und LLZ vom 20. Mai 1901. Zur Gründung der Gesellschaft mit Joë Meyer als Geschäftsführer s. LLZ vom 26. August 1901.

<sup>28</sup> WZ vom 22. November 1910.

<sup>29</sup> LP vom 2. August 1901.

<sup>30</sup> LIPPISCHE TAGES-ZEITUNG (LTZ) vom 26. März 1906.

<sup>31</sup> WZ vom 29. August 1892. Bereits 1864 war eine Wasserleitung mit Tonrohren verlegt worden. Dieses geschah offenbar wenig fachmännisch und sorgte für Protest. S. SONNTAGSPOST (Lemgo) vom 31. Juli und 14. August 1864.

<sup>32</sup> VOLKSWACHT vom 23. März 1899.

<sup>33</sup> WZ vom 10. November 1908.

<sup>34</sup> WZ vom 10. Juni 1911.

Nachdem Pläne für eine moderne Wasserleitung in den Vorjahren gescheitert waren, befasste sich der Dorfausschuss erneut mit einem Projekt, das ein Rohrnetz für 290 Haushalte und ein Pumpwerk an der Schopke vorsah.<sup>35</sup> Wie zuvor aber entzündeten sich Proteste.<sup>36</sup> Einige Einwohner wehrten sich gegen vermeintlich zu hohe Anschlussgebühren. Andere befürchteten Gesundheitsprobleme durch das Wasser aus der Schopke und setzten lieber auf ihre Hausbrunnen. Wieder andere schlugen eine Hydrantenanlage an der Boksiqsquelle vor.<sup>37</sup> Der Wassermangel des Sommers dauerte indes an und sorgte noch bis in den Januar 1912 hinein für Probleme.<sup>38</sup> Zwei Monate später konnte endlich mit dem projektierten Bau der Wasserleitung begonnen werden.<sup>39</sup> Mit der Errichtung eines kleinen Wasserwerkes an der Schopke fand das Projekt letztlich nach weiteren Verzögerungen durch Einwendungen von Bürgern seinen Abschluss.



*Abb. 5: Frauen und Kinder holen Wasser aus dem funktionierenden Brunnen am Simonsplatz, Sommer 1911.  
(Archiv Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen)*

Die rasante Entwicklung des Ortes spiegelte sich in einer stetig wachsenden Einwohnerzahl wie nach 1900 in einem regelrechten Bauboom wider.<sup>40</sup> Die Textilindustrie, vor allem das Unternehmen CeWeCo, und die Tabakindustrie hatten über Jahrzehnte für ein kontinuierliches Wachstum des Dorfes und ein entsprechendes Selbstbewusstsein der Oerlinghauser Bürger und Politiker gesorgt.

---

<sup>35</sup> WZ vom 18. Juli 1911.

<sup>36</sup> WZ vom 29. November 1911.

<sup>37</sup> LTZ vom 30. November 1911.

<sup>38</sup> WZ vom 9. Januar 1912.

<sup>39</sup> WZ vom 19. März 1912.

<sup>40</sup> LP vom 2. Mai 1900 und vom 25. April 1906.

1871	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1919	1925	1933
1.568	1.895	2.038	2.250	2.426	2.620	2.774	2.699	3.071	3.473

Tab. 1: Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Oerlinghausen nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1871 bis 1933.

Mehrere Vorstöße zum Erhalt städtischer Rechte und damit politischer und finanzieller Unabhängigkeit vom übergeordneten Amt Schötmar zeugen davon. Der erste datiert bereits aus der Zeit kurz nach der Reichsgründung 1871.<sup>41</sup> Wie dieser scheiterten weitere Gespräche, Anträge und Petitionen in den 1880er und 1890er Jahren. Der liberale *Wächter* berichtete 1889:

„Wir wollen hier einschalten, dass es der sehnlichste Wunsch aller Bewohner Oerlinghausens ist, eine wohlgeordnete städtische Verfassung zu erhalten und dieses Verlangen ist nur zu berechtigt, denn der jetzige Zustand, in welchem ein so großes Gemeinwesen von über 2.000 Seelen mit gut entwickelter Industrie von einem 14-15 Kilometer entfernten Orte [Amt Schötmar, JH] aus verwaltet wird, ist doch unhaltbar!“<sup>42</sup>

Die erneuten Versuche von 1895/96 und 1898/99 blieben gleichfalls erfolglos.<sup>43</sup>

### Gespaltene Dorfgesellschaft: Die sozialen Verhältnisse

Die Lebensverhältnisse in Oerlinghausen stellten sich sehr unterschiedlich dar. Es gab einige vermögende Kaufleute und Unternehmer, aber auch Armut. Zwar zeigten sich Not und Elend, wie von Georg Weerth 1845 in seiner Erzählung „Die Armen in der Senne“ beschrieben<sup>44</sup> und wie sie sich bei den sozialen Protesten und Ausschreitungen der Tagelöhner und Einlieger im März 1848 in Oerlinghausen und der nahen Umgebung sichtbar entluden, zunehmend weniger drastisch. Aber die wirtschaftliche Not war weit verbreitet und die Lebensverhältnisse in den unteren Schichten blieben prekär. Noch Jahre nach der Reichsgründung zogen besonders zur kalten Jahreszeit Bettler in Scharen aus dem kargen Senneraum durch Oerlinghausen und die Nachbarorte, wie die *Lippische Landes-Zeitung* 1879 beklagte:

„Zu Fastnacht wird die hiesige Gegend von Bettlern überschwemmt. Frauen und Kinder durchziehen die Dörfer und Gehöfte vom Morgen bis zum Abend. Gehen drei, dann kommen vier wieder. Sie dringen mit einer solchen Dreistigkeit und Frechheit ein, dass man meist, um sich von solchen Gästen zu befreien, ihnen eine Gabe reicht. [...] Diese Gäste kommen aus der Senne, von Kaunitz und der Holte.“<sup>45</sup>

<sup>41</sup> Vgl. Antrag der Bauerschaft Oerlinghausen, Oktober 1871, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 550.

<sup>42</sup> DER WÄCHTER vom 13. Dezember 1889.

<sup>43</sup> LP vom 17. Juli 1896 und VOLKSWACHT vom 31. Oktober 1898.

<sup>44</sup> GEORG WEERTH, Die Armen in der Senne, in: HERMANN PÜTTMANN (Hg.), Deutsches Bürgerbuch für 1845, 266-271. Der Text wurde 1843/44 von Weerth in England verfasst.

<sup>45</sup> LLZ vom 8. März 1879.

Die Sorge um das eigene Auskommen war allgegenwärtig, gerade auch dann, wenn der technische Fortschritt in der Produktion, besonders im textilen Sektor, die mühsam geschaffene Existenz bedrohte.<sup>46</sup> Zeitungsmeldungen legen nahe, dass die wirtschaftliche Not noch in den 1890er Jahren maßgebliches Motiv einer nicht geringen Zahl von Selbstmorden darstellte.<sup>47</sup> Bereits geringfügige Steigerungen bei den Lebensmittelpreisen, wie die allgemeinen Brotverteuierungen im Frühjahr und Herbst 1901, konnten zu existenzbedrohenden Situationen führen. Darum beschloss der Dorfausschuss im Sommer 1912, als die Fleischpreise drastisch anstiegen, „wöchentlich einmal Fische kommen zu lassen und diese zu Selbstkostenpreisen an die Bewohner zu verkaufen.“<sup>48</sup> Die evangelische Kirchengemeinde bemühte sich regelmäßig mit kleinen Spenden, den Armen im Ort zu helfen. Der Vaterländische Frauenverein richtete alljährlich eine Weihnachtsfeier mit Gaben vor allem für die in Armut lebenden Kinder aus. Mit dem 1888 errichteten Kiffe-Stift existierte sogar ein Heim für hilfsbedürftige alte Frauen und Männer in Oerlinghausen.

Interessante Einblicke in die soziale Lage gewähren die Berichte des Physikats Salzuflen der Jahre 1892 bis 1899 mit detaillierten Beschreibungen der teilweise erschreckenden gesundheitlichen Zustände.<sup>49</sup> In seinem Jahresbericht für 1893 wies der zuständige Physikus Dr. Ulrich Volkhausen<sup>50</sup> auf die noch immer starke Bedeutung der wenig auskömmlichen Hausweberei und auf die einseitige Ernährung im Ort hin:

„Während der Webstuhl sonst aus den Haushaltungen verschwunden ist, findet man denselben in Oerlinghausen, Senne, Nienhagen, Südheide Haus an Haus. Derselbe ernährt Hunderte von Familien, die hauptsächlich für Oerlinghauser, Bielefelder und Herforder Firmen weben, und zwar Leinen und Plüsch. Die Nahrung besteht, [...], aus Brot, Kartoffel und Schweinefleisch, welch Letzteres als Speck, Wurst und Schinken genossen wird, und aus Hülsenfrüchten.“<sup>51</sup>

Diese im Dorf noch verbreitete rückständige Leinenproduktion durch Hausweber, die über viele Jahre dazu beigetragen hatte, als Haupt- oder Nebenerwerb Existenzen abzusichern, bedeutete einen Lohn auf niedrigem Niveau. Für viele Einwohner war daher mit Eintritt in das Erwerbsleben das Anmieten einer eigenen Wohnung nicht erschwinglich, sie lebten in der Regel weiterhin bei den Eltern in großen Familienverbänden. In diesem sehr knappen Wohnraum befand sich schließlich noch der große Webstuhl. Die beklemmende Enge tritt deutlich in einer Statistik aus dem Jahr 1893 hervor. Die in der Bauerschaft Oerlinghausen damals lebenden 2.028 Einwohner wohnten in 444 Haushalten, die sich wiederum in den vorhandenen 219 Häusern

---

<sup>46</sup> 1851 hatte die Einführung der Spinnmaschinen in Bielefeld und Umgebung für soziale Unruhen gesorgt. Die LLZ erinnerte daran in ihrer Ausgabe vom 11. Januar 1901.

<sup>47</sup> S. beispielsweise VOLKSWACHT vom 26. März 1896 und 25. Oktober 1897.

<sup>48</sup> WZ vom 19. August 1912.

<sup>49</sup> WOLFGANG BENDER (Bearb.), Die Hand am Puls der Zeit. Lippische Alltagsgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Spiegel amtsärztlicher Berichte, Detmold 2000.

<sup>50</sup> Ulrich Volkhausen (1854-1937) aus Salzuflen war unter dem Pseudonym Korl Biegemann auch als lippischer Mundartdichter bekannt.

<sup>51</sup> Jahresbericht 1893 des Physikats Salzuflen für das Physikats Salzuflen vom Mai 1894, in: BENDER, 27.

befanden. Auf ein Haus kamen somit 9,2 Bewohner. Damit lag Oerlinghausen hinter Ehrentrop an der Spitze im Amt Schötmar.<sup>52</sup>

Die oft sehr eingeschränkten Wohnverhältnisse und die teilweise ungenügenden hygienischen Bedingungen wirkten sich auf die Gesundheit der Bewohner aus. Das zeigte sich an regelmäßigen Ausbrüchen von bakteriellen Infektionen aber auch an sich rasch ausbreitenden Virus-erkrankungen. Im Sommer 1880 meldeten die Zeitungen einen großen Flecktyphusausbruch.<sup>53</sup> 1899/1900 forderte der Typhus das Leben von zwei jungen Frauen.<sup>54</sup> Masern und Stickhusten<sup>55</sup> grassierten um die Jahreswende 1892/93. Die Schulen mussten wiederholt vorübergehend geschlossen werden. Anschließend traten zahlreiche Fälle von Scharlach auf. Eine Grippewelle führte im Winter 1889/90 zu mehreren Todesopfern und legte den Schulbetrieb lahm.<sup>56</sup> Die *Westfälische Zeitung* stellte nach deren Abflauen fest:

„Die Sterblichkeitsziffer in unserem Orte und Bezirk [gemeint: Oerlinghausen und Amt Oerlinghausen, JH] war [...] in den letzten vier Wochen doch bedeutend größer, als in sonstigen gesunden Zeitverhältnissen.“<sup>57</sup>

Neben den regelmäßig auftretenden Fällen von Typhus und Flecktyphus, von Wochen- und Rückfallfieber war aber die Diphtherie beinahe ständige Begleiterin und „besonders im Amte Oerlinghausen stark“, wie der Physikus Dr. Volkhausen festhielt. Ernüchtert berichtete er zur Lage in seinem Zuständigkeitsbereich:

„Das Hauptkontingent zu den Infektionskrankheiten stellt das Verwaltungsamt Schötmar und zwar hier wieder zum allergrößten Teil das Amt Oerlinghausen.“<sup>58</sup>

Der „Würgeengel“<sup>59</sup>, wie die Diphtherie damals bezeichnet wurde, machte 1897 fast 80 Prozent aller Erkrankungen im Amt Oerlinghausen aus.<sup>60</sup> Zur gleichen Zeit nahmen auch die Fälle von Tuberkulose deutlich zu.<sup>61</sup>

Zwei Ärzte waren für die medizinische Versorgung im Dorf und der nahen Umgegend zuständig.<sup>62</sup> Es handelte sich um Dr. Leopold Martheus (1856-1932), der seit 1885 als Kreiswund- und Armenarzt, sowie Dr. Max Meyer (1866-1941), der seit 1892 in seinem Geburtsort praktizierte. Mit dem 1893 erbauten Mariannenstift existierte ein kleines Krankenhaus, das vom Leinenfabrikanten Carl David Weber (1824-1907) gestiftet worden war. In Oerlinghausen bestand

---

<sup>52</sup> EBD.; BENDER, 28.

<sup>53</sup> LLZ vom 3. Juli 1880.

<sup>54</sup> VOLKSWACHT vom 3. Januar 1900.

<sup>55</sup> Stickhusten = volkstümlich für Keuchhusten.

<sup>56</sup> WZ vom 14. Januar 1890.

<sup>57</sup> WZ vom 23. Januar 1890.

<sup>58</sup> Jahresbericht 1893 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikatsalzuflen vom Mai 1894, in: BENDER, 30 f.

<sup>59</sup> Jahresbericht 1896 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikatsalzuflen vom 31. März 1897, in: BENDER, 81.

<sup>60</sup> Jahresbericht 1897/98 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikatsalzuflen vom 1. April 1899, in: BENDER, 97.

<sup>61</sup> Jahresbericht 1899 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikatsalzuflen vom 1. Januar 1900, in: BENDER, 119.

<sup>62</sup> Im August 1920 ließ sich Dr. Paul Rieso als dritter Arzt in Oerlinghausen nieder.

außerdem eine Apotheke, die von Carl Wachsmuth (1859-1930) betrieben und in den Berichten Volkhausens wiederholt lobend hervorgehoben wurde. Es praktizierten überdies zwei Hebammen im Dorf, die allein im Jahr 1893 111 Fälle von Geburten und Totgeburten zu begleiten hatten.<sup>63</sup> Die Säuglingssterblichkeit war wegen der häufigen Fälle von Kindbettfieber und der mangelnden Hygiene ausgesprochen hoch. Ähnlich verhielt es sich mit der Sterblichkeit von Kleinkindern.<sup>64</sup> In Oerlinghausen praktizierte seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch ein Tierarzt, seit 1895 war es Dr. Gottlieb Branding (1869-1926), der seine Praxis in der Bielefelder Straße hatte.<sup>65</sup>

Der Physikus Volkhausen beklagte in seinen Berichten nicht nur den schlechten Zustand der Volksgesundheit, sondern wetterte gleichfalls gegen eine seines Erachtens allgemeine Lockerung der Moral und Verrohung der Sitten. Das „Emporschießen der Kneipen und das Überhandnehmen der Vergnügungen“ und die sich „mehrende Genusssucht“, dazu zählte er den „Schnapsmissbrauch“ besonders unter den Heranwachsenden, trieben ihn um und verleiteten ihn zu der Einschätzung: „Je mehr Wirtshäuser, desto mehr Zuchthäuser und Irrenhäuser.“<sup>66</sup> Vor allem die vielen Tanzvergnügungen würden junge Mädchen auf beinahe direktem Weg in die „Hurerei“ treiben.<sup>67</sup> Tatsächlich verdingten sich nur wenige Oerlinghauserinnen im nahen Bielefeld als Prostituierte.<sup>68</sup> Dass letztlich die prekären wirtschaftlichen Verhältnisse ursächlich waren, blendete Volkhausen aus.

Insgesamt jedoch verbesserte sich die Lebenssituation der meisten Bürger langsam aber stetig. Die Kindersterblichkeit sank durch eine verbesserte Ernährungssituation wie auch bessere Hygienebedingungen. Der seit den 1890er Jahren stark wachsende industrielle Sektor hatte für neue Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten gesorgt. Viele Oerlinghauser pendelten in die Fabriken in Bielefeld. Viele waren ebenfalls in der lokalen Produktion (vor allem Leinen und Wäsche) beschäftigt. Für jedermann sichtbar wurde diese Entwicklung mit der Errichtung der mechanischen Leinenweberei der Firma CeWeCo 1904/05. Mit der Firma E. F. Banck, deren Hauptsitz sich in Bielefeld befand, existierte außerdem eine Wäschenäherei, die bis zu 100 Menschen, vornehmlich Frauen, beschäftigte. In drei, zeitweise vier Zigarrenfabriken waren jeweils zwischen 40 und 80 Personen beschäftigt.<sup>69</sup> Unter anderem wegen des Baubooms erlebte der Ort auch ein Anwachsen des Holzhandels und der Holzverarbeitung. Oerlinghausen war um die Jahrhundertwende endgültig zu einem Industriedorf geworden.

---

<sup>63</sup> Jahresbericht 1894 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikat Salzuflen vom 5. April 1895, in: BENDER, 54.

<sup>64</sup> Stichprobenhafte Auswertung von Oerlinghauser Geburts- und Sterberegistern zwischen 1890 und 1900.

<sup>65</sup> S. Nachruf in der LLZ vom 25. Dezember 1926.

<sup>66</sup> Jahresbericht 1896 des Physikus Dr. Volkhausen für das Physikat Salzuflen vom 31. März 1897, in: BENDER, 78.

<sup>67</sup> EBD.; BENDER, 80.

<sup>68</sup> S. WZ vom 22. Mai 1902.

<sup>69</sup> Es handelte sich um die Fabriken Carl Adolf Reuter, Carl Hölter, Gronemeyer & Kespohl und Elmendorf. Die Räumlichkeiten der letzteren wurden nach dem Tod des Besitzers im September 1895 vermietet. Um 1911 etablierte der Sozialdemokrat Albert Schütte dort eine Zigarrenfertigung. Die Tabakindustrie erlebte aber bereits vor dem Krieg ihren Niedergang.

## Gespaltene Dorfgesellschaft: Die politischen Verhältnisse

Die reizvolle Idylle und der dörfliche Rahmen vermochten nicht darüber hinwegzutäuschen, dass Oerlinghausen nicht nur durch soziale Unwuchten, sondern gleichfalls durch intensive politische Auseinandersetzungen geprägt war. Ein neues Konfliktfeld war zudem mit der Industrialisierung entstanden: das zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Es zeigte sich in einer wachsenden Zahl von Arbeitskämpfen nach der Jahrhundertwende.

Im Lippe des Kaiserreichs existierten drei wesentliche politische Strömungen: der Konservatismus, der Liberalismus und die Sozialdemokratie.<sup>70</sup> Das Zentrum besaß aufgrund eines nur sehr geringen katholischen Bevölkerungsanteils keinerlei Bedeutung.<sup>71</sup> Das konservative Milieu setzte sich vorwiegend aus adligen und bürgerlichen Guts- und Grundbesitzern, höheren Beamten und kirchlichen Kreisen zusammen. Der Liberalismus hatte sich in der Zeit des Vormärzes und der Revolution von 1848 einen bedeutenden Rückhalt in der lippischen Bevölkerung verschaffen können, sich aber in eine nationalliberale und eine linksliberale Richtung („Fortschritt“) gespalten. Auch in letzterer existierten unterschiedliche Strömungen. Mit dem Auftreten des „Sozial-Liberalen“ Dr. Adolf Neumann-Hofer (1867-1925), Verleger der *Lippischen Landes-Zeitung*, 1901 auf der politischen Bühne des Fürstentums und der durch ihn initiierten Gründung der Lippischen Liberalen Volkspartei kam es zur Spaltung. Erst ab 1910 mit dem Zusammenschluss zur Lippischen Fortschrittlichen Volkspartei fanden die beiden linksliberalen Richtungen wieder zusammen. Bei den Nationalliberalen waren vorwiegend Unternehmer und selbständige Kaufleute vertreten, während sich beim „Fortschritt“<sup>72</sup> mittlere und untere Beamte, Lehrer, Handwerker und auch zahlreiche Ziegler fanden.

Lippe war, wie es sich bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 zeigte, weitgehend eine Hochburg des linken Liberalismus.<sup>73</sup> Das Fürstentum bildete einen Reichstagswahlbezirk. Nur bei zwei Wahlen konnte sich hier statt des Kandidaten der Liberalen ein Kandidat der Nationalliberalen (1887) und ein Kandidat der Konservativen (1893) durchsetzen und in das Parlament in Berlin einziehen. Anders als die Landtagswahlen im Fürstentum wurden die Wahlen zum Reichstag nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführt.<sup>74</sup> Letztere geben also verlässlich Aufschluss über die tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse (s. Anlage 1). Bei den Landtagswahlen galt dagegen bis 1876 ein ständisches, dann ein Dreiklassenwahlrecht.<sup>75</sup> Oerlinghausen

---

<sup>70</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden WIESEKOPSIEKER 2019, hier 189.

<sup>71</sup> In Oerlinghausen lebten nach der Volkszählung von 1910 nur 14 Katholiken. Das entsprach einem Anteil von 0,5 Prozent der Bevölkerung.

<sup>72</sup> Später: Freisinn.

<sup>73</sup> Eine Aufarbeitung der Entwicklung des Konservatismus und der verschiedenen Strömungen des Liberalismus in Lippe ist noch immer ein Desiderat.

<sup>74</sup> Grundsätzlich waren die Reichstagswahlen Persönlichkeitswahlen. Nach dem Wahlgesetz waren alle Männer ab 25 Jahren stimmberechtigt. Gewählt war der Kandidat, der im ersten Wahlgang mehr als 50 Prozent der Stimmen erzielte. War dieses nicht der Fall, kam es zur Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten. Das Fürstentum Lippe bildete bei den Reichstagswahlen einen geschlossenen Wahlkreis.

<sup>75</sup> Dazu s. PETER STEINBACH, Wahlrecht und Wahlbeteiligung im Fürstentum Lippe bis zum Ende des Kaiserreichs, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 58/1989, 171-232.

gehörte zum Wahlkreis VII (Amt Oerlinghausen und Schötmar).<sup>76</sup> Die Zahl der Wahlberechtigten der Abteilung I im Dorf Oerlinghausen bewegte sich zwischen drei und zehn. Die Einzelergebnisse dieser Abteilung sind nicht festgehalten. Dagegen lassen sich jedoch die verfügbaren Ergebnisse der Abteilungen II und III addieren. Auf diese Weise erhält man – abgesehen von den Stichwahlen – eine gut mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen vergleichbare Datenbasis (s. Anlage 2). Die Wahlen in den Dorfversammlungen und ab 1893 des Dorfausschusses nach einem besonderen Dreiklassenwahlrecht bleiben hier unberücksichtigt.

Für Oerlinghausen gelten einige Besonderheiten. Bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1884 stimmten die Oerlinghauser Wähler immer mit deutlicher Mehrheit (70 bis 90 Prozent) für den Kandidaten der Linksliberalen (Fortschritt). 1887 errang die Partei mit etwa 44 Prozent immer noch den ersten Platz. Bei den Reichstagswahlen von 1890 bis 1912 lag dann regelmäßig der Kandidat der Sozialdemokratie vorn. Bereits 1890 kam die Partei in Oerlinghausen auf rund 44 Prozent, steigerte sich dann bis 1912 auf annähernd 59 Prozent. In den im Bezirk Lippe notwendig gewordenen Stichwahlen 1898 und 1907 schwenkten die sozialdemokratischen Wähler im Dorf zu dem Kandidaten der Links- beziehungsweise Sozialliberalen.

Die bereinigten Ergebnisse der Landtagswahlen im Dorf unterstreichen diese Entwicklung. In der Addition der Stimmen der Wählerklassen II und III, die durchschnittlich rund 98 Prozent der abgegebenen Stimmen beinhaltete, lagen die Linksliberalen bis 1888 bei Anteilen von 70 bis 97 Prozent. 1892 hatten die Sozialdemokraten mit rund 51 Prozent gegen 42 Prozent der Linksliberalen die Nase vorn. 1896 lagen wiederum die Linksliberalen mit 50 gegen 48,7 Prozent an der Spitze. Ab 1900 jedoch waren die addierten Stimmen für die Sozialdemokraten (53 bis 61 Prozent) immer höher als die der Links- oder Sozialliberalen (24 bis 43 Prozent).

## Die Konservativen

Die Bauerschaft Oerlinghausen war für die Konservativen ein schwieriges Terrain. Bei der Landtagswahl im Herbst 1880 hatte ihr Kandidat in der Wählerklasse II im Dorf weder in der ersten, noch in der nachfolgenden Stichwahl eine einzige Stimme erhalten.<sup>77</sup> Das konservative Milieu spielte anders als in den umliegenden, landwirtschaftlich geprägten kleinen Orten des Amtes Oerlinghausen hier nie eine Rolle. Die Zahl der Stimmen bewegte sich bei den Reichs- und Landtagswahlen von 1871 bis 1913 zwischen 0 und 14 und nahm nur dann ausnahmsweise zu, wenn die Nationalliberalen aus personellem Mangel auf eine Kandidatur im Bezirk verzichteten. Dementsprechend war auch die Berichterstattung über das Geschehen im Bergdorf im Parteiorgan, dem von 1848 bis 1902 erscheinenden *Lippischen Volksblatt*, eher unbedeutend.

Über den Konservativen Verein und seine Anhänger im Ort ist wenig bekannt. Berichten im *Lippischen Volksblatt* und der ebenfalls konservativen *Neuen Westfälischen Volkszeitung* aus Bielefeld zufolge gründete sich im Februar 1882 ein Lokalverein für den gesamten Amtsbezirk Oer-

---

<sup>76</sup> Zum Amt Oerlinghausen zählten neben der Bauerschaft Oerlinghausen noch Asemissen, Bechterdissen, Greste, Hovedissen, Mackenbruch, Senne, Währentrup und Wellentrup.

<sup>77</sup> LIPPISCHES VOLKSBLATT (LVB) vom 20. November 1880.

linghausen und rief dazu auf, sich unter der Fahne „Mit Gott für Kaiser, Fürst und Vaterland!“ zu sammeln. Den Vorsitz übernahm der Gutsbesitzer Alexander Delius (1837-1911) aus Heipke.<sup>78</sup> Delius, welcher der Wählerklasse I angehörte, hatte bereits 1880 den Versuch unternommen, Gleichgesinnte um sich zu scharen.<sup>79</sup> Die erste Versammlung des neuen Lokalvereins fand Ende März 1882 im Gasthaus Scherenkrug in Asemissen statt.<sup>80</sup>

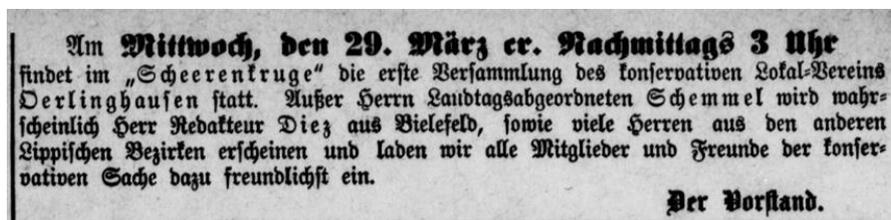


Abb. 6: Anzeige zur ersten Versammlung des Konservativen Vereins, März 1882.  
(LVB vom 22. März 1882)

Lange bevor der Antisemitismus Stoeckerscher Prägung 1892 offiziell Eingang ins konservative Parteiprogramm fand, hatte er unter der Mitgliedschaft bereits weite Verbreitung gefunden.<sup>81</sup> Das lippische Parteiorgan bot seiner Leserschaft seit 1878 beinahe täglich judenfeindliche Berichterstattung. Häufig kam der bekannte Berliner Hofprediger und Reichstagsabgeordnete Adolf Stoecker, Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei, mit breiten Ausführungen zur „Judenfrage“ zu Wort. Delius hatte im Januar 1882 seine Teilnahme am Fest des Männergesangsvereins in Leopoldshöhe abgesagt, weil ein jüdisches Vereinsmitglied anwesend war.<sup>82</sup> In einer im März 1884 in Oerlinghausen abgehaltenen Veranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten Wilhelm Schemmel aus Wüsten war als Hauptredner neben Delius noch der Gutsbesitzer Alfred Tenge (1835-1924) von Niederbarkhausen aufgeboten.<sup>83</sup> Alexander Delius führte auch den Kriegerverein in Leopoldshöhe und übernahm 1885 den Vorsitz des mit dem Konservativen Verein eng verbundenen neugebildeten Landwirtschaftlichen Vereins für das Amt Oerlinghausen, bis er um 1889 nach Salzuflen verzog.<sup>84</sup>

Die Konservativen begriffen sich nicht nur als „antifortschrittlich“ und „antisozialistisch“, sondern grundsätzlich als Bollwerk der Ordnung gegen jedwede liberale oder demokratische Veränderung. Bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1890 blieb die Zahl der konservativen Stimmen immer einstellig in Oerlinghausen. 1893 erzielte die Partei dann 65 Stimmen, was allerdings darauf zurückzuführen ist, dass die Nationalliberalen keinen eigenen Kandidaten aufgestellt

<sup>78</sup> LVB vom 11. Februar und NEUE WESTFÄLISCHE VOLKSZEITUNG (NWVZ) vom 22. Februar 1882.

<sup>79</sup> LLZ vom 22. September 1880. Delius gehörte zuvor der Nationalliberalen Partei an. Vgl. LP vom 26. März 1879. Er kandidierte bereits 1880 für die Konservativen in der dritten Wählerklasse der Ämter Schötmar und Oerlinghausen zur Landtagswahl. LVB vom 20. Oktober 1880.

<sup>80</sup> NWVZ vom 1. April und LVB vom 5. April 1882. Das LVB berichtete von 170 Mitgliedern im gesamten Amtsbezirk Oerlinghausen.

<sup>81</sup> Vgl. LVB vom 22. Oktober 1879 und 24. November 1880. Zur Agitation des lippischen Vorsitzenden Wilhelm Schemmel und anderer, darunter auch Delius, im Sinne Adolf Stoeckers, s. LP vom 7. Dezember 1881.

<sup>82</sup> LLZ vom 11. Januar 1882. Im Februar 1882 kam es in Leopoldshöhe im Vorfeld der Vorsteher-Wahlen zu antisemitischen Ausfällen des Organs der lippischen Konservativen, s. LVB vom 15. Februar 1882.

<sup>83</sup> LLZ vom 14. März 1884. Zugegen war ebenfalls noch Pastor Theodor Krücke aus Salzuflen.

<sup>84</sup> DER WÄCHTER vom 12. April 1885. S. Notiz zum Tod von Alexander Delius in LIPPISCHER ALLGEMEINER ANZEIGER vom 25. Juli 1911.

hatten, und diese den konservativen Bewerber wählten.<sup>85</sup> Anschließend sank der Anteil wieder deutlich. In der im Wahlkreis Lippe notwendig gewordenen Stichwahl von 1907 stieg das Ergebnis mithilfe der nationalliberalen Wähler von 16 auf 80 Stimmen in Frontstellung gegen Adolf Neumann-Hofer, den sozialliberalen Kandidaten, an. Bei der letzten Reichstagswahl während der Zeit des Kaiserreichs im Januar 1912 votierten 36 Oerlinghauser für die Konservativen, was einem Stimmenanteil von etwa sechs Prozent entspricht.

Einer der wenigen bekannten Vertreter der Konservativen in Oerlinghausen war der Kaufmann August Asemissen (1849-1939). Er saß von 1893 bis 1918 für die Wählerklasse I im Dorfausschuss.<sup>86</sup> Sein Name findet sich außerdem in einer Liste von Vorsitzenden der einzelnen Ortsvereine im Bezirk Oerlinghausen vom August 1908. Neben Asemissen als Vorsitzenden für Oerlinghausen sind auch die Gutsbesitzer Gottlieb Ober (1839-1917) aus Oetenhausen<sup>87</sup> für den Ortsverein in Währentrup und Emil Steinmeister (1862-1939) aus Menkhäusen für den Ortsverein in Senne, das 1927 in Lipperreihe umbenannt wurde, als Vorsitzende aufgeführt.<sup>88</sup> August Reuter zählte noch den Zieglermeister Ernst Reuter zu den Konservativen.<sup>89</sup>

Die konservativen Gutsbesitzer spielten – obwohl nicht in Oerlinghausen ansässig – dennoch eine Rolle im politischen wie gesellschaftlichen Leben des Ortes. Sie waren in mehreren Vereinen aktiv und gehörten der über die Dorfgrenzen hinausreichenden Oerlinghauser Kirchengemeinde an. Der erst nationalliberale, dann fortschrittliche und später konservative Gutsbesitzer Gottlieb Ober wurde 1895 zum Vorsitzenden des Schulgemeindefachausschusses in Oerlinghausen gewählt.<sup>90</sup> Ein besonders umtriebige Mitglied der Konservativen war Emil Steinmeister. Gemeinsam mit dem Gutsbesitzer Alfred Tenge von Niederbarkhausen gehörte er im Januar 1899 dem Reichsvorstand des nationalistischen und antisemitischen Alldeutschen Verbandes an.<sup>91</sup> Steinmeisters beharrliche Frontstellung zur SPD drückte sich darin aus, dass er die Funktion als zweiter Vorsitzender der 1906 gegründeten lippischen Landesorganisation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ausübte.<sup>92</sup> Im Oerlinghauser Vereinswesen war er ebenfalls gut vernetzt. Von 1901 bis 1924 stand er dem nationalistischen Kriegerverein Oer-

---

<sup>85</sup> 1890 hatten dem nationalliberalen Kandidaten 62 Wähler ihre Stimme gegeben.

<sup>86</sup> Zur Wiederwahl s. WZ vom 15. Dezember 1911. Asemissen war Veteran des Krieges von 1870/71. S. Bericht zum Tod Asemissens in LIPPISCHE STAATSZEITUNG (LSTZ) vom 9. Dezember 1939.

<sup>87</sup> Ober gehörte wie Delius zuvor der Nationalliberalen Partei an. Vgl. LLZ vom 19. Oktober 1881. 1888 kandidierte Ober für die Fortschrittspartei gegen den konservativen Gutsbesitzer Tenge. Vgl. LP vom 16. Oktober und 10. November 1888.

<sup>88</sup> Vgl. Aufstellung der Bezirksvereine Schötmar und Oerlinghausen des Konservativen Vereins, August 1908, in: LAV NRW OWL, L 109 Schötmar Nr. 317.

<sup>89</sup> Irrtümlich führt Reuter auch Carl Adolf Reuter (1850-1933) als Konservativen an. Vgl. REUTER, 246. Der Zigarrenfabrikant Reuter kandidierte aber 1905 und 1906 bei den Landtagswahlen als Liberaler. Vgl. LP vom 7. September 1905 und LTZ vom 8. Mai 1906.

<sup>90</sup> LP vom 24. Dezember 1895.

<sup>91</sup> S. Aufruf des Alldeutschen Verbandes zum Beitritt, Januar 1899, in: STADTGESCHICHTLICHES MUSEUM LEIPZIG, Inv.-Nr. D 0005835. Darin sind Steinmeister und Tenge als Vorstandsmitglieder aufgeführt.

<sup>92</sup> Seine Wiederwahl erfolgte 1908. Vgl. LTZ vom 24. Januar 1908. Erster Vorsitzender war der erst dem Konservativen Verein, dann ab 1917 der Deutschen Vaterlandspartei und ab Ende 1918 der DNVP angehörende Oberst a. D. Friedrich von Hake (1845-1927) aus Detmold.

linghausen vor<sup>93</sup>, er gehörte der Jägerschaft an, außerdem saß er über viele Jahre im Oerlinghauser Kirchenvorstand und im Gemeindevorstand in Senne.<sup>94</sup> Nach 1918 war er Anhänger der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).



Abb. 7: Gutsbesitzer Emil Steinmeister mit der deutschnationalen Lippischen Tages-Zeitung, ca. 1920er.  
(Slg. Hartmann)

## Die Antisemiten

In den 1890er Jahren – zur Hochphase der Antisemitenbewegung um Adolf Stoecker – fanden sich in Oerlinghausen auch einige Bürger, denen der Antisemitismus der Konservativen als zu lasch erschien. Bereits im Herbst 1891 tauchten wiederholt jüdenfeindliche Hetzplakate in Oerlinghausen auf.<sup>95</sup> Als sich dann im Februar 1892 in Detmold ein Ableger des Deutschsozialen Reformvereins für Lippe gründete, gehörte der Oerlinghauser Kaufmann Kochsiek zu den Mitgliedern.<sup>96</sup> Dass das Parteiorgan, die *Deutsch-Sozialen Blätter*, auch hier Leser und Zuträger fand, zeigte sich darin, dass es aus dem Dorf berichtete.<sup>97</sup> Bei der Reichstagswahl im Juni 1898 votierten vier Bürger für den Kandidaten Max Liebermann von Sonnenberg, einen radikalen Antisemiten.

---

<sup>93</sup> Das Amt übernahm Paul Bremer. LTZ vom 21. Januar 1924. Der Kriegerverein Oerlinghausen war 1874 gegründet worden.

<sup>94</sup> S. Nachruf in der WZ vom 26. Juli 1939.

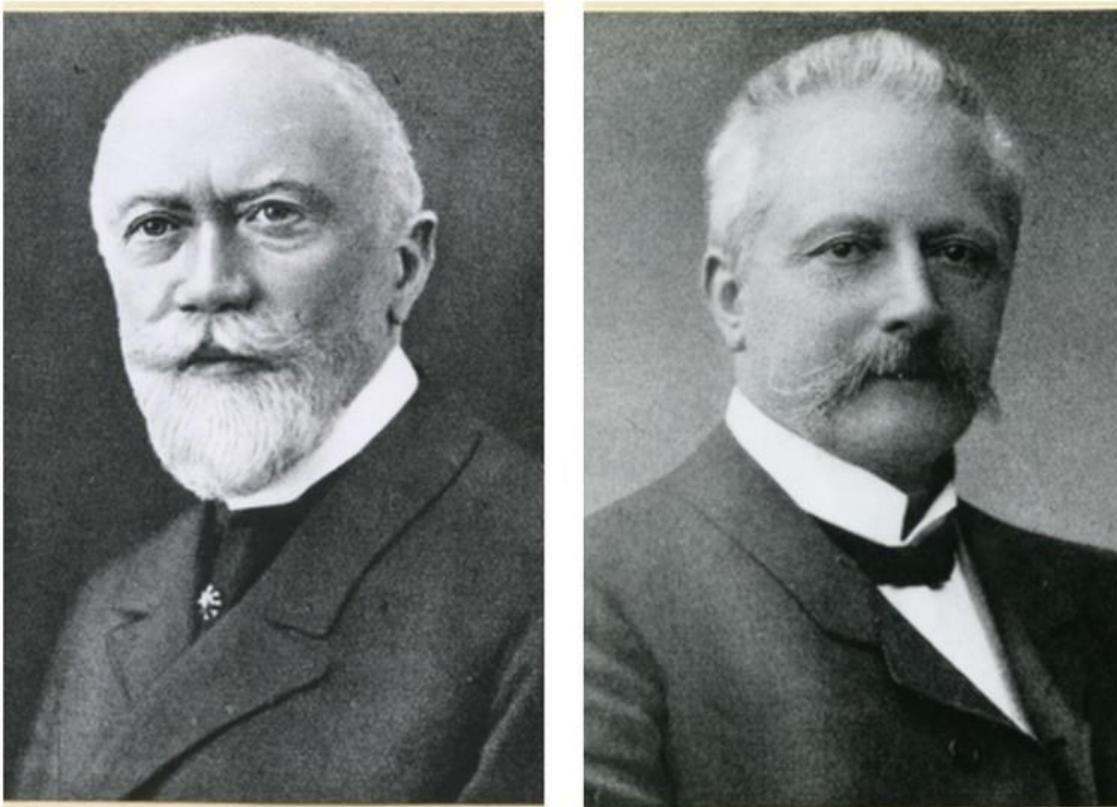
<sup>95</sup> LVB vom 11. Dezember 1891.

<sup>96</sup> Satzung und Mitgliederverzeichnis des Deutschsozialen Reformvereins in Detmold, 1892, in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Nr. 764. Es dürfte sich dabei um Adolf Kochsiek (1866-1914) gehandelt haben.

<sup>97</sup> Vgl. DEUTSCH-SOZIALE BLÄTTER vom 6. August 1896.

## Die Nationalliberalen

Die Nationalliberale Partei (NLP) wurde bei der Reichstagswahl 1871 mit rund 30 Prozent der Stimmen die stärkste Fraktion im Parlament. Reichskanzler Otto von Bismarck fand in ihr eine zuverlässige Unterstützerin seiner Politik, unter anderem bei der Einführung des Sozialistengesetzes 1878. Sie wurde wie anderenorts auch in Oerlinghausen ihrem Ruf als Honoratiorenpartei gerecht und war insgesamt eher schwach an Mitgliedern. Hier gehörten die Textilunternehmer Bruno Müller (1849-1913) und Carl Weber jun. (1858-1923) zu den bekannten Vertretern, die für die Wählerklasse I im Dorfausschuss saßen.<sup>98</sup> Beiden wurde vom Fürsten 1899 beziehungsweise 1907 der Titel Kommerzienrat verliehen. Carl Weber, seit 1893 Mitglied des Dorfausschusses bzw. der Gemeindevertretung, amtierte von 1919 bis zu seinem Tod 1923 auch als ihr Vorsitzender.<sup>99</sup> Er saß ebenfalls im Vorstand des Turnvereins. Mit seinem Schwager Bruno Müller zählte er zudem zu den Gründern des Verschönerungsvereins, in dessen Vorstand sich beide aktiv zeigten. Müller war ebenfalls über Jahre bis zu seinem Tod 1913 Vorstandsmitglied des Kriegervereins und war Gründungsmitglied der Freiwilligen Feuerwehr. Müllers Ehefrau Alwine, Tochter des Fabrikanten Carl David Weber, bekleidete seit 1910 das Amt der Vorsitzenden des örtlichen Vaterländischen Frauenvereins.<sup>100</sup>



*Abb. 8 und 9: Die Nationalliberalen Carl Weber (links) und Bruno Müller, ca. 1908.  
(Lippische Landesbibliothek, BA LP-26-3 und LP-16-17)*

<sup>98</sup> Bruno Müller zog 1888 seine Kandidatur für den Landtag in der Abteilung I b zugunsten des Fabrikanten Carl Spennemann aus Lage zurück. Vgl. LP vom 30. Oktober 1888.

<sup>99</sup> Vgl. Nachruf in der LP vom 28. April 1923.

<sup>100</sup> Vereinsregistereintrag im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 2. April 1910.

Die NLP verzichtete wie zur Landtagswahl 1896 wiederholt mangels Personals auf die Aufstellung eigener Kandidaten.<sup>101</sup> Im lippischen Landtag arbeitete man eng mit den Konservativen zusammen. Deren antisemitische Einstellungen teilten die Oerlinghauser Akteure jedoch nicht.

Zwei weitere Protagonisten der Partei waren sehr wahrscheinlich die Prokuristen der Firma CeWeCo, Wilhelm Hofbücker (1861-1946) und Hermann Weeke (1862-1932).<sup>102</sup> Beide waren längere Zeit im Dorfausschuss vertreten und eng mit dem „bürgerlichen“ Vereinswesen im Ort verbunden. So saß Hofbücker lange Zeit im Vorstand der Schützengesellschaft sowie des Turnvereins und war über viele Jahre hinweg Brandmeister der Freiwilligen Feuerwehr. Weeke engagierte sich über viele Jahre als Schriftführer der Schützengesellschaft, war Mitbegründer des Schopkebades und über Jahrzehnte hinweg Kirchenältester.<sup>103</sup>

## Die Linksliberalen (Fortschrittspartei)

Weitaus größeren Zuspruch und Rückhalt als die NLP fand die linksliberale Fortschrittspartei. Sie war die politische Kraft mit der größten Basis in Oerlinghausen bis sie als solche ab 1890 sukzessive von der Sozialdemokratie abgelöst wurde. Über ihre Organisationsstruktur im Dorf ist allerdings wenig bekannt. Einer in der liberalen *Sonntagspost* abgedruckten Unterschriftenliste zufolge hatten sich 78 „freigesinnte Männer“ zu einer Versammlung am 26. Juli 1863 getroffen und sich mit dem Programm der Fortschrittspartei einverstanden erklärt. Darunter befanden sich viele Kaufleute, die später im Dorfausschuss Politik gestalteten oder das Amt des Ortsvorstehers bekleideten.<sup>104</sup> Diese Liste könnte auf die Gründung einer örtlichen Gruppierung hinweisen. Wie Isaac Meyer oder Michaelis Bornheim fanden einige jüdische Bürger ihre politische Heimat beim Fortschritt.<sup>105</sup> Ihrem späteren Organ, der ab 1877 in Lemgo erscheinenden *Lippischen Post*, nach zeigten sich die Linksliberalen sehr betriebsam und führten zahlreiche Versammlungen durch.<sup>106</sup>

1905 kam es zu Verwerfungen mit den Freisinnigen in Schötmar bei der Kandidatenaufstellung im Wahlbezirk VII (Amt Oerlinghausen und Schötmar) für die Landtagswahl.<sup>107</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei bereits schwer mit ihrer linksliberalen Konkurrenz, der 1901 vom Verleger Dr. Adolf Neumann-Hofer gegründeten Lippischen Liberalen Volkspartei, zu kämpfen. Insbesondere Joë Meyer, Geschäftsführer der Holzhandlung Meyer & Lindemeyer und des Oerling-

---

<sup>101</sup> LTZ vom 9. November 1896.

<sup>102</sup> Die Parteizugehörigkeit war damals weder in den Kandidatenlisten noch auf den Stimmzetteln angegeben. Sie erschließt sich häufig aus der Berichterstattung der parteinahen oder auch gegnerischen Presse. Die Zugehörigkeit Hofbückers zur NLP ist naheliegend, da er seine Verlobung einzig in der nationalliberalen BIELEFELDER POST vom 5. Oktober 1891 ankündigte.

<sup>103</sup> Nachrufe in der LP vom 3. Dezember und der WZ vom 6. Dezember 1932.

<sup>104</sup> SONNTAGSPOST vom 2. August 1863. Unter anderem gehörten die späteren Dorfvorsteher Freitag, Becker und Buckup zu den Unterzeichnern.

<sup>105</sup> Gemeinsam mit weiteren Kaufleuten spendeten sie 1878 für ein Denkmal für den Ende 1877 verstorbenen Franz Hausmann aus Horn, der viele Jahre als Reichs- und Landtagsabgeordneter gewirkt hatte. Vgl. LP vom 9. und 19. Februar sowie 9. März 1878.

<sup>106</sup> Beispielsweise LP vom 19. Februar und 3. Mai 1887, sowie 6. Februar 1890 und 23. Juni 1898.

<sup>107</sup> S. LP vom 23. September 1905.

hauser Elektrizitätswerks, machte gegen Neumann-Hofer mobil.<sup>108</sup> 1910 fusionierten beide linksliberale Richtungen in Lippe zur Lippischen Fortschrittlichen Volkspartei unter Führung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Neumann-Hofer.<sup>109</sup>



Abb. 10: Anzeige für eine Versammlung der Fortschrittspartei in Oerlinghausen, Februar 1887.  
(LP vom 19. Februar 1887)

Bei den Reichstagswahlen bis 1887 erzielte der Fortschritt in Oerlinghausen Stimmanteile bis über 90 Prozent. Stark war er hier auch bei den Landtags- und Gemeindewahlen in der Wählerschaft der zweiten und bis zum Anwachsen der Sozialdemokratie ebenfalls in der dritten Abteilung. Als erster Abgeordneter aus Oerlinghausen zog 1896 der Maurermeister August Richter für die dritte Abteilung in den Lippischen Landtag ein.<sup>110</sup> Er hatte sich im Wahlbezirk VII unter anderem gegen den freisinnigen Kandidaten Brinks aus Leopoldshöhe durchsetzen können. Mitunter kandidierten zwei Kandidaten der Partei in einer Klasse und in einem Wahlbezirk gegeneinander, was zu Stimmensplittungen innerhalb der eigenen Wählerschaft führte. Nicht anders verlief es zur Landtagswahl 1900. Richter war 1897 nach Salzuflen verzogen und verlor aus verschiedenen Gründen die Gunst der Oerlinghauser Freisinnigen, die stattdessen den Zigarrenfabrikanten Carl Adolf Reuter (1849-1933) als Kandidaten durchsetzen wollten.<sup>111</sup> Dieses gelang nicht, nun kandidierte neben Richter der Fabrikant Eduard Wolff aus Schötmar für die Partei. Reuter stellte sich im September 1905 ohne Erfolg bei einer Landtags-Ersatzwahl als Kandidat zur Verfügung.<sup>112</sup>

<sup>108</sup> LP vom 27. Februar 1905 und 14. Januar 1907.

<sup>109</sup> Zu Neumann-Hofer s. HANS-JOACHIM KEIL, Professor Dr. Adolf Neumann-Hofer – Ein lippischer Revolutionär wider Willen, in: JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK/MICHAEL ZELLE (Hg.), Revolution in Lippe – 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 69-82; DERS., Professor Dr. Adolf Neumann-Hofer (1867 bis 1925) in Lippe (1899 bis 1925), Biografie, Detmold 2018; JÜRGEN HARTMANN, „Diesem Gesindel ganz gehörig entgegen-treten“, Der Linksliberale Adolf Neumann-Hofer und der Antisemitismus in Lippe, in: INGO KOLBOOM/ANDREAS RUPPERT (Hg.), Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren, Lage 2007, 235-246.

<sup>110</sup> LP vom 7. November 1896.

<sup>111</sup> Vgl. LP vom 26. und 29. November 1900.

<sup>112</sup> LP vom 12. September 1905.

## Die „Sozial-Liberalen“ (Neumann-Hofer)

Adolf Neumann-Hofers Lippische Liberale Volkspartei fasste erst 1908 im „fortschrittlichen“ Oerlinghausen richtig Fuß. Im Januar wurde eine von fast 200 Personen besuchte Versammlung in Oerlinghausen durchgeführt. Anschließend erfolgte die Gründung eines Ortsvereins mit 55 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde der Kaufmann Wilhelm Wegescheid (1849-1928) gewählt.<sup>113</sup> Der Partei gehörten unter anderem der Lehrer Fritz Husemann, der Arzt Dr. Max Meyer (1866-1941) und der Uhrmacher Georg Sprenger (1877-1941) an.<sup>114</sup> Meyer übte bis 1912 das Amt des Schriftführers auf Landesverbandsebene aus. Wegescheid kandidierte im Juni 1913 für die 3. Klasse im Wahlbezirk VII gegen den Oerlinghauser Sozialdemokraten Wilhelm Kronshage und wurde in den Landtag gewählt, dem er bis 1918 angehörte.<sup>115</sup> In Oerlinghausen erzielte Wegescheid 127, Kronshage jedoch 263 Stimmen.

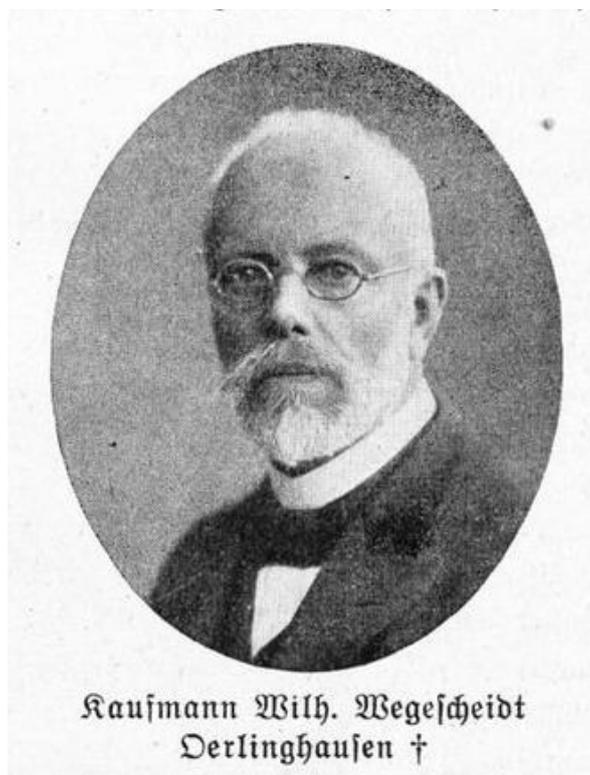


Abb. 11: Der linksliberale Landtagsabgeordnete Wilhelm Wegescheid (nicht Wegescheid).  
(Lippischer Kalender für das Jahr 1929, 77)

---

<sup>113</sup> LTZ vom 21. Januar 1908 sowie die liberale Zeitung BERGISCHER TÜRMEER vom 25. Januar 1908. Das Blatt war eine in Düsseldorf erscheinende Wochenschrift der Freisinnigen. Wilhelm Wegescheid war bis 1906 für zwei Jahrzehnte als Prokurist bei der Firma Carl Weber & Co. beschäftigt. Anschließend arbeitete er offensichtlich für einige Zeit als Kaufmann im Wäschehandel seines Bruders in Bielefeld.

<sup>114</sup> VOLKSWACHT vom 16. November 1908. Husemann und Meyer gehörten zum „Agitationsstab“ Wegescheids bei dessen Kandidatur zum Landtag. Vgl. VOLKSWACHT vom 7. Juli 1913.

<sup>115</sup> LTZ vom 10. Juni 1913. 1919 kandidierte Wegescheid chancenlos auf Platz 15 der Liste der DDP zur Landtagswahl.

## Die Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie fand ihre Anhängerschaft um 1890 zunehmend in der durch die Industrialisierung wachsenden Arbeiterschaft. Seit den 1860er Jahren hatte sich anfangs mit den Tabakarbeitern ein sozialdemokratisches Milieu im Ort herausgebildet, zu dem später die Textilarbeiterschaft hinzukam.<sup>116</sup>

Nach den im Mai und Juni 1878 verübten Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. waren mit der Sozialdemokratie sympathisierende Mitglieder aus dem Oerlinghauser Turnverein gedrängt worden, da die „revolutionären Tendenzen“ mit den „patriotischen Absichten“ der Turner unvereinbar seien.<sup>117</sup> Die im Oktober dann vom Reichstag mit Mehrheit beschlossenen Sozialistengesetze erschwerten den Sozialdemokraten als „Reichsfeinden“ bis 1890 die politische Agitation und setzten sie vielfach nicht nur der Ausgrenzung sondern auch der Verfolgung aus. Es bildete sich dadurch ein eigenes, abgegrenztes Milieu heraus. Da das Reichswahlgesetz auf die reine Persönlichkeitswahl ausgelegt war, kam es in einer Reihe von Wahlkreisen zu Kandidaturen von Sozialdemokraten, obwohl die Sozialistische Arbeiterpartei offiziell verboten war. Versammlungsverbote und die Verfolgung von Agitatoren erschwerten jedoch eine geordnete politische Arbeit. Im Februar 1887 wurde in Oerlinghausen eine Wählerversammlung mit dem Reichstagskandidaten der Arbeiterpartei, Alwin Kerrl aus Bremen, verboten.<sup>118</sup> Trotz der behördlichen Behinderungen kam es immer wieder zu kleinen illegalen Versammlungen und Treffen mit Bielefelder Genossen in der Senne oder an einer Buchengruppe bei Lämershagen.<sup>119</sup> Die Sozialdemokraten konnten ihren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen von 1881 bis 1890, als das Sozialistengesetz schließlich aufgehoben wurde, insgesamt sogar auf 1,4 Millionen Wähler verdreifachen. In Oerlinghausen wuchs die Stimmenzahl in diesem Zeitraum von 39 (1881) über 59 (1887) auf 151 (1890) an. Somit besaß die Sozialdemokratie hier 1890 bereits einen Anteil von etwa 44 Prozent und rangierte vor dem Fortschritt mit rund 37 Prozent.

Kurz vor Ende der Sozialistengesetzgebung gründete sich Anfang November 1889 beim Wirt Fritz Meier in der Detmolder Straße 68 (später: „Sternenkrug“) eine „Filiale“ des Arbeiterwahlvereins in Oerlinghausen.<sup>120</sup> Im Jahr darauf soll er bereits 160 Mitglieder umfasst

---

<sup>116</sup> Zur Entwicklung der Sozialdemokratie mit kleinen Mängeln s. FRIEDRICH BRAND/FRITZ SOLL, Ein Jahrhundert Sozialdemokratie in Oerlinghausen, Oerlinghausen 1989. Immer noch grundlegend für Lippe mit zahlreichen Hinweisen zur Entwicklung in Oerlinghausen: KARL RAUCHSCHWALBE, Geschichte der lippischen Sozialdemokratie, Bielefeld o. J. [1980].

<sup>117</sup> Das konservative Organ berichtete fälschlich von zehn Austritten kaisertreuer Mitglieder, s. LVB vom 8. Juni 1878. S. dagegen DER WÄCHTER vom 8. Juli 1878 und LP vom 10. Juli 1878. S. zu den Ereignissen im Turnverein im Vorfeld ausführlicher PETER STEINBACH, Zur Geschichte der lippischen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878-1890), in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 49/1980, 116-167, hier 131.

<sup>118</sup> LP vom 15. Februar 1887.

<sup>119</sup> VOLKSWACHT vom 9. Februar 1932.

<sup>120</sup> Datiert wird die Gründung bei BRAND/SOLL 1989 wie STEINBACH 1980, 154 auf den 1. Dezember 1889. In einem früheren Vermerk heißt es jedoch: „In der Anlage zeigen Karl Becker und Gen. in Oerlinghausen an, dass daselbst eine Filiale des in Lemgo domizilierten Arbeiterwahlvereins gegründet sei“. Vgl. Vermerk des Fürstlich-Lippischen Verwaltungsamts Schötmar, 7. November 1899, in: LAV NRW OWL, L 77A Nr. 5150. Am 1. Dezember 1899 fand somit wahrscheinlich die erste Versammlung nach der Gründung des Ortsvereins statt. S. Bericht des Gendarmen Bernhard Budde, 4. Dezember 1899, in: EBD. S. auch Würdigung Buddes zum 80. Geburtstag in LLZ vom 27. Juni 1934.

haben.<sup>121</sup> Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt vor dem Herbst 1891 wurde aus dem Wahlverein der Allgemeine Arbeiterverein für Oerlinghausen und Umgegend.<sup>122</sup>



Abb. 12: Anzeige des Allgemeinen Arbeiter-Vereins Oerlinghausen, März 1894.  
(Volkswacht vom 24. März 1894)

Bis zum Ersten Weltkrieg wurden Anhänger der sozialdemokratischen Bewegung schikaniert und noch um 1900 wurden einzelne Versammlungen untersagt oder aufgelöst. Regelmäßig entsandten die Behörden Gendarmen zur Überwachung der Veranstaltungen und forderten in einem Fall sogar noch Gebühren dafür ein.<sup>123</sup> Der Partei gelang es dennoch in der Regel, ihre Anhänger in höherem Maße als die politische Konkurrenz zu mobilisieren. Allein zu einer Versammlung im November 1894 erschienen mehr als 250 Personen.<sup>124</sup> Im Februar 1906 bildete sich schließlich aus dem Allgemeinen Arbeiterverein eine Ortsgruppe der SPD.<sup>125</sup> Bei der Reichstagswahl im Januar 1912 stimmten 333 Oerlinghauser (etwa 59 Prozent) für die Partei.

### Landtagsabgeordnete aus Oerlinghausen 1896 – 1918

Reichstagsabgeordnete brachte Oerlinghausen während der Zeit des Kaiserreichs nicht hervor. Die gestiegene Bedeutung des Ortes ab den 1890er Jahren spiegelte sich jedoch darin wider, dass 1896 mit dem fortschrittlichen Maurermeister August Richter erstmals ein Dorfbewohner in den lippischen Landtag gewählt wurde. Mit Karl Becker und Wilhelm Wegescheid waren zwei weitere Oerlinghauser als Abgeordnete im lippischen Landtag tätig. Alle drei hatten in der 3. Klasse kandidiert:

- 1896 – 1900 August Richter, Maurermeister (Fortschrittspartei)
- 1900 – 1904 Karl Becker, Zigarrenarbeiter (SPD)
- 1913 – 1918 Wilhelm Wegescheid, Kaufmann (Lippische Liberale Volkspartei)

<sup>121</sup> STEINBACH 1980, 154 f.

<sup>122</sup> Erstmals in der Berichterstattung so genannt in der VOLKSWACHT vom 17. Oktober 1891.

<sup>123</sup> LP vom 29. Dezember 1893.

<sup>124</sup> VOLKSWACHT vom 27. November 1894.

<sup>125</sup> Vgl. Bericht zum 25jährigen Bestehen im VOLKSBLATT vom 20. Februar 1931. Die erste Versammlung des neugegründeten Ortsvereins erfolgte am 18. März 1906 im Lokal von Carl Blome; s. VOLKSWACHT vom 17. und 22. März 1906. Der Brackweder Blome hatte den „Gasthof zum Tönsberg“ nahe der Kirche 1903 von Adolf Niewald erworben.

Dem für die SPD kandidierenden und noch kurz vor Kriegsende 1918 an der Westfront gefallenen Konsumverwalter Wilhelm Kronshage fehlten 1913 17 Stimmen für das Mandat. In der Stichwahl wurde der Liberale Wegescheid gewählt.<sup>126</sup>

## **Gespaltene Dorfgesellschaft: Das Vereinswesen**

Der sich durch die Einwohnerschaft ziehende Graben zwischen bürgerlichem und sozialdemokratischem Milieu vertiefte sich in den Jahren nach 1890 deutlich. Schon im August 1878 hatte der Oerlinghauser Turnverein einen einstimmigen Beschluss gefasst, nach welchem Sozialdemokraten wegen „revolutionärer Tendenzen“ ausgeschlossen werden konnten.<sup>127</sup> Sozialdemokraten waren als „Reichsfeinde“ geächtet und ausgegrenzt. Daran änderte sich nach dem Fall der Sozialistengesetzgebung wenig. Die Sozialdemokratie verzeichnete jedoch zur Verärgerung der „Bürgerlichen“ regen Zulauf. Die Folge war eine starke Gegenbewegung und die bereits erwähnten Ausschlusstendenzen, die sich im vorpolitischen Raum niederschlugen. Die Spaltung der Einwohnerschaft in zwei Lager trat zunehmend sichtbar auch im Vereinswesen hervor.

Ab 1893 bildete sich im Dorf ein eigenes sozialdemokratisches Vereinsleben heraus. In diesem Jahr existierte bereits ein Arbeiterbildungsverein.<sup>128</sup> 1895 traten sozialdemokratische Turner aus dem Oerlinghauser Turnverein aus. Ihnen schmeckte die ultranationalistische Haltung des Vereins nicht, die sich insbesondere zu Feier- und Jahrestagen zeigte. Der „Rummel“ mit inbrünstiger Kaiserverehrung zum 25. Jahrestag der Schlacht bei Sedan führte schließlich zur Gründung des Arbeiterturnvereins Einigkeit.<sup>129</sup> Im Juli 1906 spaltete sich der Männergesangverein (MGV) Eintracht. Hier bot das Ansinnen des MGV, eine große Feier zur Silberhochzeit des deutschen Kaiserpaares auszurichten, den Anlass. Die sozialdemokratischen Sänger frönten ihrer Leidenschaft fortan im Arbeitergesangverein Solidarität.<sup>130</sup> Im April 1903 hatte sich außerdem ein Konsumverein mit erst einer, dann einer weiteren Geschäftsstelle aus der Arbeiterschaft heraus gegründet.<sup>131</sup>

Vereine wie der Verkehrs- und Verschönerungsverein, der Kriegerverein, der Schützenverein, der MGV Eintracht, der Gesangverein Liedertafel, der Turnverein von 1867 oder der Vaterländische Frauenverein blieben frei von Sozialdemokraten. In den Vorständen saßen mit den Unternehmern Carl Weber und Bruno Müller, den Prokuristen der Firma CeWeCo Wilhelm

---

<sup>126</sup> S. Nachruf auf Kronshage in der VOLKSWACHT vom 2. Oktober 1918 und Nachruf auf Wegescheid in der LLZ vom 22. August 1928.

<sup>127</sup> DER WÄCHTER vom 8. Juli 1878.

<sup>128</sup> VOLKSWACHT vom 4. Mai 1893.

<sup>129</sup> S. dazu VOLKSBLATT vom 15. September 1925.

<sup>130</sup> Vgl. die Darstellung der Geschichte des Arbeitergesangvereins anlässlich des 25-jährigen Bestehens im VOLKSBLATT vom 25. Juli 1931.

<sup>131</sup> VOLKSWACHT vom 25. April 1903. Die Eröffnung erfolgte am 5. Mai im Haus des Wirtes Carl Blome. Erster Konsumverwalter war Wilhelm Kronshage. Die Geschäftsleute des Ortes standen der Gründung äußerst ablehnend gegenüber. Insbesondere Otto E. (gemeint ist der Wirt und Bäcker Otto Elbracht) spielte sich, so das Bielefelder SPD-Organ, als „Konsum-Töter“ auf. Elbracht war später zeitweise Ortsgruppenleiter der NSDAP.

Hofbücker und Hermann Weeke, dem Gutsbesitzer Emil Steinmeister die konservativen und nationalliberalen Honoratioren des Ortes und der Umgegend. Sie teilten sich die Ämter und Funktionen in der Regel mit den Parteigängern des Fortschritts und später der Sozialliberalen wie Wilhelm Wegescheid.

Die Abgrenzung voneinander erfolgte durch beide Seiten. Der Schützenverein mit 1905 rund 200 Mitgliedern<sup>132</sup> galt als nationalistisch und „spießig“, Sozialdemokraten hielten sich noch bis in die Weimarer Zeit weitgehend von ihm fern.<sup>133</sup> Das Kriegervereinswesen jener Zeit verstand sich wiederum als „feste Bastion gegen den Sozialismus“. Für diese Haltung stand deutlich der langjährige Vorsitzende des Oerlinghauser Kriegervereins, Emil Steinmeister, der Gutsbesitzer von Menkhausen, zudem Vorstandsmitglied des lippischen Zweiges des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.<sup>134</sup>

### **Das Dreiklassenwahlrecht als „Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“: Der Dorfausschuss**

Eine im März 1841 vom lippischen Fürsten erlassene Land-Gemeinde-Ordnung bestimmte das politische Wirken vor Ort. Diese Ordnung war mit Landes- oder ab 1871 Reichsgesetzgebung gezollten Modifizierungen sowie Präzisierungen durch Ortsstatute bis 1893 in Kraft. Zuständig für die die Bauerschaft betreffenden Maßnahmen und Projekte war die Dorfversammlung, die unter der Leitung eines Ortsvorstehers und seiner zwei Vertreter stand. Zu dieser in der Regel zweimal im Jahr stattfindenden Versammlung waren nur Männer ab 25 Jahren zugelassen und stimmberechtigt, die eine Haus- oder Hofstätte besaßen. Einlieger und solche Bewohner, die kein Wohngebäude besaßen, waren ausgeschlossen. Um 1871 war somit maximal 100 der rund 1.500 Einwohner Oerlinghausens die politische Teilhabe vergönnt. Die Dorfversammlung wählte auch den Vorsteher und seine Stellvertreter für jeweils zwei Jahre.<sup>135</sup>

Ab 1893 war für die Gestaltung und Entwicklung im Ort ein Dorfausschuss zuständig, der gemäß der neuen lippischen Dorfgemeindeordnung nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurde.<sup>136</sup> Da in Oerlinghausen mehr als 800 Einwohner lebten, umfasste der Ausschuss zwölf Sitze. Die Wahlzeit der Vertreter betrug sechs Jahre. Die Gemeindeordnung sah vor, dass alle drei Jahre die Hälfte der Vertreter neu gewählt wurde. 1896 wurden die sechs ausscheidenden Vertreter einmalig per Los bestimmt. Es bestand die Möglichkeit, sich sogleich zur Wiederwahl zu stellen. Wahlberechtigt waren alle Männer ab 25 Jahren, die Steuern entrichteten. Für jede der drei Abteilungen waren vier Vertreter zu wählen. Die Wahlen der dritten Abteilung hatten

---

<sup>132</sup> WZ vom 9. Mai 1905.

<sup>133</sup> Gerade in den Anfangsjahren der Weimarer Republik wurde die Oerlinghauser Schützengesellschaft als Hort der Reaktion mit „Kriegsrummel“ und „derartigem Klimbim“ betrachtet und ein Besuch der Schützenfeste deshalb abgelehnt. Vgl. VOLKSBLATT vom 28. Juni 1922.

<sup>134</sup> Zur Landesabteilung Lippe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und zur Wahl Steinmeisters s. LTZ vom 24. Januar 1908.

<sup>135</sup> Vgl. Land-Gemeinde-Ordnung vom 2. März 1841, in: FÜRSTLICH-LIPPISCHES INTELLIGENZBLATT vom 20. März 1841 (Beiblatt). S. auch das Ortsstatut für die Dorfschaft Oerlinghausen, 1. November 1875, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 551.

<sup>136</sup> Vgl. FÜRSTLICHES KABINETTS-MINISTERIUM, Dorfgemeindeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 18. April 1893 nebst Amtsgemeindeordnung vom 2. März 1841, Detmold 1893.

zuerst zu erfolgen, die der ersten zuletzt. Wahlmonate waren der November und Dezember. Anders als Reichs- oder Landtagswahlen hatte jeder Wähler in seiner Abteilung die Möglichkeit, so viele Kandidaten auf den abzugebenden Wahlzettel zu setzen, wie zu wählen waren. In der Regel waren es ab 1896 alle drei Jahre zwei Kandidaten für jede Wählerklasse. Der Ortsvorsteher wurde ab 1893 für sechs Jahre von den Mitgliedern des Dorfausschusses gewählt.

Das ungleiche Wahlrecht verzerrte die realen politischen Kräfteverhältnisse in drastischer Weise. Nach der erstmaligen Wahl von Nachfolgern der dritten Abteilung in den Dorfausschuss Ende 1896 schrieb die *Volkswacht*:

„Übrigens sei hier noch das Stimmenverhältnis der drei Wählerklassen mitgeteilt: es gehören in die erste Klasse 3 Personen (die Inhaber der Firma C. Weber u. Cie.), welche 4 Vertreter wählen, in die zweite Klasse 25, welche ebenfalls 4 Vertreter wählen, und in die dritte Klasse 330, welche ebenfalls nur 4 Vertreter zu wählen haben. Das ist die Gerechtigkeit des Geldsacks.“<sup>137</sup>

Dieses Wahlrecht verhinderte bis 1918 nicht nur ein wesentlich stärkeres Gewicht, sondern eine politische Mehrheit der Sozialdemokratie, deren Anhänger aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage und damit geringeren Steuerleistung ausschließlich in der dritten Abteilung wählen durften. In der Wählerklasse 3 waren in den Wählerlisten von 1893 bis 1911 zwischen 320 und 420, in der Wählerklasse 2 zwischen 25 und 50 und in der Wählerklasse 3 zwischen 3 und 10 Personen eingetragen. Die Wahlbeteiligungen waren sehr schwankend.

Nach den Wahlen im Herbst 1893 setzte sich der Dorfausschuss aus den folgenden zwölf Mitgliedern zusammen:<sup>138</sup>

Abt. I

August Asemissen, Kaufmann (konservativ),  
Friedrich Becker, Kaufmann (vermutlich fortschrittlich),  
Bruno Müller, Fabrikant (nationalliberal),  
Carl Weber jun., Fabrikant (nationalliberal)

Abt. II

Carl Beckmann, Postverwalter (fortschrittlich),  
Heinrich Holzkamp, Gastwirt (fortschrittlich),  
Carl Hölter, Kaufmann/Zigarrenfabrikant (fortschrittlich),  
August Reuter, Kaufmann/Gastwirt (vermutlich fortschrittlich)

Abt. III

Carl Diekmann, Bäckermeister (sozialdemokratisch, später fortschrittlich),  
Heinrich Gronemeyer, Zigarrenmacher (sozialdemokratisch),  
Carl Grote, Zigarrensortierer (sozialdemokratisch),  
Friedrich Hansing, Schlachter (sozialdemokratisch)

---

<sup>137</sup> VOLKSWACHT vom 8. Dezember 1896.

<sup>138</sup> Vgl. Übersicht vom 18. November 1893, in: LAV NRW OWL, L 109 Schötmar Nr. 750. S. auch VOLKSWACHT vom 15. November 1893.

In der Abteilung I hatten sieben von neun Wählern abgestimmt, in der Abteilung II waren es 43 von 43 Wählern und in der Abteilung III 169 von 329 Wählern. Zur Wählerschaft der Abteilung I gehörten 1893 die Kaufleute August Asemissen, Fritz Berkemeier, Isaak Lindemeyer, die Fabrikanten Carl Weber sen., Carl Weber jun., Bruno Müller, Georg Settemeyer, der Arzt Dr. Leopold Martheus und der Apotheker Carl Wachsmuth.<sup>139</sup> Die Zahl vor allem der Wahlberechtigten in der Abteilung I schwankte aufgrund sich verändernder Steuerrichtwerte und wirtschaftlicher Umstände. Bei den Wahlen 1899 und 1905 waren es nur noch drei Bürger<sup>140</sup>, 1908 dann zehn und 1911 schließlich 14, die vier Vertreter bestimmten.<sup>141</sup>

Im Frühjahr 1910 hatten sich in einem Bürgerverein Vertreter der Konservativen, der National- und der Sozialliberalen zusammengeschlossen.<sup>142</sup> Solche Bürgervereine gab es anderenorts bereits seit mehreren Jahren. Sie dienten dazu, aufklärerische Vortragsabende zu organisieren, zunehmend auch um kommunale Angelegenheiten zu besprechen. Mit den Bürgervereinen wurde aber ebenfalls eine Union gegen die Sozialdemokratie gebildet. Im Dezember 1911 schickte der Oerlinghauser Bürgerverein erfolglos zwei Kandidaten ins Rennen, um einen Sieg der SPD in der Abteilung III zu verhindern.<sup>143</sup> Nach der letzten Wahl vor dem Weltkrieg Ende 1911 setzte sich der Dorfausschuss wie folgt zusammen:<sup>144</sup>

#### Abt. I

August Asemissen, Kaufmann (konservativ),  
Wilhelm Hofbücker, Prokurist (vermutlich nationalliberal),  
Bruno Müller, Fabrikant (nationalliberal),  
Carl Weber, Fabrikant (nationalliberal)

#### Abt. II

August Gronemeyer, Zigarrenfabrikant (liberal),  
Wilhelm Holzkamp, Ober-Postassistent (liberal),  
Georg Sprenger, Uhrmacher (liberal),  
Wilhelm Tellmann, Rentner (liberal)

#### Abt. III

Wilhelm Helmig, Verkäufer (sozialdemokratisch),  
Wilhelm Kronshage, Lagerverwalter (sozialdemokratisch),  
Heinrich Ober, Zigarrenarbeiter (sozialdemokratisch),  
August Schling, Lagerhalter (sozialdemokratisch)

---

<sup>139</sup> S. Wählerverzeichnisse und Ergebnisse, November 1893, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 114.

<sup>140</sup> VOLKSWACHT vom 12. Dezember 1899. In den Wählerklassen II und III waren es 50 und 350.

<sup>141</sup> S. Wahllisten, 1895-1922, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 115.

<sup>142</sup> Vgl. Einladung zum ersten Vortragsabend nach der Gründung mit einem Referenten zur Entwicklungsgeschichte der Nationalökonomie in der LTZ vom 9. November 1910. Die Gründung war bei den örtlichen Linksliberalen offensichtlich umstritten; s. namentlich nicht gekennzeichneten Leserbrief in der LTZ vom 12. April 1910.

<sup>143</sup> Vgl. VOLKSWACHT vom 14. Dezember 1911. Die Kandidaten erhielten: Ober (SPD) 238 Stimmen, Helmig (SPD) 235 und die „Bürgerlichen“ Hunke 90, Hellkamp 93 sowie die „Einzelbewerber“ Lohmeyer 2 und Grote 2.

<sup>144</sup> Zusammengestellt aus verschiedenen Zeitungsberichten zu den Dorfausschusswahlen in Oerlinghausen 1908 und 1911. Im Krieg wurden die Wahlen ausgesetzt.

Als Oerlinghausen im Dezember 1893 den ersten Dorfausschuss nach der neuen Gemeindeordnung erhielt, war als Ortsvorsteher noch der frühere Kaufmann und nun Rentner Friedrich Becker im Amt. Bisher war die Wahl durch eine Wahlmännerversammlung erfolgt. Becker übte die Funktion seit 1890 aus. Nicht selten hatten die Gewählten in den Jahren von 1871 bis 1890 die Aufgabe abgelehnt. Das Amt als Ortsvorsteher war nicht sonderlich beliebt. Es war viel Zeit für die Tätigkeit erforderlich und die Arbeit hatte unentgeltlich zu erfolgen. Nur die Auslagen wurden ersetzt. Zur Unterstützung wählte man zusätzlich einen ersten und einen zweiten Stellvertreter. Aber selbst Kandidaten für diese Funktionen ließen sich nicht leicht finden. Die Wahlen endeten mitunter im Chaos. Mal waren zu wenig Wahlberechtigte erschienen, die zuweilen dennoch abstimmten. Daraufhin folgten Einsprüche gegen die Wahl. Ein anderes Mal traten Gewählte sogleich oder in den folgenden Tagen zurück.<sup>145</sup>

Zum Januar 1894 wurde Friedrich Becker nach der Wahl durch den Dorfausschuss durch den Kaufmann August Reuter, Vater des späteren Bürgermeisters, ersetzt. Reuter blieb bis zum Frühjahr 1907 im Amt. Den Oerlinghausern war es in der Kaiserzeit augenscheinlich gelungen, eher mäßigend wirkende und weitgehend anerkannte Köpfe zu wählen.<sup>146</sup> Aber natürlich waren es Vertreter aus den Abteilungen I oder II. Letztlich machten die „Bürgerlichen“ die Wahl unter sich aus. Auch Reuter empfand das Ehrenamt als Last. Im September 1898 legte er sein Amt als Ortsvorsteher nieder.<sup>147</sup> Diskutiert wurde daraufhin die Vergabe des Postens als besoldete Stelle.<sup>148</sup> Dem standen allerdings die Vermögensverhältnisse der Gemeinde entgegen, die aufgrund der Abgaben an das übergeordnete Amt Schötmar wenig Spielraum ließen. Aus den Akten geht nicht hervor, wie das Problem gelöst wurde. Reuter übernahm weiterhin das Amt des Ortsvorstehers und trat später aus gesundheitlichen Gründen zurück.<sup>149</sup>

Im März 1907 wurde der Sparkassenrendant Heinrich Liekefett (1850-1927), Veteran des Krieges von 1870/71 und Vorstandsmitglied des Kriegervereins, zum Nachfolger gewählt. Er konnte sich im Dorfausschuss mit acht zu vier Stimmen gegen den linksliberalen Konkurrenten Wilhelm Wegescheid durchsetzen.<sup>150</sup> Zur Unterstützung in der Tätigkeit als Ortsvorsteher wurden spätestens seit der Jahrhundertwende durch den Dorfausschuss zwei Beigeordnete für jeweils sechs Jahre gewählt. 1914 übten Wilhelm Hofbücker und Wilhelm Tellmann diese Tätigkeit aus.<sup>151</sup> Erst im April 1919 bekam Oerlinghausen mit Liekefetts Nachfolger August Reuter einen hauptamtlichen Gemeindevorsteher.

---

<sup>145</sup> Zu den Vorsteherwahlen und den Protesten s. LAV NRW OWL, L 109 Schötmar Nr. 761 und 785 sowie KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 117. Im Januar 1890 fungierte für wenige Wochen der jüdische Kaufmann Isaak Lindemeyer offiziell als Ortsvorsteher. Bei der Wahl aber gab es formale Fehler und Lindemeyer selbst war wenig geneigt, das Amt anzutreten bzw. auszuüben. Vgl. LLZ vom 13. Januar und 15. Februar 1890.

<sup>146</sup> Die Vorsteher von 1880 bis 1893: Kaufmann Heinrich Freitag (1880-1881), Bäckermeister Heinrich Buckup (1881-1883), Kaufmann Heinrich Freitag (1884-1890), Rentner Friedrich Becker (1890-1893). In den 1870- und 1880er Jahren gab es mit dem Kaufmann Abraham Meyer (später Meyer-Sternberg) über mehrere Jahre hinweg einen jüdischen Bürger als stellvertretenden Ortsvorsteher.

<sup>147</sup> LP vom 20. September 1898.

<sup>148</sup> LP vom 22. September und 1. Oktober 1898

<sup>149</sup> WZ vom 4. April 1907.

<sup>150</sup> WZ vom 23. März 1907.

<sup>151</sup> S. LAV NRW OWL, L 109 Schötmar Nr. 750.



Abb. 13: Heinrich Liekefett, Gemeindevorsteher von 1907 bis 1919.  
(Lippischer Kalender für das Jahr 1928, 75)

## Politische Konflikte zwischen den Milieus

Seit 1890 verlief mit dem wachsenden Erfolg der Sozialdemokratie eine eindeutige Grenzlinie zwischen dem „bürgerlichen“ Milieu, bestehend aus Konservativen, National- und Linksliberalen, auf der einen und dem sozialdemokratischen Milieu, durchaus als Arbeiterschaft zu umreißen, auf der anderen Seite. In Folge der Abgrenzung und Selbstvergewisserung auf beiden Seiten existierten verschiedene Konfliktfelder. Mitunter ging es um eine demonstrative Symbolpolitik, wenn Sozialdemokraten beispielsweise zum 1. Mai 1891 eine rote Fahne am Windmühlenstumpf auf dem Tönsberg hissten, die dann von der „Ordnungsmacht“ kassiert wurde.<sup>152</sup>

Zu einem regelrechten „Kulturkampf“ arteten die Auseinandersetzungen allerdings bei den Schulgemeinde- und Schulvorstandswahlen aus. Im Mai 1894 waren zum Leidwesen des „bürgerlichen“ Lagers vier Sozialdemokraten in den Schulvorstand gewählt worden.<sup>153</sup> Während die Sozialdemokraten nahezu geschlossen zur Urne gegangen waren, herrschte bei den „Bürgerlichen“ weitgehende Teilnahmslosigkeit vor. Die Wahl wurde angefochten und mit Schützenhilfe des Fürstlichen Konsistoriums für ungültig erklärt. Die *Lippische Landes-Zeitung* appellierte zur erneuten Abstimmung im September 1894 inbrünstig:

---

<sup>152</sup> VOLKSWACHT vom 8. Mai 1891. Zum 1. Mai 1892 gab es eine erneute Fahnenhissung, vgl. BIELEFELDER POST vom 2. Mai 1892. Solche „Freveltaten“ erfolgten auch später, nicht nur zum „Tag der Arbeit“, sondern beispielsweise in der Nacht zum 30. August 1892, ebenfalls auf dem Windmühlenstumpf. Der Ortsvorstand setzte eine Belohnung von 50 Mark für die Namhaftmachung der Täter aus. Bekanntmachung („per Schelle“) des Ortsvorstandes, 30. August 1892, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 254; s. auch WZ vom 1. September 1892.

<sup>153</sup> LP vom 16. Mai 1894.

„Zur Ehre unserer gesinnungstüchtigen Bürgerschaft muss gehofft werden, dass diesmal alle einmütig sich an der Wahl beteiligen und alle kleinlichen Rücksichten schwinden lassen werden. Handelt es sich doch um die Volksschule, deren Grundpfeiler Christensinn und Vaterland sind und man sollte meinen, dass in einem solchen Kampfe den Sozialdemokraten gegenüber jedermann an seinem Platze sein würde. Lasst uns also einig sein, Einigkeit allein macht stark!“<sup>154</sup>

Bei der Wiederholung am 10. September stimmten deutlich mehr Bürger ab. Die liberale *Lippische Post* vermeldete anschließend, dass nun nur noch ein Sozialdemokrat, jedoch zwei Vertreter der „Ordnungspartei“ gewählt seien.<sup>155</sup> Anscheinend hatte insbesondere Pastor Eduard Reber großen Einsatz im Wahlkampf gezeigt. Von der Kanzel forderte er im Sonntagsgottesdienst dazu auf, nur „gottesfürchtige Männer“ zu wählen und war zudem noch werbend von Tür zu Tür geeilt.<sup>156</sup> Die sozialdemokratische *Volkswacht* wusste von besonderen Auswüchsen der Mobilisierung durch die Gegenseite zu berichten:

„Ein Gutsbesitzer B. aus W. war gestern mit seiner ganzen Streitmacht, bestehend in etwa 10-12 Köttern und Knechten, zur Wahl erschienen. Man konnte den armen Leuten förmlich die Angst vor ihrem gestrengen Herrn vom Gesicht ablesen, wenn sie zur Wahlurne traten und sahen, wie sie von ihrem Gestrengen nicht aus den Augen gelassen wurden. Man sollte meinen, den Leuten gingen doch wohl endlich die Augen auf, wenn sie sehen, wie der Herr B. fein und nobel im Wagen zur Wahl fährt, während sie, die Kötter und Knechte, teilweise schon recht alt und gebrechlich, zu Fuß den weiten Weg machen mussten. Trotz des vielen Regens nahm der Herr auch noch nicht einmal 2 oder 3 Mann, die er noch bequem fassen konnte, mit in den Wagen.“<sup>157</sup>

Auch diese Wahl wurde angefochten. Bei der erneuten Wiederholung im Januar 1895 setzten sich wiederum die Sozialdemokraten klar durch.<sup>158</sup> Als sich im März der Landtagsausschuss mit dem neuen Volksschulgesetz befasste, stand besonders der Paragraph die Wahlen des Schulvorstandes betreffend zur Debatte:

„Der Ausschuss schlägt vor, die Wahlen auf Grund des Dreiklassenwahlsystems vorzunehmen. Der Minister verteidigt die Vorlage, die verhüten solle, dass unzufriedene Elemente in den Schulvorstand kämen, wie z. B. Sozialdemokraten in Oerlinghausen.“<sup>159</sup>

---

<sup>154</sup> Bericht der LLZ, wiedergegeben in der VOLKSWACHT vom 4. September 1894.

<sup>155</sup> LP vom 12. September 1894.

<sup>156</sup> VOLKSWACHT vom 6. und 10. September 1894. Die Sozialdemokraten bezeichneten das „bürgerliche“ Bündnis häufig als „Mischmasch“ oder „Mischmaschpartei“. Eduard Reber (1847-1906) war von 1885 bis zu seinem Tod Pastor im Dorf. Selbst das zentrale Parteiorgan berichtete über das Geschehen in Oerlinghausen, s. VORWÄRTS vom 12. September 1895.

<sup>157</sup> VOLKSWACHT vom 10. September 1894.

<sup>158</sup> LP vom 19. Januar 1895 und VOLKSWACHT vom 22. Januar 1895.

<sup>159</sup> WZ vom 11. März 1895.

Tatsächlich erlangte der Vorschlag eine eindeutige Mehrheit. Am 16. Dezember 1895 fanden die Wahlen für den Schulgemeindefachausschuss nach dem neuen Gesetz statt. In der dritten Klasse setzten sich weitgehend die sozialdemokratischen Kandidaten durch, in der zweiten waren es die Vertreter des Fortschritts und ein Nationalliberaler. In der ersten Klasse dominierten dagegen Nationalliberale wie Carl Weber, Bruno Müller und der damals noch nationalliberale Gutsbesitzer Ober, sowie Konservative wie der Kaufmann Asemissen und der Gutsbesitzer Steinmeister.<sup>160</sup> Bei der ersten Versammlung wenige Tage später wählten die Ausschussmitglieder den neuen Vorstand. Gewählt wurden nun als Vorsitzender der Gutsbesitzer Ober und als sein Stellvertreter der Fabrikant Müller. Die liberale *Lippische Post* jubelte:

„Mit Hilfe der 3-Klassen-Wahl [...] ist nun glücklich der Oerlinghauser Schulvorstand von Sozialdemokraten frei.“<sup>161</sup>

Für die als „unzufriedene Elemente“ ohne Glauben und ohne Vaterland geltenden Sozialdemokraten bestand ein großes Problem darin, im Dorf überhaupt geeignete Lokale für Veranstaltungen zu finden. Die Wirte verweigerten ihre Säle.

Als erstes Vereinslokal kann die Gastwirtschaft von Adolph Niewald („Gasthof zum Tönsberg“) in der Hauptstraße 70 nahe der Kirche gelten. Hier fanden zahlreiche Versammlungen statt.<sup>162</sup> Im November 1897 aber kündigte der Wirt dem Allgemeinen Arbeiterverein den Saal. Die monatlichen Versammlungen fielen fortan mangels einer Alternative aus. Nun boykottierten die Arbeiter die Wirtschaft:

„Das Bier des Herrn Niewald will den hiesigen Genossen seither durchaus nicht munden. Vielleicht besinnt sich Herr N. doch bald eines besseren. Waren es doch die hiesigen Arbeiter, welche gewisse Leute vor Jahren vor dem sicheren Untergange retteten.“<sup>163</sup>

Erst ab November 1900 fanden wieder Parteiveranstaltungen im Lokal Adolph Niewalds statt.<sup>164</sup> In der Zwischenzeit scheint es tatsächlich zu einem Erliegen der Versammlungstätigkeit gekommen zu sein. Im April 1902 rief die Partei die Genossen auf, nur die Gastwirte aufzusuchen, die auch ihre Säle für Versammlungen zur Verfügung stellten:

„Dass wir zur Abhaltung von Versammlungen Lokale brauchen, darüber wird wohl kein Parteigenosse im Zweifel sein, aber darum ist auch um so weniger zu verstehen, wenn Parteigenossen Wirte unterstützen, die sonst von den Arbeitern, wenn dieselben eine Versammlung abhalten wollen, nichts wissen wollen.“<sup>165</sup>

---

<sup>160</sup> LP vom 18. Dezember 1895.

<sup>161</sup> LP vom 24. Dezember 1895.

<sup>162</sup> S. beispielsweise die Anzeige in der VOLKSWACHT vom 25. Mai 1893.

<sup>163</sup> VOLKSWACHT vom 10. Januar 1898.

<sup>164</sup> VOLKSWACHT vom 29. November 1900.

<sup>165</sup> VOLKSWACHT vom 14. April 1902.



Abb. 14: „Gasthof zum Tönsberg“, um 1905.  
(Slg. Hartmann)

Anfang 1903 verkaufte Adolph Niewald sein Lokal an Carl Blome aus Brackwede.<sup>166</sup> Blome stellte das Gasthaus den Sozialdemokraten und dem Konsumverein ab 1904 wieder zur Verfügung.<sup>167</sup> Im Februar 1906 erfolgte dort aus dem Allgemeinen Arbeiterverein heraus die Gründung einer Ortsgruppe der SPD, deren erste Versammlung Ende März ebenfalls dort stattfand.<sup>168</sup> Letzte Veranstaltung der Sozialdemokraten im „Gasthof zum Tönsberg“ war dann vorerst offenbar die Maifeier 1906. Blome übernahm im Juli ein Restaurant in Bielefeld.<sup>169</sup> Das Gasthaus in Oerlinghausen ging in die Hände von Dora Beermann und einige Monate später in jene von Hermann Beermann über. Offenbar fand dort noch eine einzige Versammlung der SPD im Juli statt.<sup>170</sup> Wechsel von Inhabern der Gastronomiebetriebe waren zu jener Zeit an der Tagesordnung. Das Geschäft der Sommerfrische mit Pensions- und Restaurantbetrieb war durch die Saison begrenzt und warf oftmals keine ausreichenden Einnahmen ab.

Neues Vereinslokal wurde nun das „Jägerhaus“ (Karl Löhr) in der Hauptstraße. Im Herbst 1907 bildete sich eine „Boykott-Kommission“ der SPD, die über Monate hinweg in der *Volkswacht* über die Bereitschaft oder die Verweigerung von Wirten, Säle zur Verfügung zu stellen, infor-

<sup>166</sup> VOLKSWACHT vom 9. März 1903.

<sup>167</sup> Der Konsumverein tagte dort beispielsweise wieder am 6. März 1904, s. VOLKSWACHT vom 1. März 1904. Der Allgemeine Arbeiterverein besprach dort im Herbst 1905 die Frage der Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl, s. VOLKSWACHT vom 19. Oktober 1905.

<sup>168</sup> Mit dem Hinweis auf die „wichtige Tagesordnung“ am 4. Februar s. VOLKSWACHT vom 2. Februar 1906; außerdem VOLKSWACHT vom 22. März und 12. April 1906.

<sup>169</sup> Es handelte sich um eine Gastwirtschaft in der Webereistraße. Vgl. VOLKSWACHT vom 28. Juli 1906.

<sup>170</sup> Übernahme des Lokals durch Dora Beermann, s. LTZ vom 15. Mai 1906. Veranstaltung der SPD am 22. Juli, s. VOLKSWACHT vom 20. Juli 1906.

mierte. Im November rief diese Kommission dazu auf, die Wirte Louis Niewald, Gustav Meier und das Hotel Kiffe zu boykottieren, während sie die Lokalitäten von Wilhelm Pott, Karl Lücking, Frau Hunke und das Vereinslokal Karl Löhr, das „Jägerhaus“, empfahl.<sup>171</sup>

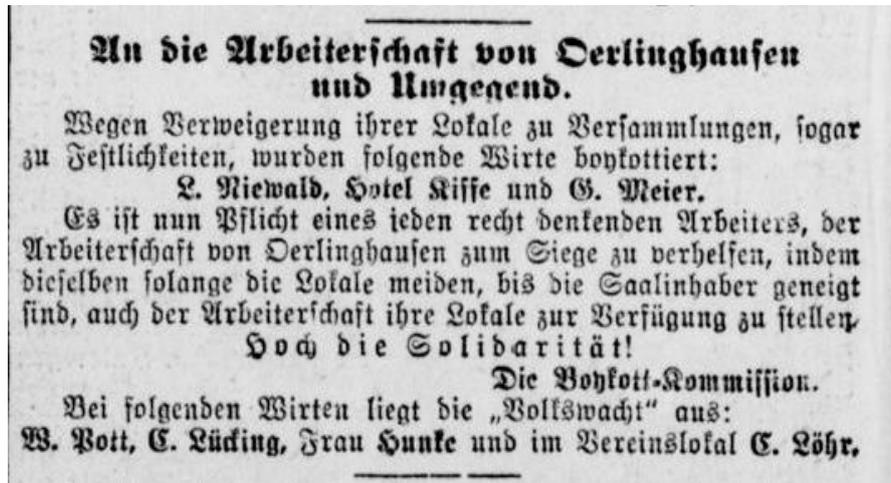


Abb. 15: Aufruf der SPD zum Wirte-Boykott, 1907.  
(Volkswacht vom 7. November 1907)

Um 1907/08 wechselte das alte Parteilokal, der „Gasthof zum Tönsberg“, wieder einmal den Betreiber.<sup>172</sup> Neuer Inhaber war nun August Niewald. Die „Lokalfrage“ blieb weiterhin ein für die Sozialdemokraten präsenes Thema. Gerade zu dieser Zeit, als die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1903 (Reichsergebnis: 31,7 Prozent), 1907 (28,9 Prozent) und dann 1912 (34,8 Prozent) große Erfolge erzielte, versuchten Konservative und Nationalliberale gemeinsam mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie – von dieser als „Reichslügenverband“ tituliert – die Versammlungstätigkeit der SPD im Reich zu behindern.<sup>173</sup>

Nachdem das Vereinslokal „Jägerhaus“ im April 1910 in andere Hände übergegangen war, fragte der Ortsvorstand beim neuen Wirt August Löhr an, erhielt aber keine Antwort, „und es sind demzufolge der Arbeiterschaft die Lokalitäten verweigert.“ Den Mitgliedern wurden die noch zugänglichen Lokale empfohlen.<sup>174</sup> Die Partei ermahnte im Sommer 1910 ihre Mitglieder erneut, nur bei ihnen wohl gesonnenen Wirten zu verkehren.<sup>175</sup> Mittlerweile gehörte der „Gasthof zum Tönsberg“ wieder dazu. Im Frühjahr 1911 standen den Sozialdemokraten in Oerlinghausen nur zwei Wirtschaften für Veranstaltungen zur Verfügung: der „Gasthof zum Töns-

<sup>171</sup> Aufruf in der VOLKSWACHT vom 7. November 1907. Beinahe gleichlautende Aufrufe in der VOLKSWACHT vom 25. November und 19. Dezember 1907 sowie vom 14. Januar 1908. Zu den Wirten, die nun das Parteiblatt auslegten, war August Niewald („Gasthof zum Tönsberg“) hinzugekommen.

<sup>172</sup> Letzte Anzeige Beermanns in der konservativen LTZ vom 16. Mai 1907. Anzeige August Niewalds im BIELEFELDER GENERAL-ANZEIGER vom 5. Juni 1908.

<sup>173</sup> S. zur Agitation u. a. des Reichsverbandes auch WALTER MÜHLHAUSEN, Gegen den Reichsfeind – Anmerkungen zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: ULRICH LAPPENKÜPER (Hg.), Otto von Bismarck und das „lange 19. Jahrhundert“, Paderborn 2017, 329-352.

<sup>174</sup> VOLKSWACHT vom 2. Mai und 9. Juli 1910. Zu den empfohlenen Gasthäusern gehörten: Wilhelm Pott, Karl Lücking, August Niewald und Schröder.

<sup>175</sup> VOLKSWACHT vom 9. Juli 1910.

berg“ von August Niewald und das Lokal von Karl Lücking.<sup>176</sup> Als im Mai 1914 der Wirt Niewald starb, blieb ihnen bis zum Weltkrieg und darüber hinaus nur der Saal des Wirts Lücking in der Holter Straße 23 (später „Kastanienkrug“).<sup>177</sup>

Das Erstarken der Sozialdemokratie führte zu Versuchen der „bürgerlichen“ Parteien, ihre Reihen zu schließen und Bündnisse einzugehen. Zur bis dahin üblichen Union zwischen den zahlenmäßig wenigen Konservativen und den nur unverhältnismäßig mehr Nationalliberalen gesellten sich um die Jahrhundertwende auch die Freisinnigen, die in den Wahlen zuvor Rückschläge einstecken mussten. Diese riefen vor der Landtagswahl 1900 zu einer Wählerversammlung der 3. Klasse ins Lokal Niewald auf. Von Freisinnigen und Nationalliberalen wurde dort – wie die *Volkswacht* ironisch bemerkte – ein „nationalliberaler Mischmasch-Kandidat“ vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten empfahlen die Stimmabgabe für ihren Kandidaten Karl Becker. Von Seiten der „Bürgerlichen“ wurde nun vielfältiger Druck auf tatsächliche wie vermeintliche Genossen ausgeübt:

„Mit welchen Mitteln von Seiten der Gegner gekämpft wird, möge durch folgendes dargetan werden: Der Kaufmann Pröpping [gemeint ist August Proping, JH] von hier kam zum Genossen Soll und sagte ihm, wenn er, Soll, noch länger für die Wahl des Genossen Becker eintrete, dann solle der Schwiegersohn des Genossen Soll, welcher eine Buchbinderei besitzt und gar kein Sozialdemokrat ist, keinen Pfennig mehr verdienen. In diesem Sinne haben sich noch andere Spießbürger ausgesprochen.“<sup>178</sup>

Die Konflikte setzten sich im Dorfausschuss fort. Im August 1910 entzündete sich ein Streit um einen Zuschuss für eine Feier zum 40. Jahrestag der Schlacht bei Sedan. Eingebracht wurde der Antrag über die Ausschussmitglieder Wilhelm Hofbücker und Fritz Husemann, tatsächlich handelte es sich jedoch um einen Antrag der „bürgerlichen und patriotischen Vereine“, in erster Linie des Kriegervereins, in welchem der Ortsvorsteher Liekefett Vorstandsmitglied war. Die SPD empörte sich über die Form der Antragstellung, vor allem aber über das Anliegen. Der Sozialdemokrat Wilhelm Kronshage hielt eine Bewilligung für „geschmacklos“, würden doch der Reichsregierung die Mittel fehlen, die Kriegsveteranen von 1866 und 1870/71 angemessen zu unterstützen. Angesichts der sozialen Lage der Tabakarbeiter und der Maurer hätten zwei Drittel der Oerlinghauser Bürger keinerlei Verständnis für einen solchen Beschluss und eine solche Mittelverschwendung. In der lebhaften Debatte folgten Ausfälle Hofbückers gegen den Arbeiterturnverein. Schließlich stimmten neben dem Ortsvorsteher noch vier weitere Ausschussmitglieder für den Antrag. Der Linksliberale Wilhelm Tellmann (2. Klasse), der lieber privat etwas spenden wollte, stimmte mit den vier Sozialdemokraten (3. Klasse) dagegen. Zwei Ausschussmitglieder waren nicht anwesend. Da Stimmengleichheit herrschte, gab die Stimme des Ortsvorstehers den Ausschlag. Die *Volkswacht* kommentierte das Ergebnis lakonisch:

---

<sup>176</sup> VOLKSWACHT vom 23. Mai 1911.

<sup>177</sup> Nachruf des SPD-Ortsvereins auf den „Parteiwirt und Genossen“ August Niewald in der VOLKSWACHT vom 15. Mai 1914. Bei Lücking tagte regelmäßig der Konsumverein. 1908 sollte hier auch ein (Arbeiter-)Radfahrverein gegründet werden. Vgl. VOLKSWACHT vom 20. Mai 1908.

<sup>178</sup> VOLKSWACHT vom 31. Oktober 1900.

„Was würden diese Herren wohl sagen, wenn unsere Genossen einen Zuschuss zu einer Erinnerungsfeier an die Revolution von 1848 forderten?“<sup>179</sup>

## Industrialisierung und Umbruch: Arbeitskämpfe und Streiks

Besonders das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war in Oerlinghausen von sozialen Spannungen und Arbeitskämpfen geprägt. Im September 1902 kam es aufgrund von Lohnsenkungen zum Streik in einigen Tabakfirmen.<sup>180</sup> Wie erbittert diese Arbeitskämpfe geführt wurden, zeigte sich am Beispiel der Firma Kespohl & Gronemeier. Hier gingen die Beschäftigten im November 1902 in den Ausstand.<sup>181</sup> Er sollte mit einer Dauer von 18 Wochen als längster Streik in die Geschichte Oerlinghausens eingehen.<sup>182</sup> Über diese Auseinandersetzung wurde sogar reichsweit in der Presse berichtet. In den umliegenden Städten wie Bielefeld oder Herford sammelten Arbeiter Geld für die Streikenden und deren Familien.

Die Chronik der Arbeitskämpfe lässt sich fortsetzen. Im April 1906 traten die Wäschearbeiter in den Streik<sup>183</sup>, im Herbst 1906 wiederum die Tabakarbeiter.<sup>184</sup> Die weiblichen Beschäftigten in der Wäschefabrikation folgten. Lange Zeit hatte das rückständige lippische Vereinsrecht Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten, dann galt jedoch die Reichsgesetzgebung. Sofort organisierten sich die Wäschenäherinnen.<sup>185</sup> Von 130 Oerlinghauser Näherinnen waren im Sommer 1908 bereits mehr als 90 organisiert. Sie agitierten gegen die ihnen gezahlten „Hungerlöhne“.<sup>186</sup>

Eine von ihnen war Auguste Bracht (1875-1939), von 1919 bis 1921 erste und einzige Frau im Lippischen Landtag. Die SPD hatte sie auf Listenplatz 2 noch vor ihr Aushängeschild Heinrich Drake gesetzt. Sie war es auch, die bereits bei der Gründung einer Ortsgruppe des Bekleidungsarbeiterverbandes 1905 eine wesentliche Rolle spielte und deren erste Vorsitzende wurde. Nach 1921 engagierte sie sich neben ihrer Verbandsarbeit in der Jugendarbeit und Frauenpolitik.<sup>187</sup>

---

<sup>179</sup> VOLKSWACHT vom 30. August 1910.

<sup>180</sup> WZ vom 5. September 1902.

<sup>181</sup> WZ vom 14. und 15. November 1902.

<sup>182</sup> LLZ vom 23. Januar 1903.

<sup>183</sup> VORWÄRTS vom 18. April 1906.

<sup>184</sup> KÖLNISCHE ZEITUNG vom 23. Oktober 1906.

<sup>185</sup> DIE GLEICHHEIT (ZEITSCHRIFT FÜR DIE INTERESSEN DER ARBEITERINNEN) vom 20. Januar 1908.

<sup>186</sup> DIE GLEICHHEIT vom 23. August 1908.

<sup>187</sup> Auguste Bracht war auch noch nach 25 Jahren Vorsitzende des Bekleidungsarbeiterverbandes. VOLKSBLATT vom 23. Oktober 1930. Sie entstammte einer sozialdemokratischen Familie. Im Landtag setzte sich Auguste Bracht für Kriegsinvaliden und -hinterbliebene ein. Nach ihrer Arbeit im Landtag wurde sie 1925 in den Oerlinghauser Schulgemeindefachausschuss gewählt. Innerhalb der SPD-Ortsgruppe war sie die engagierteste Frau. So gehörte sie 1927 einer fünfköpfigen Kommission für die Listenaufstellung zur Kommunalwahl an. 1928 und 1932 zur Stadtverordnetenwahl stand sie selbst jeweils nur auf Platz 14 der SPD-Liste. 1928 wurde sie als Mitglied des Jugendamts gewählt und war Vertreterin in der Bezirksfürsorgestelle. Ihr Engagement setzte sich 1928/29 in ihrer Berufung zur Schöffin sowie 1930 und 1932 zur Jugendschöffin fort. 1932 vertrat sie die Partei wiederum im Schulgemeindefachausschuss. Ihr größtes Engagement galt weiterhin der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen im Bekleidungsarbeiterverband. 1930 nahm sie als Delegierte an einer SPD-Frauenkonferenz in Detmold teil, wo sie auch

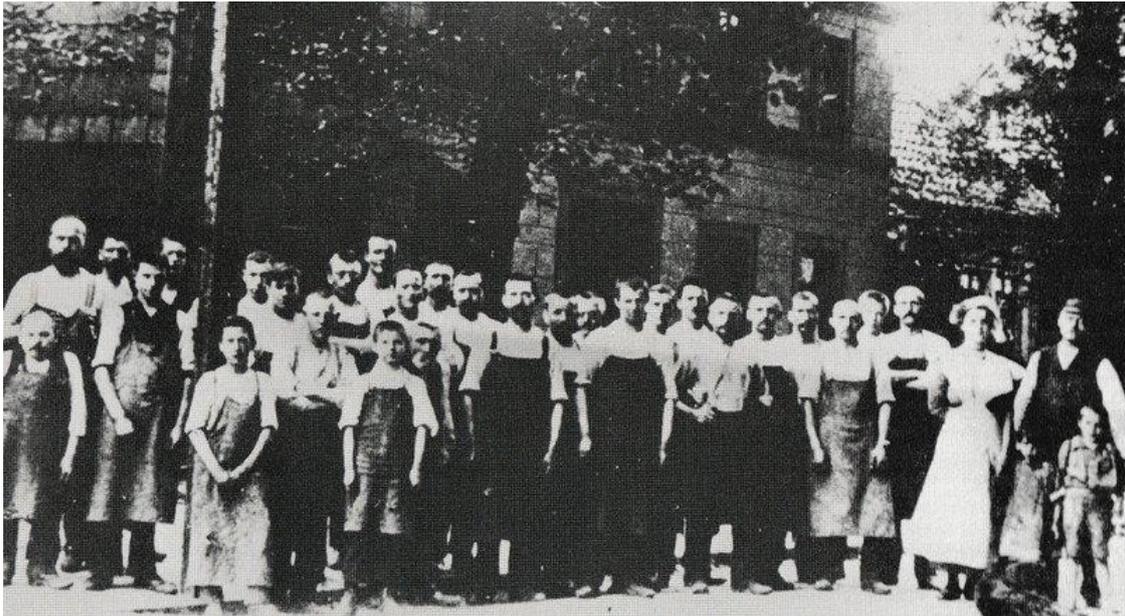


Abb. 16: Tabakarbeiter vor der Fa. Elmendorf, ca. 1906.  
(Moll 1986, 59)

Die allgemeinen Entwicklungen in der Tabak- und in der Textilindustrie verhiessen für die Oerlinghauser Beschäftigten wenig Gutes. Ein neues Tabaksteuergesetz bedingte vielerorts Kurzarbeit und gar Betriebsschließungen. Hinzu kam, dass zunehmend Zigaretten konsumiert wurden. Für 1899 weist die Statistik 80 Zigarrenarbeiter im Ort aus, 70 davon organisiert.<sup>188</sup> In Oerlinghausen entließ die Firma August Gronemeyer und Fritz Schling 1909 allein fast 50 Arbeitskräfte.<sup>189</sup> Gefüllte Lager harrten auf Absatz und die Produktion musste rigoros zurückgefahren oder eingestellt werden.<sup>190</sup> „Die Aussichten in der hiesigen Tabakindustrie sind momentan sehr ungünstig“, meldete die *Lippische Post* im Sommer 1913.<sup>191</sup> Viele Oerlinghauser Zigarrenarbeiter suchten sich angesichts des spürbaren Niedergangs andere Erwerbsmöglichkeiten.<sup>192</sup>

1910 legten in Oerlinghausen und Lage 150 Näherinnen und 70 Schneider wegen niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen ihre Arbeit nieder.<sup>193</sup> Dieser Arbeitskampf nahm stürmische Ausmaße an. Es kam zu hitzigen und handfesten Auseinandersetzungen zwischen Streikposten auf der einen sowie Arbeitgebern und Arbeitswilligen auf der anderen Seite. Die Polizei musste einschreiten. Auch die „Blütezeit“ der Leinenproduktion mit der Firma CeWeCo

---

eine Rede hielt. Vgl. VOLKSBLATT vom 28. und 29. August 1930. S. auch WERNER HÖLTKE, Auguste Bracht – die erste Frau im Lippischen Landtag, in: HEIMATLAND LIPPE, 8/2004, 174. Höltke erwähnt zudem, dass sie 1900 Schützenkönigin war.

<sup>188</sup> LP vom 16. Februar 1899.

<sup>189</sup> VORWÄRTS vom 15. September 1909.

<sup>190</sup> LP vom 20. August 1910.

<sup>191</sup> LP vom 2. Juli 1913.

<sup>192</sup> LP vom 19. September 1913. Angesichts besserer Löhne u. a. in der aufstrebenden Holzindustrie im Dorf oder der Metallindustrie in Bielefeld fiel den meisten Tabakarbeitern der Wechsel nicht schwer.

<sup>193</sup> DIE GLEICHHEIT vom 5. Dezember 1910 und VOLKSWACHT vom 15. Dezember 1910.

in Oerlinghausen erlitt erste Dämpfer. Ähnliche Betriebe in Schlesien waren produktiver. Und sie zahlten ihren Belegschaften sogar höhere Löhne. Im Frühjahr 1912 traten die Beschäftigten der Firma deshalb für mehr als sechs Wochen in den Ausstand.<sup>194</sup>

**Achtung, Streifbrecheragenten!** In Derlinghausen in Lippe bei Bielefeld steht die Arbeiterschaft bei der Firma Carl Weber u. Co., Leinen- und Taschentuchweberei, seit sechs Wochen im Streik, weil die Firma es ablehnt, den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Der bisher gezahlte Lohn ist ein sehr trauriger und ist nachgewiesen, daß zu Lauban in Schlesien in den Taschentuchwebereien 25 bis 50 Proz. höhere Löhne bezahlt werden als in Derlinghausen. In Schlesien wird noch allgemein auf zwei Stühlen gearbeitet, während in Derlinghausen schon auf drei und vier Stühlen gearbeitet werden muß. Den Profit von dieser Mehrleistung scheidet der Unternehmer aber allein ein.

In den letzten Tagen sind in einigen Orten Agenten tätig, die Arbeitswillige für die Firma suchen. In Hamburg ist es den Agenten auch gelungen, einige Weber anzuwerben. Nachdem aber den Leuten klargemacht wurde, daß es sich um Streikarbeit handelt, sind sie wieder abgereist. Wie uns von diesen mitgeteilt wurde, wird den Angeworbenen erzählt, daß es sich um einen neuen Betrieb handelt und daß 3,50 M. bei freier Station gezahlt werden.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Textilarbeiter-Verein.  
Zentrale Bielefeld.

Abb. 17: Das SPD-Organ Vorwärts zum CeWeCo-Streik, 1912.  
(Vorwärts vom 30. April 1912)

Der letzte Streik längerer Dauer vor dem Krieg ereignete sich im Oktober 1913. Die Zigarrenfabrik Altenbernd hatte die Löhne gekürzt und sperrte die Arbeiter aus, die sich weigerten weiterzuarbeiten. Die Folge war ein Streik bis Ende November.<sup>195</sup>

<sup>194</sup> VORWÄRTS vom 30. April 1912.

<sup>195</sup> Rückblick in der VOLKSWACHT vom 10. Juli 1914.

## II Erster Weltkrieg und Revolution in Oerlinghausen

### Eine Dorfgesellschaft im Krieg

Ab Mitte Juli 1914 nahmen die allgemeine Spannung und Nervosität in Deutschland aufgrund der Lage in Europa deutlich zu. Am 28. Juli, dem Tag des Attentats auf den Thronfolger Österreich-Ungarns in Sarajevo, demonstrierte die SPD in Berlin für den Erhalt des Friedens. Auch in anderen Orten des Reiches kam es zu solchen Versammlungen. Am 30. Juli fanden sich rund 280 Oerlinghauser Bürger, „darunter viele Frauen“ wie die *Volkswacht* anmerkte, zu einer Friedenskundgebung beim Wirt Lücking ein, bei welcher der SPD-Bezirksparteisekretär Carl Schreck aus Bielefeld sprach.<sup>196</sup> Geleitet wurde die Zusammenkunft von Wilhelm Kronshage, dem Lagerverwalter des Konsumvereins, der noch in den letzten Kriegswochen an der Front fallen sollte.<sup>197</sup>

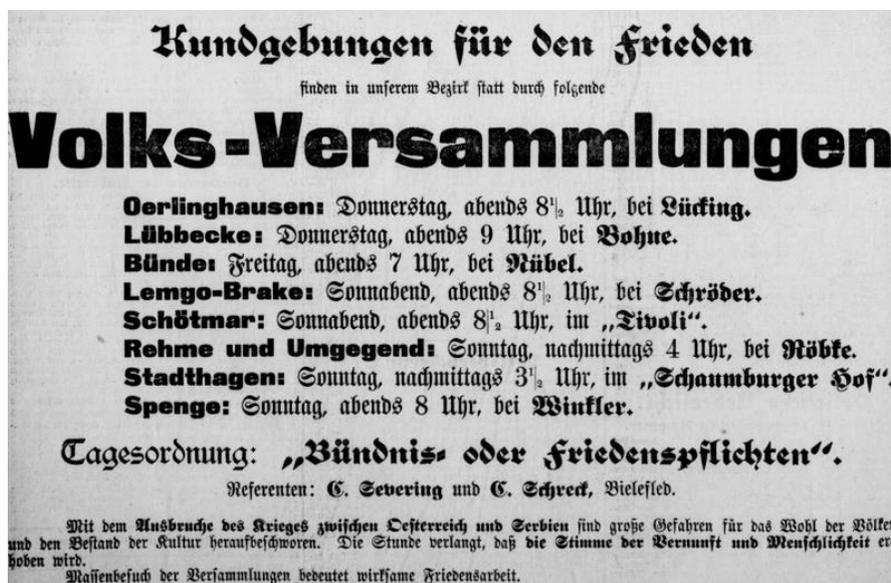


Abb. 18: Ankündigung einer Friedenskundgebung in Oerlinghausen, Juli 1914.  
(*Volkswacht* vom 30. Juli 1914)

Einen Tag später berichtete die *Lippische Landes-Zeitung* von Mobilmachungsgerüchten und Kriegsbegeisterung in Detmold:

„In Detmold löste gestern Abend [30. Juli, JH] die Nachricht von der teilweisen Mobilmachung großen Jubel aus. In allen Lokalen wie auf den Straßen herrschte eine ganz ungeheure Begeisterung. Vor unserer Redaktion hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, wie sie selbst zu Zeiten von Reichstagswahlen nicht größer sein kann. Und in den Straßen erklang aus vielen hundert Stimmen bis spät nach Mitternacht die ‚Wacht am Rhein‘. In allen Gastwirtschaften wurde zwischen begeisterten Reden und vaterländischen Gesängen mächtig bierbankpolitisiert, und überall hörte man nur die eine Meinung: Wir

<sup>196</sup> VOLKSWACHT vom 30. und 31. Juli 1914.

<sup>197</sup> S. Nachruf auf Wilhelm Kronshage in der VOLKSWACHT vom 2. Oktober 1918.

wollten den Krieg nicht, aber, nun da er da ist: Ein Hoch der deutschen Bundesstreue!“<sup>198</sup>

Am 31. Juli 1914 bot sich den Beobachtern in Detmold ein ähnliches Bild, neben patriotischer Begeisterung war in der Berichterstattung aber auch von Sorgen und Gedrücktheit die Sprache:

„Detmold glich einem Ameisenhaufen. Militär und Zivil wogten und wimmelten durcheinander, fragend, bangend, begeistert und bedrückt zugleich, so konnte man die Einzelnen beobachten. Gegen Abend erreichte die Begeisterung denselben Höhepunkt wie vorgestern [...]“<sup>199</sup>

Die angeordnete Mobilmachung hatte sicht- und spürbare Folgen, wie die *Volkswacht* zu berichten wusste:

„Seit Freitag [31. Juli, JH] flüchten die Leute aus den Sommerfrischen des Waldes. Mit einem Male wird der Umschwung im Wirtschaftsleben ja nicht kommen, aber schon die ersten Zeichen sind ein Vorgeschmack der leider kommenden Ereignisse.“<sup>200</sup>

Auch die Sommerfrische Oerlinghausen leerte sich, die Gäste reisten ab. Verlässliche Aussagen darüber, in welchem Maße die Oerlinghauser Bevölkerung von einer Kriegsbegeisterung („August-Erlebnis“) ergriffen war, lassen sich nicht treffen. Die starke Resonanz auf die Friedenskundgebung Ende Juli legt nahe, dass gerade die Arbeiterschaft von Skepsis und Sorge ergriffen war. Die neuere Forschung geht davon aus, dass das Bild der allgemeinen Kriegsbegeisterung und des patriotischen Taumels vor allem durch das jubelnde Bildungsbürgertum und die johlend durch die Straßen ziehende Studentenschaft der Städte geprägt war, während in der Arbeiterschaft wie in der Landbevölkerung eher die Sorge vorherrschte: wer sollte die Familien ernähren, wenn die Männer als Arbeitskräfte und Verdienner in den Krieg zogen?<sup>201</sup>

---

<sup>198</sup> LLZ vom 31. Juli 1914.

<sup>199</sup> LLZ vom 1. August 1914. Über die interessanten Vorgänge in Bad Salzuflen berichtete der LIPPISCHE ALLGEMEINE ANZEIGER (LAA) vom 1. August 1914. Zuletzt heißt es dort: „Am Abend kommt es im Kurpark zu großen Demonstrationen. Das Kurorchester spielt nur patriotische Weisen, dazwischen erklingen von zahlreichen Besuchern des Abendkonzertes gesungen: ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ und ‚Heil Dir im Siegerkranz‘. Patriotische Reden werden geschwungen, bis der letzte Geigenstrich verhallt ist und nächtliche Ruhe wieder über dem Kurpark und dem Bade Salzuflen lagert.“

<sup>200</sup> VOLKSWACHT vom 2. August 1914.

<sup>201</sup> S. zur Frage des „August-Erlebnisses“ 1914 WOLFGANG KRUSE, Die Kriegsbegeisterung im Deutschen Reich zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: DERS., Der Erste Weltkrieg, München 2014, 180-196, sowie TILLMANN BENDIKOWSKI, Sommer 1914. Zwischen Begeisterung und Angst – wie Deutsche den Kriegsbeginn erlebten, München 2014. Speziell zu Detmold: BÄRBEL SUNDERBRINK, Das erfundene „Augusterlebnis“ und der Beginn des Ersten Weltkrieges in Detmold, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 83/2014, 233-251; sowie dazu und zum Kriegsalltag in Lemgo: MARCEL OEBEN, Lemgo im Ersten Weltkrieg – Kriegsalltag an der „Heimatfront“ einer lippischen Kleinstadt, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 87/2018, 255-287.

In den Reihen der Sozialdemokraten irritierte allerdings der Schwenk der Parteiführung hin zur Unterstützung des Krieges.<sup>202</sup> In der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 stimmte die Partei für die Bewilligung der benötigten Kriegskredite. Kaiser Wilhelm II. brachte die Geschlossenheit mit den Worten „Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche“ zum Ausdruck. Die weitgehend zerstrittenen Parteien wollten während des Krieges ihre Rivalitäten zurückstellen und vereinbarten einen „Burgfrieden“. Fürst Leopold IV. wandte sich mit einer erhabenen Botschaft an sein lippisches Volk:

„[...] Uns wird das Schwert in die Hand gezwungen zu einem Kampfe, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes handelt. Um so wuchtiger wird deshalb das Schwert zu seiner Verteidigung geführt werden. Dass auch Meine Lipper, ihrer Väter würdig, hierbei in erster Reihe stehen werden, dessen bin Ich und sind wir alle gewiss. Jede feindliche Hinterlist und Tücke muss zerschellen an deutscher Treue und deutscher Tapferkeit. [...]“<sup>203</sup>

Die Presse überschlug sich in patriotischer Begeisterung und erweckte den Eindruck großen Rückhaltes für den Krieg innerhalb der Bevölkerung. Skeptische Stimmen fanden jetzt keine Berücksichtigung mehr.<sup>204</sup> Der in Salzuflen erscheinende *Lippische Allgemeine Anzeiger* berichtete über einen großen Andrang von „jung wie alt“ in den Rekrutierungsbüros. So würden sich „Jünglinge, kaum dem Knabenalter entwachsen“, aber auch „Krieger vom Jahre 1870/71“ melden.<sup>205</sup>

Verlässliche Zahlen über Meldungen von Kriegsfreiwilligen in Lippe, und damit auch in Oerlinghausen, liegen nicht vor. Dem gleichen Blatt zufolge sollen sich in den ersten etwa drei Wochen jedoch über 2.000 Kriegsfreiwillige in Detmold gemeldet haben.<sup>206</sup> Mitte August berichtete die *Lippische Landes-Zeitung*, dass sich bereits 7.000 Lipper „im Felde“ befinden würden, 2.000 in der Linie und 5.000 in der Landwehr.<sup>207</sup> Aus diesen ersten Kriegstagen ist ein Foto aus Oerlinghausen erhalten, welches eine Gruppe von Männern vor der Musterung zeigt.

Der Großteil der Oerlinghauser Rekruten und Kriegsfreiwilligen gehörte dem III. Bataillon des Infanterie-Regiments „Graf Bülow von Dennewitz“ (6. Westfälisches) Nr. 55 an. Es handelte sich dabei um die Kompanien 9, 10, 11 und 12. Die Kompanien des I.R. 55 aus den Detmolder Kaser-

---

<sup>202</sup> Vgl. die Stellungnahme der Leitung des SPD-Bezirks Bielefeld-Lippe in der LLZ vom 2. August 1914. Darin heißt es: „Parteigenossen! Wir haben den Krieg nicht gewollt. Noch heute erheben wir unsere Stimme zum Frieden. Sind aber die Würfel gefallen, dann gibt es auch für die Sozialdemokratie nur ein Ziel: Das deutsche Volk mit allen Mitteln gegen machthungrige Ansprüche des ‚Friedens‘zaren zu schützen. [...]“

<sup>203</sup> „An Meine teuren Lipper!“ im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 4. August 1914. Das sozialdemokratische Parteiorgan bemerkte dazu drei Wochen später bissig: „Der Fürst will nicht mit ins Feld ziehen. Sein Gesundheitszustand ist nach dem Hofbericht den Strapazen des Krieges nicht gewachsen.“ Vgl. VOLKSWACHT vom 26. August 1914.

<sup>204</sup> Dazu und zum Ersten Weltkrieg in Lippe s. ANDREAS RUPPERT, Krieg – Revolution – Republik. Lippe 1914-1933, in: BARMAYER/NIEBUHR/ZELLE (2019), Band 1, 218-232. S. außerdem HANSJÖRG RIECHERT, Lipper im Ersten Weltkrieg, „Vorwärts auf den Feind, koste es, was es wolle“, Lage 2014.

<sup>205</sup> LAA vom 6. August 1914.

<sup>206</sup> LAA vom 20. August 1914.

<sup>207</sup> LLZ vom 14. August 1914.

nen waren am 10. August mit dem Zug zur Westfront geschickt worden. Aber Oerlinghauser dienten natürlich ebenso in anderen Regimentern, darunter auch einige im Königs-Infanterie-Regiment (6. Lothringisches) Nr. 145, dessen zweites Ersatzbataillon ab April 1915 im Dorf stationiert war. Wenige kämpften in der Marine, noch weniger in den Fliegerabteilungen. Ob auch Oerlinghauser während des Krieges in den in den Kolonien stationierten Schutztruppen dienten, ist nicht bekannt.<sup>208</sup>



*Abb. 19: Männer vor ihrer Musterung in Oerlinghausen, August 1914.  
(KA Lippe, Bildarchiv K 7 Oerlinghausen Nr. 100)*

Unabhängig vom Maß der patriotischen Euphorie eines jeden Einzelnen war die allgemeine Opferbereitschaft hoch. Der militärischen folgte die gesellschaftliche Mobilmachung. An der „Heimatfront“ sammelten die Bürger für die Kriegshilfsvereine und das Rote Kreuz. Der Vaterländische Frauenverein (VFV)<sup>209</sup> richtete in der Detmolder Straße 23, dem ehemaligen Mädchenheim der Leinenweberei Carl Weber & Co., ein Büro ein. Im Saal und den großen Zimmern fanden bereits kurz nach Kriegsbeginn „Arbeitsabende“ statt. Bis zu 100 Frauen und Mädchen kamen dort zusammen, um „Liebesgaben“ für die Soldaten im Feld oder für in Not geratene Familien zu nähen und zu stricken. Hier war auch die Rot-Kreuz-Sammelstelle für Kleidungsstücke untergebracht. In der Kirchengemeinde wurden ebenfalls eifrig Spenden gesammelt:

<sup>208</sup> Im Sommer 1906 war bei einem Überfall auf eine Viehwacht der in Deutsch-Südwestafrika dienende Reiter Eduard Winter (I.R. 86) ums Leben gekommen. Vgl. LTZ vom 8. September 1906.

<sup>209</sup> Der Vaterländische Frauenverein (VFV) für Oerlinghausen und Umgegend war im November 1908 gegründet worden. Vorsitzende war Alwine Müller. Zum Eintrag ins Vereinsregister s. AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 2. April 1910. Die VFV bildeten die Vorläufer der Frauenvereine des Deutschen Roten Kreuzes.

„Jeder einzelne Bewohner von Oerlinghausen gibt, was er kann, um der großen Sache zu dienen.“<sup>210</sup>

Zwei Wochen nach Kriegsbeginn kamen die ersten Kriegsgefangenen, 4.700 Belgier und Franzosen, in das Sennelager unweit Oerlinghausens.<sup>211</sup> Weitere drei Wochen später waren dort bereits mehr als 10.000 Gefangene untergebracht.<sup>212</sup> Eine Reihe von ihnen wurde ab 1915 in der Landwirtschaft im Amtsbezirk Oerlinghausen eingesetzt. Nahe dem Gut Wistinghausen entstand ein kleines Lager. Kriegsgefangene bearbeiteten die dort gelegenen Heidelandschaften mit dem Dampfpflug, um sie für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.<sup>213</sup>



*Abb. 20: Belgische und französische Kriegsgefangene in Wistinghausen, um 1915/16.  
(Archiv Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen)*

Es kehrten jedoch auch die ersten Soldaten als Verwundete von der Front zurück. Dem zuständigen VII. Armee-Korps in Münster war Ende August 1914 das Krankenhaus, das „Mariannentstift“, mit 20 Betten und Zubehör zur Verfügung gestellt worden. Die Firma Carl Weber & Co. richtete der Militärverwaltung in der Detmolder Straße 23 zusätzlich ein Hilfslazarett mit 20 bis

---

<sup>210</sup> LLZ vom 26. August, WZ und VOLKSWACHT vom 28. August 1914.

<sup>211</sup> Der südliche Teil der Senne wurde vom preußischen VII. Armee-Korps mit Sitz in Münster unter dem Oberbegriff „Sennelager“ als Truppenübungsplatz genutzt. Seit August 1914 waren dort auch Kriegsgefangene aus mehreren Nationen interniert, die anders als während des Zweiten Weltkriegs „anständig“, d. h. nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts behandelt wurden. S. auch den Artikel „Bei den Kriegsgefangenen im Sennelager“ in der VOLKSWACHT vom 28. Juli 1915.

<sup>212</sup> LLZ vom 16. August und 9. September 1914.

<sup>213</sup> Dazu LLZ vom 10. Mai 1915.

25 Betten „einschließlich Bettwäsche“ ein. Die wohlhabenden Familien der umliegenden Güter boten an, 112 verwundete Offiziere oder Mannschaften als Rekonvaleszenten in Privatpflege ohne Entschädigung aufzunehmen. Der Verfasser eines entsprechenden Artikels versäumte es nicht, lobend hervorzuheben, dass diese Unterkünfte über schöne Gärten und viel Waldidylle in der Nähe verfügten.<sup>214</sup> Bald darauf trafen die ersten 40 Verwundeten von der Westfront ein, die auf die beiden Lazarette verteilt wurden.<sup>215</sup>

Die in den Lazaretten Detmolder Straße 23 und Mariannenstift wirkenden Oerlinghauser Ärzte Dr. Leopold Martheus und Dr. Max Meyer sowie die Kranken- und Hilffschwwestern erlebten dagegen früh die schrecklichen Auswirkungen des Krieges. In immer rascherer Folge trafen leicht, aber auch schwer verwundete Soldaten von der Front ein und mussten versorgt werden. Fürst Leopold IV. besuchte im März 1915 die Verletzten in den beiden Lazaretten, worüber die *Lippische Post* pathetisch berichtete:

„Se. Durchlaucht unterhielt sich längere Zeit mit allen Verwundeten, sich besonders nach ihren Erlebnissen im Kriege, nach der Art der Verwundungen oder Leiden und nach den Familienverhältnissen erkundigend. Helle Freude und warmer Dank leuchtete in den Gesichtern der wackeren Krieger.“<sup>216</sup>



Abb. 21: Lazarett, Soldatenheim und Sitz des Vaterländischen Frauenvereins in der Detmolder Straße 23.  
(Foto: Jürgen Hartmann, Februar 2024)

<sup>214</sup> WZ vom 29. August 1914.

<sup>215</sup> DIEKMANN 1936, 162.

<sup>216</sup> LP vom 23. März 1915.

Erste militärische Erfolge, die teilweise von Ausrufnern im Dorf verkündet und über die abendlichen Sonderausgaben der Tageszeitungen gemeldet wurden, waren ab der zweiten Augushälfte vom regelmäßigen Abdruck der Verlustlisten, in denen auch Verwundete und Vermisste geführt wurden, und ab September von einer erst langsam, dann stetig steigenden Zahl von Gefallenenanzeigen begleitet: Ehemänner, Väter, Söhne und Brüder „blieben im Felde“ oder „starben den Heldentod“. Frauen wurden zu Witwen, Kinder wurden zu Halbwaisen und Familien verloren ihre „Ernährer“. Im Juni 1915 berichteten die heimischen Zeitungen über eine Mutter im nahen Wellentrup, die nach zehn Monaten Krieg bereits den Tod von vier Söhnen zu betrauern hatte.<sup>217</sup> Die unmittelbaren Folgen des Frontgeschehens gelangten nun mit jedem Tag deutlicher in die Heimat. Die anfängliche vaterländische Hochstimmung trübte sich nach Monaten des Krieges ein.

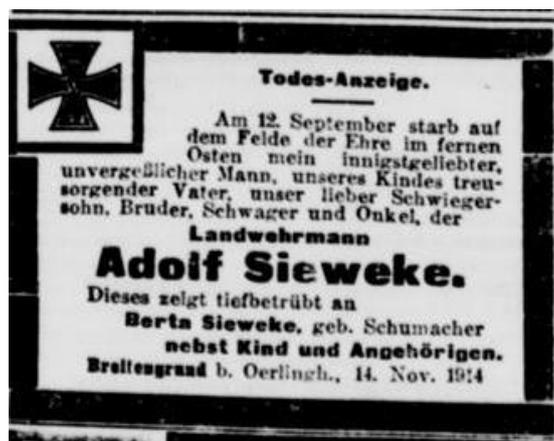


Abb. 22: Gefallenenanzeige aus den ersten Kriegswochen, 1914.  
(Lippische Landes-Zeitung vom 14. November 1914)

Wie anderenorts machte sich vereinzelt die Sorge vor Spionen breit, sie erwuchs aber nicht zu einer Hysterie wie in grenznahen Gegenden. Im April 1915 entdeckten Einwohner zwei „verdächtige Gestalten“ im Wald, die sich als entwichene Kriegsgefangene aus dem Offiziers-Gefangenenlager Hannoversch Münden entpuppten. Ein britischer und ein russischer Offizier wollten nach Holland fliehen, sie wurden „von einer großen Anzahl Bewohner“ verfolgt, gestellt und nach Detmold überführt.<sup>218</sup>

## Der allgemeine Versorgungsmangel

Mit dem Krieg setzte nach wenigen Wochen eine zunehmend von Mangel bestimmte Lebenssituation ein. Die Versorgungs- und Ernährungslage verschlechterte sich rapide, Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter zogen massiv an. Bereits Mitte August 1914 berichtete die *Volkswacht* über „Höchstpreise für Lebensmittel“ in Lippe und forderte die Behörden zum Einschreiten auf.<sup>219</sup> Diese mühten sich mit verordneten Preisbegrenzungen und Rationierungen dagegenuhalten, doch der Verknappung und dem Wucher waren kaum Einhalt zu gebieten.

<sup>217</sup> WZ vom 30. Juni 1915.

<sup>218</sup> LP vom 21. April 1915.

<sup>219</sup> VOLKSWACHT vom 13. August 1914.

Die Preise für Getreide, Kartoffeln und Obst stiegen deutlich. Rohstoffe fehlten, Arbeitskräfte ebenso wie Arbeitsaufträge. Erste Industriebetriebe in Lippe schlossen, die Möbelfabrikation ruhte fast vollständig, die Textilfabrikation konnte sich mit Militäraufträgen notdürftig über Wasser halten.<sup>220</sup> Betroffen von den Produktionseinbrüchen waren ebenfalls die Bauarbeiter und Ziegler, denn die Bautätigkeit ging deutlich zurück.<sup>221</sup> Grundsätzlich trafen diese Auswirkungen des Krieges vor allem die unteren Schichten, sie hatten somit weitaus größere Lasten zu tragen als die wohlhabenderen Kreise. Hier zeigte sich die wilhelminische Klassengesellschaft deutlich.



*Abb. 23: Sammelaktion von Oerlinghauser Schülern, ca. 1917.  
(Archiv Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen)*

Für bittere Ernüchterung sorgte zusätzlich die anfänglich sehr schlechte Absicherung und Versorgung von Kriegerfrauen, vor allem aber von Kriegerwitwen und von Familien, die gefallene Angehörige zu beklagen hatten. Frauen wurden im Verlauf des Krieges zunehmend in der Industrie und mitunter auch in der Landwirtschaft beschäftigt, weil männliche Arbeitskräfte durch den Kriegsdienst ausfielen und dieser Mangel auch durch den teilweisen Einsatz von Kriegsgefangenen nicht ausgeglichen werden konnte. Die Schulkinder mussten im Sommer bei der Ernte helfen oder Waldbeeren, Bucheckern und Brennnesseln sammeln. Der Mangel an Kartoffeln, an Getreide, an Fleisch und Gemüse, an Milch und Eiern sorgte für eine katastrophale und von nährstoffarmen Ersatzstoffen gekennzeichnete Ernährungslage. Es fehlte selbst an Futtermitteln für die Viehwirtschaft.

<sup>220</sup> VOLKSWACHT vom 21. August 1914.

<sup>221</sup> VOLKSWACHT vom 13. Oktober 1914.

Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung verschlechterte sich zusehends durch die auferlegten Reglementierungen. Im Frühjahr 1915 wurde der Brotbezug rationiert, es folgten die Milchbewirtschaftung und die Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch. Der Kartoffelverkauf wurde kontrolliert. Schließlich wurden eine Fett- und eine Eierkarte eingeführt. Ab Herbst 1915 kam es in mehreren Städten wegen der unzureichenden Nahrungsmittellage zu Demonstrationen. Eine wesentliche Ursache war die britische Seeblockade.<sup>222</sup> Die jedem über das Lebensmittelkartensystem zugeteilten Mengen an Brot, Fleisch, Fett und Milch wurden 1916 und 1917 in kurzen Abständen weiter reduziert. Darüber hinaus stockte es spürbar in vielen Bereichen der Versorgung.

In Oerlinghausen zeigten sich insbesondere Probleme in der Milchversorgung, die auch auf Organisationsversagen zurückzuführen waren. Der Milchmangel verschärfte sich mit dem Winter 1915/16 eklatant. Hoffnungen auf eine Besserung der Lage zerschlugen sich im August 1916; die *Volkswacht* stellte dazu fest:

„[...] die Milchversorgung ist noch kläglicher geworden. So wie man hört, hat das Rittergut Niederbarkhausen, welches erst kürzlich zur Milchversorgung mit herangezogen wurde, die Lieferung wieder eingestellt. Es gibt in der Umgebung von Oerlinghausen Landwirte genug, welche zur Milchlieferung herangezogen werden könnten und wäre es sehr erwünscht, wenn behördlicherseits oder von maßgebender Stelle doch recht bald dafür gesorgt würde, dass die Bewohner und besonders die Kinder in dieser fettknappen Zeit doch wenigstens genügend mit Milch versorgt würden.“<sup>223</sup>

Als die Versorgung sich vorübergehend im Frühjahr 1917 leicht besserte, mangelte es an Milchkannen.<sup>224</sup> Im August 1917 stand die Milchversorgung – es gab ohnehin nur noch Magermilch – der Arbeiter und Schulkinder in Oerlinghausen wiederum in Frage, denn der Fuhrmann Fritz Kochsiek wurde vom Einberufungsausschuss für andere Kriegshilfsdienstarbeiten vorgesehen. Der Gemeindevorsteher Heinrich Liekefett legte Protest ein:

„Kochsiek holt täglich für die hiesige Gemeinde von der Molkerei Lage die erforderliche Magermilch. Bei dem großen Milchmangel, unter dem wir hier leiden, können wir bei der ohnehin schwachen Ernährung diese Milch unter keinen Umständen entbehren. Es handelt sich besonders darum, dass die arbeitende Bevölkerung, die teils hier, teils in Bielefeld in der Kriegsindustrie tätig ist, genügend ernährt wird.“<sup>225</sup>

Regelrecht hilflos wirkten die Versuche, die schlechte Ernährungssituation vor Ort zu lindern. Soweit möglich sollten alle vorhandenen Wiesen und Felder für den Anbau von Kartoffeln,

---

<sup>222</sup> NONN 2017, 118 f.

<sup>223</sup> VOLKSWACHT vom 17. August 1916.

<sup>224</sup> LLZ vom 3. März 1917.

<sup>225</sup> Gemeinde Oerlinghausen an Einberufungsausschuss, 13. August 1917, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 151.

Hülsenfrüchten, Klee und anderen Pflanzen genutzt werden.<sup>226</sup> Da die Männer weitgehend eingezogen waren, oblagen diese Arbeiten den Frauen.

Als Sachwalterin der Versorgung – oder eher des Mangels – im Fürstentum fungierte die im Frühjahr 1915 eigens gebildete Lippische Wirtschaftsgemeinschaft (LWG). Die Arbeit ihrer Vertreter wie auch das Geschäftsgebaren von Händlern und Kaufleuten vor Ort wurde kritisch beäugt. In Oerlinghausen formierte sich im Herbst 1915 aus der Arbeiterschaft ein Kontrollausschuss für die Lebensmittelversorgung, um Korruption, sozial ungerechten Maßnahmen, schlechter Organisation und Misswirtschaft entgegenzuwirken.<sup>227</sup> Die Beschwerden häuften sich im Verlauf des Krieges. Geahndet wurden Vergehen aufgrund des zögerlichen Verhaltens und der Überlastung der Behörden offenbar eher selten. Mitte 1916 wurde ein Müller aus Menkhausen zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er Saathafer als Futterhafer verkauft hatte.<sup>228</sup>

Manche Ereignisse sorgten aber nicht nur für Misstimmung, sondern gar für Spannungen und Unfrieden im Ort, wie ein Zwischenfall aus dem Sommer 1916 belegt. Ein dauerndes Thema stellte die Unterstützung der Kriegerfamilien dar. Sie wurde zwar 1915 erhöht, dann aber 1916 wieder herabgesetzt, was zu Protesten und wiederum zu einer Rücknahme der Absenkung führte. Die Kriegerfrauen organisierten sich mit Unterstützung der SPD etwa Mitte 1916.<sup>229</sup> Wilhelm Hofbücker, Prokurist der Firma Carl Weber & Co., zugleich Mitglied des Dorfausschusses (Abteilung I) und Beigeordneter, außerdem im Vorstand von Schützenverein, Turnverein und Freiwilliger Feuerwehr aktiv, war in seiner Funktion als Ortsvertreter der LWG die Verteilung verschiedener Futter- und Lebensmittel übertragen worden. Seine wiederholten abfälligen Äußerungen gegenüber Kriegerfrauen sorgten für Unruhe und Proteste wie die *Volkswacht* berichtete:

„Herr Hofbücker scheint aber der Meinung gewesen zu sein, dass die Familien ihm zu besonderem Dank verpflichtet seien, dass er seines mühevollen Amtes [als Vertreter der LWG, JH] waltete. Anders ist es nicht zu verstehen, dass er eines Mittags einigen Frauen, die Brotkarten haben wollten, sagte: ‚Ihr könnt nun bald grasen gehen!!‘ Im selben Atemzuge will er allerdings zugefügt haben, dass schon Geselkohl [Giersch, JH] und junge Nesseln zu holen wären, die ein gutes Gemüse gäben. Die ganze Art des Auftretens des Herrn Hofbücker hat aber bei den Frauen den Eindruck erweckt, als habe dieser ihnen zunächst zugemutet, den Hunger so zu stillen, wie das Vieh es tue. Wie unüberlegt Hofbücker mit Worten umgeht, hat er selbst zugegeben. Dieser Herr hat zu Frauen, die nach seiner Meinung ‚viel klagten und stöhnten‘, gesagt: ‚Ich muss euch mal mit einer Briefmarke bekleben und nach Ostpreußen schicken, damit ihr wirkliche Not kennenlernt!!‘ Es ist wirklich nicht verwunderlich, dass durch solche empörenden Worte und Beleidigungen die

---

<sup>226</sup> S. Aufstellung vorhandener Flächen in Oerlinghausen, August 1917, in: EBD.

<sup>227</sup> VOLKSWACHT vom 19. November 1915.

<sup>228</sup> VOLKSWACHT vom 10. Juni 1916.

<sup>229</sup> S. u.a. VOLKSWACHT vom 17., 20. und 24. Juni sowie 14. August 1916.

Frauen veranlasst werden, ihrer Erbitterung derben Ausdruck zu verleihen und dass Herr Hofbücker aus dem Felde Mitteilungen zungen, die gerade nicht freundlicher Art sein konnten. Wenn übrigens Herr Hofbücker der Meinung ist, dass die Nöte des Krieges erst von denen richtig empfunden würden, die diese in Ostpreußen am eigenen Leibe verspürten oder noch verspüren, warum geht er denn selbst nicht schleunigst dorthin?! Wer selbst noch gefüllte Fleischkammern vor Augen hat, sollte nicht der Nöte der Kriegerfrauen spotten, die das Beste, was sie haben, dem Vaterlande opfern.“<sup>230</sup>



*Abb. 24: Wilhelm Hofbücker als Schützenoberst (Ausschnitt), um 1899/1900.  
(Slg. Hartmann)*

Auch dieser Vorfall ist Ausdruck dafür, dass neben den sozialen die politischen Gegensätze trotz des vielbeschworenen „Burgfriedens“ bestehen blieben. Er sollte später in den Anfangsjahren der Weimarer Republik noch Folgen für Hofbücker haben, der nun für den antirepublikanischen und antisemitischen Jungdeutschen Orden (Jungdo) agierte.<sup>231</sup>

Der Kriegswinter 1916/17, der als „Steckrübenwinter“ ins öffentliche Gedächtnis einging, führte zu Hungerunruhen und erheblichen Protesten gegen die staatliche Kriegswirtschaft. Es folgten Massenstreiks in der Rüstungsindustrie. Im April 1917 brach nach erneuten Kürzungen der

---

<sup>230</sup> VOLKSWACHT vom 17. Juli 1916.

<sup>231</sup> Reuter charakterisierte Hofbücker als „sehr streng gegen sich selbst und andere, daher wenig beliebt“ sowie als „oft zu bissig und zum Spott geneigt“. Dessen Agitation in den 1920er Jahren als Vorsitzender des Jungdeutschen Ordens war ihm keine Erwähnung wert. Vgl. REUTER, 278.

Lebensmittelrationen in den Großstädten eine bis dahin nicht gekannte Streikwelle los.<sup>232</sup> Insgesamt erreichte die Versorgungslage im Laufe des Jahres 1917 einen neuerlichen Tiefpunkt. Die Lebensmittelversorgung stand vor dem Kollabieren, die Brennstoffnot – es mangelte vor allem an Kohle – war kaum mehr zu bewältigen.<sup>233</sup> Vor dem Winter 1917/18 wurde ein Kohlenamt in Oerlinghausen eingerichtet, das die Haushalte zentral in gerechter Weise beliefern sollte:

„Da im letzten Winter in Bezug auf die Kohlenversorgung hier unhaltbare Zustände herrschten, so wird die jetzige Lösung allseits freudig begrüßt. Steht doch zu erwarten, dass im kommenden Winter einer jeden Familie ein Anteil an den hereinkommenden Kohlenmengen gesichert ist.“<sup>234</sup>

Der Mangel an Metallen für die Rüstungsindustrie führte dazu, dass 1917 in der so genannten Glockenaktion zwei der drei bronzenen Glocken der Alexanderkirche abgenommen und mit Tausenden weiteren aus dem gesamten Reichsgebiet eingeschmolzen wurden. Besonders die miserable Ernährungslage mit dem eklatanten Rohstoffmangel und den vielfältigen minderwertigen Ersatzstoffen prägte sich geradezu als Trauma in den Köpfen der Menschen ein. Im Laufe der Jahre 1917 und vor allem 1918 nahm die Zahl der Felddiebstähle deutlich zu. Hungernde bedienten sich des Nachts am heranreifenden Weißkohl von Gartenbesitzern.<sup>235</sup>

In einigen lippischen Städten kam es ab Frühjahr 1917 zu Versammlungen der SPD und der Gewerkschaften, bei der nicht nur die Versorgungnöte behandelt wurden, sondern man sich auch für eine aktive Diplomatie mit dem Ziel des Friedensschlusses aussprach.<sup>236</sup> Auf der anderen Seite propagierten Gruppierungen wie der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden und die daraus hervorgegangene Deutsche Vaterlandspartei in Lippe in aggressiven Tönen ihre Vorstellungen expansionistischer Bestrebungen und die eines deutschen „Siegfriedens“. In diesen Organisationen tummelten sich Konservative, antisemitische Christlich-Soziale ebenso wie einige Nationalliberale.<sup>237</sup>

Die Parteien befürchteten nach der Revolution in Russland ein Überspringen des Funkens auf Deutschland. SPD, Liberale und Teile des katholischen Zentrums pochten daher auf ein umfangreiches politisches Reformprogramm, mehr Macht für den Reichstag und die endgültige Abschaffung des in vielen Ländern des Reiches noch geltenden Dreiklassenwahlrechts. Kaiser Wilhelm II. ließ sich nur zu vagen Zusagen für die Zeit nach dem Krieg herab. Auch in Lippe drängten die Sozialdemokraten mit den Linksliberalen auf eine zügige Reform des Wahlrechts.<sup>238</sup> Zahl und Umfang der Versammlungen nahmen im Sommer 1917 zu. Unter dem Motto

---

<sup>232</sup> NONN 2017, 119-122.

<sup>233</sup> Zur katastrophalen Lebensmittelversorgung in Lippe s. VOLKSWACHT vom 24. Februar 1917.

<sup>234</sup> LLZ vom 4. September 1917.

<sup>235</sup> S. dazu LLZ vom 5. September 1918.

<sup>236</sup> VOLKSWACHT vom 1. März 1917.

<sup>237</sup> S. JÜRGEN HARTMANN, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 60/1991, 149-198, hier 156 f.; sowie DERS., „Gegen die Juden und gegen die Republik!“ – Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914-1933, in: STADT DETMOLD (Hg.), Krieg, Revolution, Republik. Detmold 1914-1933, Dokumentation eines stadtggeschichtlichen Projekts, bearb. von HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT, Detmold 2006, 263-297, hier 271 f. Sowie NONN 2017, 122.

<sup>238</sup> S. dazu ausführlich VOLKSWACHT vom 22. Mai 1917.

„Um Frieden und Freiheit!“ gab es Kundgebungen zuerst im Juli in Detmold, dann im Oktober unter anderem in Lemgo, Lage und Hohenhausen. Im Frühjahr 1918 gesellte sich wie in Blomberg zu der Forderung nach einem Verständigungsfrieden die nach einer „freien Ausgestaltung“ ganz Deutschlands hinzu.<sup>239</sup> Diese Kundgebungen erreichten im Herbst 1918 ihren Höhepunkt. Auf einem Parteitag der Linksliberalen im Oktober 1918 traten die Delegierten Dr. Max Meyer und Johst aus Oerlinghausen der „völkerverhetzenden Tendenz“ chauvinistischer Kreise und der Presse entgegen.<sup>240</sup>

Bis auf den Großteil der nunmehr in der Konservativen Partei, der Vaterlandspartei oder aggressiven Vereinigungen wie dem Alldeutschen Verband oder Deutschbund organisierten Männer glaubte kaum noch jemand an einen deutschen Sieg. Der deutsche Generalstab hatte bereits im Kriegsjahr 1916 keine Optionen mehr gesehen, den Krieg in absehbarer Zeit zu gewinnen. 1918 versuchten Hindenburg und Ludendorff mit einer großangelegten Offensive im Westen eine Entscheidung zu erzwingen. Doch nach anfänglichen Bodengewinnen startete im August der alliierte Gegenschlag. General Erich Ludendorff, Stellvertreter des Chefs der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg, bezeichnete den 8. August 1918 als „schwarzen Tag des deutschen Heeres“. Allein dieser Tag kostete die Deutschen 30.000 Mann. Der Krieg war endgültig militärisch entschieden.<sup>241</sup>

Das bereits vor 1914 weitgehend nur noch in Kreisen der Konservativen, Nationalliberalen und Teilen des Zentrums vorhandene Vertrauen in das bestehende politische System und dessen Repräsentanten war nach vier Kriegsjahren endgültig erodiert. Ein grundlegender Systemwechsel galt vielen nun als unumgängliche Voraussetzung für den Erhalt innerer Stabilität.<sup>242</sup>

Am 3. November 1918 hatte in Kiel der Matrosenaufstand begonnen, der schließlich in die Novemberrevolution mit dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung der Republik mündete. Am gleichen Tag sprach Carl Schreck, der Bielefelder Bezirkssekretär der SPD, in stark überfüllten Versammlungen in Asemissen und Kachtenhausen und warb für den schnellen Friedensschluss sowie für die Demokratisierung Deutschlands.<sup>243</sup>

### **Oerlinghausen als Garnison (1915 – 1918)**

Eine wesentliche Rolle im der Revolte der Matrosen folgenden Revolutionsgeschehen spielten die Soldaten der Garnisonen im Deutschen Reich. Neben den sozialdemokratischen und linksliberalen Akteuren waren es deren Mannschaften und die jungen Rekruten der Ersatzbataillone, welche die Revolution in den Städten wie in der Fläche oftmals auslösten oder aber vorantrieben.

---

<sup>239</sup> VOLKSWACHT vom 21. März 1918.

<sup>240</sup> LP vom 22. Oktober 1918. Ein Johst aus Oerlinghausen ließ sich nicht identifizieren.

<sup>241</sup> NONN 2017, 123.

<sup>242</sup> NONN 2017, 124.

<sup>243</sup> VOLKSWACHT vom 4. November 1918.

Oerlinghausen war im April 1915 zur Garnison geworden.<sup>244</sup> Vorausgegangen waren entsprechende Bemühungen des Dorfausschusses und des Vorstehers Liekefett. Im Februar hatte der Gemeindevorstand an die Fürstliche Regierung in Detmold eine Eingabe zur Befürwortung und Weiterleitung an das Generalkommando in Münster gesandt. Die Oerlinghauser Vertreter priesen darin ihr Dorf als geeigneten Standort:

„Der Ort, mit einer Einwohnerzahl von annähernd 3.000 Seelen ist landschaftlich sehr schön und außerordentlich gesund gelegen, mit Wasserleitung und elektrischem Licht versehen, hat große Säle zur Verfügung, es sind Ausbildungsplätze in unmittelbarer Nähe des Ortes vorhanden, die Senne, das vorzügliche Übungsfeld des Regiments 55 ist nur 1 km entfernt, ein Schießstand für kurze Entfernungen ist vorhanden, ein zweiter für längere Entfernungen könnte mit Leichtigkeit hergestellt werden, ein Schwimmbad [das Schopke-Bad, JH] ist in der Nähe, so dass alle äußeren Bedingungen erfüllt erscheinen [...]. Oerlinghausen ist Bahnstation an der Linie Bielefeld-Lage.“<sup>245</sup>

Den Nutzen, den sie sich versprochen, stellten sie ebenfalls dar:

„Für den Ort Oerlinghausen würde die Belegung einen großen Gewinn bedeuten. Die Wirtschaften sind auf einen großen Sommerverkehr von Sommerfrischlern eingerichtet, der sowohl im vorigen Jahre als auch in diesem fortfällt, so dass eine Belebung des Verkehrs dringend erwünscht erscheint, um einer ganzen Reihe von Geschäften, die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen, einen Verdienst zuzuführen. Es sind eine Anzahl von Bäckereien vorhanden, die in der Hauptsache Geschäft mit Brot nach außerhalb betreiben, das ihnen durch die neue Art der Brotversorgung abgeschnitten wird. [...]“<sup>246</sup>

Der Regierung in Detmold gegenüber schilderte Liekefett die Motive, dem brach liegenden Fremdenverkehr geschuldet, unverblümt:

„Es soll nur darauf aufmerksam gemacht werden, dass besonders die hiesigen Wirtschaften und Pensionen, die im größeren Maße auf die Aufnahme von Sommerfrischlern eingerichtet sind, sich in sehr schlimmer Lage befinden, worunter auch die Gewerbetreibenden, Bäcker, Schlächter, Kolonialwarenhändler u. dergl. sehr leiden.“<sup>247</sup>

---

<sup>244</sup> Die WZ meldete am 22. April 1915 irrtümlich die Stationierung eines Ersatzbataillons des Infanterie-Regiments (2. Lothringisches) Nr. 131. Dessen I. Ersatzbataillon wurde jedoch in Bielefeld, das II. (zum Juni 1917 aufgelöst) in Halle/Westfalen stationiert.

<sup>245</sup> Gemeindevorstand Oerlinghausen an Generalkommando Münster, 24. Februar 1915, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6887.

<sup>246</sup> EBD.

<sup>247</sup> EBD.

Anfang März 1915 teilte das Generalkommando in Münster mit, dass dem Ersuchen derzeit nicht entsprochen werden könnte.<sup>248</sup> Sechs Wochen später aber traf überraschenderweise eine positive Nachricht ein und bereits am 23. April rückte das II. Ersatzbataillon des Königs-Infanterie-Regiments (K.I.R.) (6. Lothringisches) Nr. 145 ein.<sup>249</sup>



*Abb. 25: Soldaten des K.I.R. 145 in Oerlinghausen, 1915.  
(Slg. D., Frankfurt)*

Das K.I.R. 145 war im Juli 1890 in Metz aufgestellt worden. Im September 1893 übernahm der Kaiser und preußische König Wilhelm II. offiziell den Ehrentitel „Chef des Regiments“. Sichtbar wurde dieses in der nun geltenden Bezeichnung Königs-Infanterie-Regiment und den Achselklappen und Schulterstücken mit Krone und dem Namenszug „WR II“ an Stelle der Nummer 145. Bei der Mobilmachung 1914 wurden die Ersatztruppenteile der Regimenter aus Elsass-Lothringen ins Innere des Reichsgebietes verlegt. Das K.I.R. 145 rückte an der Westfront vor. Sein Ersatzdepot wurde mit der Eisenbahn von Metz nach Paderborn verlegt. Dessen Aufgabe war es, frische Rekruten in der Senne auszubilden und von der Front eintreffende Verwundete zu versorgen. Im September 1914 handelte es sich um insgesamt etwa 930 Mann. Gegen Ende des Monats wurden nach nur sechs Wochen Ausbildung die ersten 100 Mann an die Westfront geschickt.<sup>250</sup> Der Garnisonsalltag in Paderborn war wie die Gesamtlage geprägt durch eine Verwaltung des Mangels. Es fehlte an geeignetem Ausbildungspersonal, es fehlten Gewehre der Typen 88 und 98 für die Schießausbildung und es mangelte an Unterbringungsmöglichkeiten.

<sup>248</sup> Stellv. Generalkommando VII. Armee-Korps an Fürstlich Lippische Regierung, 7. März 1915, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6887.

<sup>249</sup> WZ vom 24. April 1915.

<sup>250</sup> [FRANZ] JANSEN, Das II. Ersatzbataillon Oerlinghausen, in: [FRIEDRICH WILHELM] ISENBURG, Das Königs-Infanterie-Regiment (6. Lothring.) Nr. 145 im Großen Kriege 1914-1918, Band II: Vom Eintreffen im Gebiet der 2. Armee (22. November 1917) bis zur Demobilmachung und Auflösung, Berlin 1923, 224-231, hier 224-226.

Wegen der zugewiesenen Kriegsfreiwilligen, der zahlreichen ausgehobenen Rekruten sowie der anwachsenden „Verwundeten-Kompagnie“ stieg die Zahl der Männer, für die Quartier vorgehalten werden musste, zeitweise auf beinahe 1.500 an. Die Stadt Paderborn bot zu jener Zeit weiteren Einheiten (I.R. 130, I.R. 158) Garnison – mit dem Resultat, dass sogar sämtliche Schuppen und Turnhallen mit Truppen belegt waren.

Als Folge wurde im April 1915 das Ersatzbataillon in Paderborn geteilt. Zusätzlich zu diesem wurde am 20. April ein weiteres für den neuen Standort Oerlinghausen aufgestellt. Das II. Ersatzbataillon, das schließlich am 23. April im Dorf eintraf, umfasste zehn Offiziere, 86 Unteroffiziere, 358 Mannschaften sowie einen Zahlmeister, einen Bataillons- und einen Assistenzarzt, insgesamt also rund 460 Mann. Kommandeur war Major Adalbert Kuhlwein, dessen Adjutant war Oberleutnant Franz Jansen.<sup>251</sup>

Die Gemeinde Oerlinghausen hatte in einer großen Kraftanstrengung und in Abstimmung mit der Landwehr-Inspektion Dortmund und dem stellvertretenden Generalkommando des VII. Armee-Korps in Münster die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Die Unterbringung sollte vornehmlich in „Massenquartieren“ erfolgen.<sup>252</sup> Die Verteilung der Einheit mit den rund 460 Angehörigen auf die Unterkünfte erfolgte nach Dienstgraden. Die Offiziere fanden bei wohlhabenderen Bürgern ihr Unterkommen, die Unteroffiziere wohnten vorwiegend in Einzelzimmern in den verschiedenen Wirtschaften, einige auch in dort oder in Fabrikgebäuden für die Mannschaften hergerichteten Sälen. Als Depots für Bekleidung, Material und Waffen dienten verschiedene Gebäude und Schuppen. Für die Pferde wurden Stallungen angemietet. Drei im Laufe der Wochen eingerichtete Küchen sorgten für die Verpflegung. Die notwendigen Lebensmittel wurden durch Verträge mit Kaufleuten, Landwirten, Bäckern und Fleischern organisiert, später kamen der Eigenanbau von Kartoffeln und Gemüse und eine kleine Viehhaltung („35 Schweine, drei Kühe, zahlreiche Kaninchen“) hinzu. Ein Geflügelbestand („1 Hahn, 48 Hühner“) wurde Ende August 1917 aufgelöst.<sup>253</sup>

Zahlreiche Bürger und Unternehmer hatten bereitwillig Unterkünfte und Lagerraum bereitgestellt. Für die Unternehmen stellte dieser Schritt auch eine Kompensation von sie seit Kriegsbeginn belastenden Produktions- und damit Einnahmeausfällen dar. Erhaltene Abrechnungslisten vermitteln den Eindruck, dass es nur wenige Gebäude gab, die nicht Soldaten, eine Einrichtung oder einen Lagerraum des Ersatzbataillons beherbergten. Schon in den ersten Monaten jedoch sorgte die ungemein schleppende bürokratische Abwicklung der Kostenerstattung für Unmut. Der Fall einer Unterbringung in der ehemaligen Zigarrenfabrik der Witwe Clara Elmen-dorf beschäftigte Gemeinde- wie Militärverwaltung sogar bis ins Jahr 1919 hinein. Die Witwe hatte im September 1915 vier Unteroffiziere und 13 Mannschaften aufgenommen, die sich offensichtlich wenig „preußisch“ verhielten. Sie legte Beschwerde ein und verlangte Abhilfe. Bei einer Ortsbegehung durch den Gemeindevorsteher und von Vertretern der Landesbehörden und des Regiments im Dezember 1915 wurden verschiedene Schäden an Leitungen,

---

<sup>251</sup> JANSEN 1923, 227-229.

<sup>252</sup> VII. Armee-Korps (Münster) an Gemeinde Oerlinghausen, 12. April 1915, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 147.

<sup>253</sup> Anzeige in der WZ vom 25. August 1917.

beschmutzte Tapeten, ramponierte Türen und Fenster festgestellt. Die angebotene Entschädigung deckte nach Auffassung Clara Elmendorfs die Aufwendungen jedoch bei weitem nicht ab.<sup>254</sup> Die Entschädigung ließ zudem auf sich warten und die geringe Höhe war schließlich Anlass für einen weiteren Streit, der im Sommer 1917 darin mündete, dass die Familie die Soldaten aussperrte. Gemeindevorsteher Liekefett ließ die Türen daraufhin gewaltsam öffnen.<sup>255</sup> Noch Ende November 1918 beschwerte sich die Familie beim gerade gebildeten Lippischen Volks- und Soldatenrat in Detmold über das „rigorose Vorgehen“ des Gemeindevorstandes bei der Einquartierung und die „ganz unzulängliche Entschädigung“.<sup>256</sup>

Ähnliche Erfahrungen machte die Möbelfirma Wilhelm Fillies. Sie wendete sich im August 1915 an das Verwaltungsamt in Schötmar. Gleich am 23. April habe man Quartier für etwa 150 Mann geboten, „aber bis heute noch kein Geld dafür bekommen, trotzdem wir erst große Anschaffungen machen mussten.“<sup>257</sup> Nicht anders erging es dem Inhaber der Hemdenfirma E. F. Banck, der einen Teil seines Fabrikgebäudes in der Stiftstraße als Unterkunft für rund 80 Soldaten bereitgestellt hatte.<sup>258</sup>



Abb. 26: Auflösung des I. Ersatzbataillons des K.I.R. 145, Juli 1917.  
(Slg. Hartmann)

<sup>254</sup> S. v. a. den Vorgang 1915-1917, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 147.

<sup>255</sup> S. Vorgang 1915-1918, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 149.

<sup>256</sup> LSVR an Gemeinde Oerlinghausen, 30. November 1918, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 149.

<sup>257</sup> S. Vorgang 1915-1917, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 147.

<sup>258</sup> Die Firma E. F. Banck, die in Bielefeld ihren Stammsitz hatte, hatte sich bei der lippischen Handelskammer im Herbst 1914 bemüht, Armeeaufträge zu erhalten, um die seit Kriegsbeginn in ihrem Oerlinghauser Betrieb arbeitslosen Näherinnen weiter zu beschäftigen. Die Handelskammer zeigte sich aber offenbar trotz der großen Not der Arbeiterinnen nicht gewillt, ein nichtlippisches Unternehmen zu unterstützen. S. dazu die umfangreiche Korrespondenz, wiedergegeben in der VOLKSWACHT vom 3. Dezember 1914.

Ende Mai 1917 wurde das II. Ersatzbataillon des K.I.R. 145 in Oerlinghausen aufgelöst und das I. Ersatzbataillon aus Paderborn nach dort verlegt. Diese Verlegung erfolgte „hauptsächlich aus wirtschaftlichen Rücksichten auf die Gemeinde Oerlinghausen, die [...] sonst jegliche Einquartierung verlieren würde.“<sup>259</sup> Das Einrücken des Ersatzbataillons aus Paderborn zum 1. Juni 1917 machte teilweise den Abschluss neuer Verträge notwendig. Der Gemeindevorstand und Vertreter des Militärs hatten daher am 20. Mai eine Begehung geeigneter Räumlichkeiten durchgeführt. Das erhaltene Protokoll gibt Aufschluss über die Standorte von Revierstube, Waffen- und Munitionslager, Handwerkerstube, Bekleidungskammer, Gerichtszimmer und anderer Einrichtungen.<sup>260</sup> Erhaltene Quittungen über gezahlte Quartiergelder vom November 1918 führen 35 Oerlinghauser Firmen und Bürger auf, die Anspruch auf eine Erstattung besaßen.<sup>261</sup>

Mit der Unterbringung der Soldaten und der Stellung von Lagerraum allein war es allerdings nicht getan. Die Gemeinde hatte gleich 1915 größere Teile der Oerlinghauser Senne als Übungsgelände zur Verfügung gestellt. Innerhalb weniger Wochen schuf das Ersatzbataillon am Südhang des Barkhauser Berges ein ausgedehntes Übungsareal mit Schützengraben. Als Schießstand diente der Schützenplatz.



*Abb. 27: Letzter Kommandeur des Ersatzbataillons (1917-1918):  
Hauptmann Walther Freiherr von Wintzingerode an der Westfront, 1915.  
(Slg. D., Frankfurt)*

Das Ersatzbataillon bestand aus fünf Kompanien. Die 5. Kompanie war die sogenannte Genesenen-Kompanie. Die Ausbildung der Rekruten währte unterschiedlich, sie lag zwischen vier bis

<sup>259</sup> Stellv. Generalkommando des VII. Armee-Korps an Fürstlich Lippische Regierung, 22. April 1917, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6887; sowie Stellv. Generalkommando des VII. Armee-Korps an Magistrat der Stadt Paderborn, 11. Mai 1917, in: BUNDESARCHIV (MILITÄRARCHIV), PH 10 II/191.

<sup>260</sup> Protokoll der Begehung, 20. Mai 1917, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 147.

<sup>261</sup> Liste der Quartiergelder, November 1918, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 148.

zehn Wochen. Die Männer stammten nur sehr selten aus Elsass-Lothringen, sondern weitestgehend aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, besonders aus den Städten Dortmund, Düsseldorf, Essen, Mülheim, Wuppertal, Barmen, Elberfeld, Velbert und Krefeld. Von 1915 bis 1918 wurden in Oerlinghausen rund 4.500 Rekruten für den Fronteinsatz ausgebildet. In steigendem Maße hatte das Ersatzbataillon ab Mitte 1915 die Betreuung und Versorgung seiner Kriegsbeschädigten und nicht mehr einsatzfähigen Soldaten zu gewährleisten. Bereits nach zwei Monaten in Oerlinghausen musste daher eine Versorgungsabteilung eingerichtet werden, welche die Entlassung der nicht mehr „kriegsverwendungsfähigen“ Kameraden regelte. Diese Abteilung entließ von 1915 bis 1918 2.244 Mannschaften. Für insgesamt etwa 10.800 Mannschaften wurden Krankenakten angelegt.<sup>262</sup>

Im Januar 1917 verließ Major Kuhlwein das Bataillon. Ihm als Kommandeur folgte Hauptmann Walter Gentsch<sup>263</sup>, vormals im I.R. 30. Gentsch rückte bereits im Juli an die Westfront, neuer Kommandeur wurde nun bis Kriegsende Hauptmann Walther Freiherr von Wintzingerode.<sup>264</sup>



Abb. 28: Soldaten des K.I.R. 145 marschieren durch das Dorf, Ecke Hauptstraße/Bielefelder Straße, 1916.  
(KA Lippe, Bildarchiv K 7 Oerlinghausen Nr. 1340)

Für die Oerlinghauser Bürger bedeutete die Präsenz des Militärs keineswegs nur Einschränkungen oder Belastungen. Die Akzeptanz des Militärs war hoch. Die *Lippische Landes-Zeitung* berichtete im Mai 1915 begeistert vom Alltag in der Garnison:

---

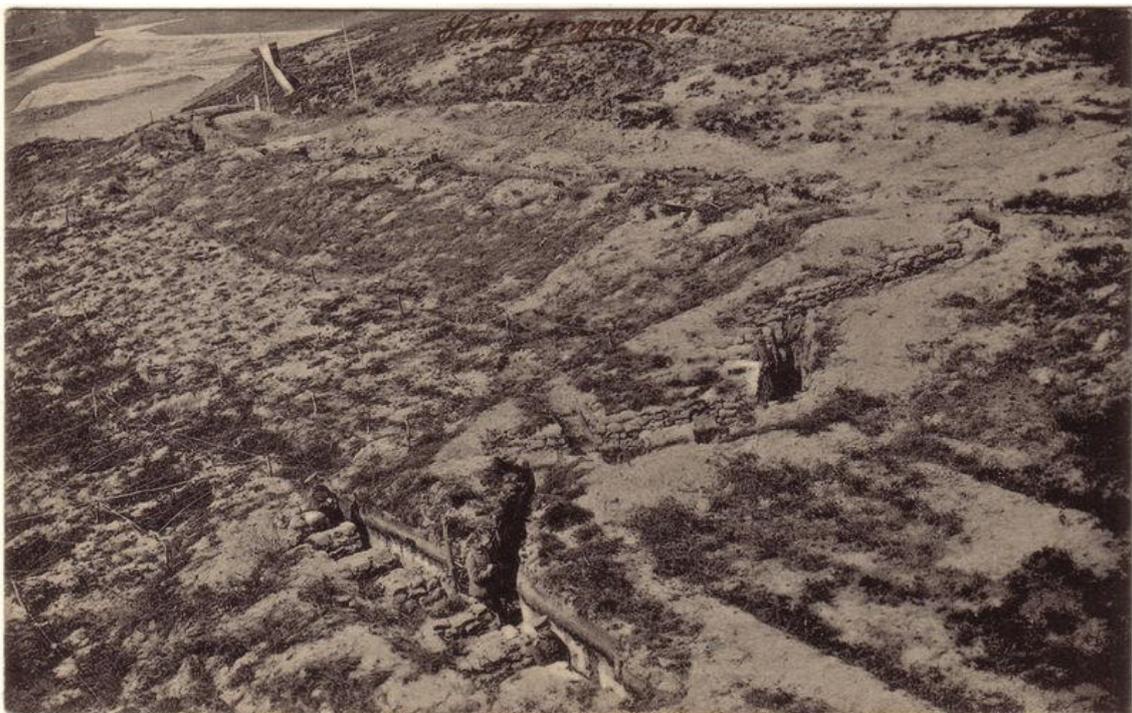
<sup>262</sup> JANSEN 1923, 229-231.

<sup>263</sup> Walter Gentsch (1883-1948).

<sup>264</sup> Walther Levin Emanuel Ernst Freiherr von Wintzingerode (1876-1949).

„Schon am frühesten Morgen beginnt jetzt ein Leben und Treiben unsern sonst so stillen Ort zu durchfluten, dass der alte Tönsberg gar nicht aus dem Staunen herauskommt, und das so idyllisch-ruhige Schopketal hallt wider von dem rauhen, aber herzlichen Ton der Soldatensprache. Im Orte selbst tönen aus den Häusern die lustigen Klänge der Soldatenlieder, dröhnt in den Straßen der Taktschritt der Altmansschaften und Rekruten, die dereinst bestimmt sind, mitzuwirken an dem endgültigen Sieg.“<sup>265</sup>

Häufig durch größere Menschenansammlungen begleitet fanden Appelle auf dem Marktplatz und Paraden durch die Straßen statt. Das ab Spätsommer 1915 in der Oerlinghauser Heidelandchaft angelegte Übungsgelände mit Schützengräben erregte in der Bevölkerung besonders großes Interesse.



Schützengräben des II. Ers. Batl. K. J. R. No. 145 in der Senne b/Oerlinghausen Serie 5. Aufgenommen aus 10 Mtr. Höhe. 18.11.15

Abb. 29: Schützengräben des K.I.R. 145 in der Senne, 1915.  
(Slg. Hartmann)

Die Zeitungen warben für die Besichtigung dieser Befestigungsanlagen, die mit Schießscharten, MG-Ständen, Horchposten und Drahtverhauen so ausgebaut waren, „wie sie in dem Argonnenwald vorkommen“<sup>266</sup> und stellten fest:

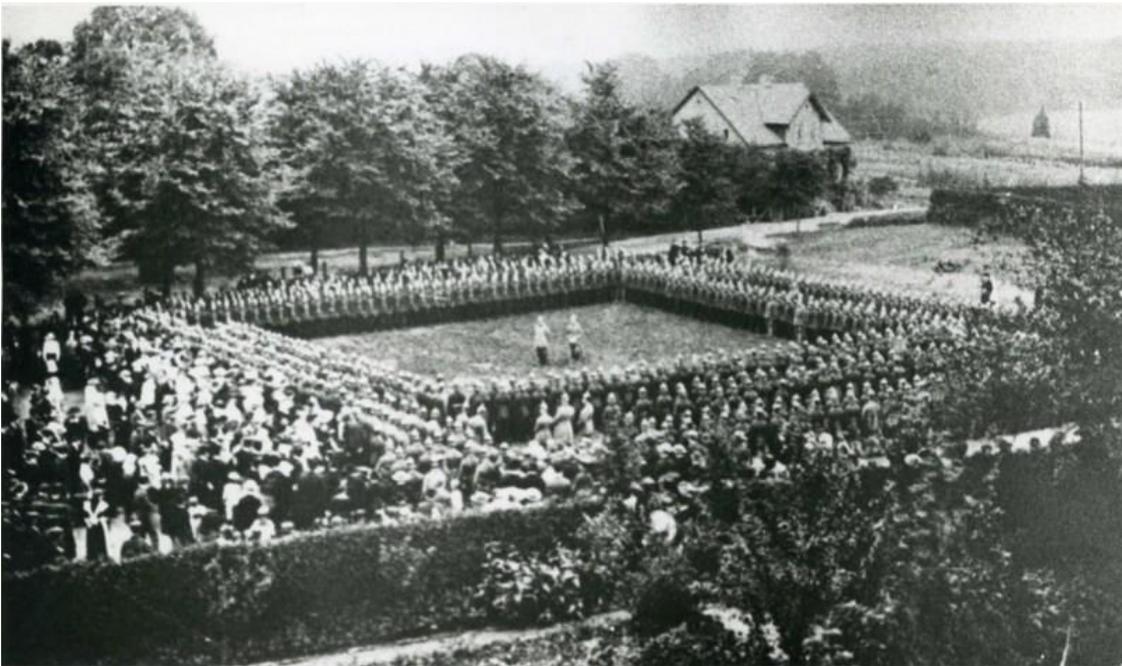
„Die Unterstände sind der Wirklichkeit entsprechend mit starken Baumstämmen eingedeckt und bieten gegen Artilleriefeuer (bis zu 15-Zentimeter-Granaten) Schutz.“<sup>267</sup>

<sup>265</sup> LLZ vom 10. Mai 1915.

<sup>266</sup> WZ vom 14. August 1915.

<sup>267</sup> WZ vom 16. August 1915.

An den Sonntagen nutzen viele Einwohner, Angehörige und Sommerfrischler zum Preis von 20 Pfennig die Gelegenheit, sich ein Bild von der „Kampfsituation“ an der Front zu machen.<sup>268</sup> Die Oerlinghauser verfolgten in der Presse nicht nur das Kampfgeschehen der Einheiten aufmerksam, in denen sich ihre Angehörigen befanden – für viele Lipper war es das I.R. 55 –, sondern ebenfalls die Schlachten des K.I.R. 145. Die regionalen Zeitungen berichteten ausführlich über den blutigen Stellungskrieg im Argonnerwald im Nordosten Frankreichs, an dem das Regiment bis in den März 1917 beteiligt war. Daneben erfolgten Einsätze in der Schlacht um Verdun 1916 und in den Kämpfen in Flandern 1917. Zuletzt, Ende Oktober 1918, war das K.I.R. 145 in der Maas-Stellung und vor Antwerpen im Einsatz.



*Abb. 30: Appell des K.I.R. 145 auf dem ehem. Marktplatz, ca. 1916.  
(KA Lippe, Bildarchiv K 7 Oerlinghausen Nr. 2415)*

Eine starke Bindung des Ersatzbataillons bestand zum Kriegerverein des Dorfes. Als am 27. Januar 1918 wegen des Kaiser-Geburtstages ein Appell auf dem Marktplatz stattfand, wurde der Verein selbstverständlich zur Teilnahme eingeladen. Übrigens hatten dazu auch verwundete Bataillonsangehörige zu erscheinen, so sie denn „gesundheitlich [...] in der Lage“ waren. Begleitet wurde dieses Zeremoniell von einem Gottesdienst und einem Zapfenstreich am späten Abend.<sup>269</sup>

Aus der direkten Nähe zwischen Bevölkerung und Militär entwickelten sich andauernde Freundschaften und sogar einige Ehen. So heiratete der Unteroffizier Wilhelm Denninghaus aus Bönen im März 1918 die als Hilfsschwester im Lazarett tätige Gertrud Meyer, die Tochter des

<sup>268</sup> WZ vom 23. September 1915.

<sup>269</sup> S. Einladung des Kommandeurs Freiherrn von Wintzingerode, Januar 1918, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 140.

jüdischen Arztes Dr. Max Meyer.<sup>270</sup> Der Oerlinghauser Bürgermeister Reuter sprach später außerdem von einer „nicht unerheblichen Vermehrung der Katholiken“ im Ort, da sich einige Regimentsangehörige aus dem Rheinland in Oerlinghausen niederließen.<sup>271</sup> Ein ehemaliger Soldat des K.I.R. 145, der bereits im Dorf lebte und arbeitete, war Wilhelm Meier. Er kam aus dem nahen Lämershagen und hatte vor dem Krieg eine Lehre bei der Firma CeWeCo absolviert. Bis 1917 diente er im I.R. 55, dann im K.I.R. 145. Er erwarb das Eiserne Kreuz I. Klasse und zog 1925 als Nachfolger für den ausgeschiedenen Kaufmann Richard Reuter in die Gemeindevertretung ein. Bis zum Januar 1928 vertrat er dort die KPD.<sup>272</sup>

## Kriegsende und Demobilmachung

Nach vier Kriegsjahren und der gescheiterten Großoffensive im Westen schwand in vielen Bereichen der Truppe die Moral. Einige Soldaten entfernten sich unerlaubt von der Truppe. Unter ihnen war ein Musketier des Ersatzbataillons des K.I.R. 145 aus Oerlinghausen. Er wurde nach einigen Nahrungsmitteldiebstählen in Bielefeld festgenommen.<sup>273</sup>

Offenbar gab es im September 1918 Pläne, das Ersatzbataillon erneut zu verlegen. Die Oerlinghauser bemühten sich daher um eine neue Einheit und meinten, diese in einem in der Stadt Unna stationierten Ersatzbataillon – wahrscheinlich des R.I.R. 15 – gefunden zu haben. Die dortigen Stadtoberen wollten aus nicht bekannten Gründen diese Einheit gern loswerden und antworteten nach Oerlinghausen:

„Wir legen kein Gewicht darauf, dass das hiesige Ersatz-Bataillon noch länger in Unna bleibt und würden den Wunsch des dortigen Gemeindeausschusses auf Verlegung des hiesigen Bataillons nach Oerlinghausen gern unterstützen.“<sup>274</sup>

Der Waffenstillstand vom 11. November 1918 bedeutete auch, dass die noch in Frankreich und Belgien befindlichen deutschen Einheiten zurückgeführt und demobilisiert werden mussten. Oerlinghausen wurde für zwei Truppeneinheiten als Demobilmachungsort auserkoren: das 39. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon des VII. Armee-Korps (VII/39) und das Reserve-Infante-

---

<sup>270</sup> Wilhelm Denninghaus (1890-1955) war später für mehrere Jahre Stadtobersekretär in Gladbeck und Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im März 1933 wurde der Sozialdemokrat durch die Nationalsozialisten entlassen und im September 1933 für mehrere Monate ins Konzentrationslager Esterwegen gebracht. Die Familie Denninghaus überstand den Nationalsozialismus in Kachtenhausen. Wilhelm Denninghaus war der erste Gemeindevorsteher von Wellentrup nach 1945. Nach der Rückkehr ins Haus des verstorbenen Schwiegervaters Dr. Max Meyer in der Reuterstraße 9 in Oerlinghausen engagierte sich Denninghaus bis zu seinem Tod im Stadtrat wie auch im Lemgoer Kreistag. Seine Frau Gertrud starb 1966, die Tochter Ursula 1983.

<sup>271</sup> REUTER, 44.

<sup>272</sup> Zu Meier s. AUGUST REUTER, Bürgermeister, Stadtrat und Gemeinderäte der Stadt Oerlinghausen 1926-1932, Manuskript, ohne Erscheinungsdatum (Kopie im Besitz des Verfassers).

<sup>273</sup> VOLKSWACHT vom 7. September 1918.

<sup>274</sup> Stadt Unna an Gemeinde Oerlinghausen, 27. September 1918, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 140.

rie-Regiment (R.I.R.) Nr. 39.<sup>275</sup> Das K.I.R. 145 dagegen, dessen Ersatzbataillon im Bergdorf lag, sollte zur Auflösung nach Barby an der Elbe verlegen. Es rückte folglich aus seinen Stellungen über Belgien zumeist in Fußmärschen nach Barby vor. Hier traf es am Heiligabend 1918 ein. Das Ersatzbataillon aus Oerlinghausen war vier Wochen zuvor, am 26. November, mit einem Sonderzug über Magdeburg dorthin abgerückt.<sup>276</sup> Wahrscheinlich gegen Ende November traf das 39. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon des VII. Armeekorps (VII/39) aus Köln ein.<sup>277</sup> Einige Tage später, um den 4. oder 5. Dezember, folgte das Ersatzbataillon des R.I.R. 39 aus Düsseldorf. Es wurden, was sich nun schwer gestaltete, wieder Unterkünfte benötigt. Gemeindevorsteher Liekefett teilte dem Lippischen Volks- und Soldatenrat in Detmold mit, „dass z. Z. außerordentlich viel Militär in dem Orte liegt.“<sup>278</sup> Das R.I.R. 39, das am 11. November 1918 in Cherskamp (Ostflandern) stand, vereinte sich der Regimentschronik zufolge mit seinem Ersatzbataillon um den 15. Dezember 1918 in Oerlinghausen. Es war über die Maas, dann über Aachen und Jülich und schließlich über Düsseldorf in den lippischen Westen marschiert:

„In Oerlinghausen, dem Standort des Ersatzbataillons, begann am 20. Dezember die letzte Arbeit, [...] die Demobilmachung des Regiments.“<sup>279</sup>

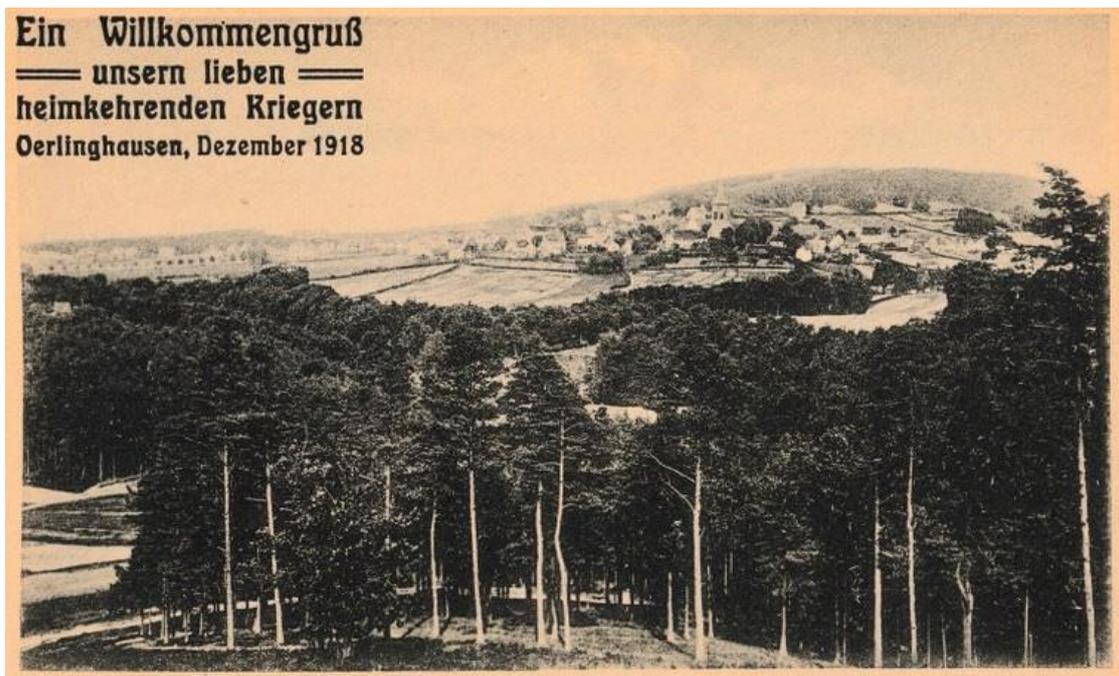


Abb. 31: Karte für die zurückkehrenden Soldaten, Dezember 1918.  
(Slg. Hartmann)

<sup>275</sup> S. dazu auch Stellv. Generalkommando des VII. Armeekorps an Lippische Regierung, 17. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6887.

<sup>276</sup> WESTFÄLISCHE NEUESTE NACHRICHTEN (WNN) vom 27. November 1918.

<sup>277</sup> Die zeitnahe Verlegung der beiden Einheiten „in verringerter Stärke“ wurden der Landesregierung bzw. dem LVSR durch die Militärbehörde angekündigt. Vgl. Stellv. Generalkommando des VII. Armeekorps an Lippische Regierung, 17. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 6887.

<sup>278</sup> Liekefett an LVSR, 4. und 9. Dezember 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 39 zu Anlage IV.

<sup>279</sup> WILHELM SCHNIEWINDT, Geschichte des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 39, Berlin 1927, 196.

Große Erleichterung und Freude bei den Oerlinghausern rief die Heimkehr der Soldaten des I.R. 55 hervor. Es war am 6. Dezember in seiner Garnison in Detmold eingetroffen. Die Soldaten strömten daraufhin in ihre Heimatstädte und -dörfer zurück.

## Die Revolution in Oerlinghausen am 9./10. November 1918

Über den Ablauf der Revolution in Oerlinghausen existieren abweichende Darstellungen. Der Nationalsozialist Hermann Diekmann schrieb in der 1936 erschienenen Stadtchronik über die „fluchwürdige Revolution“, dass vier betrunkene Matrosen, die in einem mit einer roten Fahne geschmückten Auto von Paderborn eintrafen, den Umsturz ausgelöst hätten.<sup>280</sup> Das Bielefelder SPD-Organ *Volkswacht* berichtete dagegen in seiner Ausgabe vom 13. November 1918 über die Oerlinghauser Ereignisse:

„Der Umschwung begann hier am Sonnabend [9. November, JH]. Ein Trupp Soldaten aus Bielefeld, der abends ankam, klärte die Garnison auf, worauf sich das ganze Ersatzbataillon [des K.I.R. 145, JH] der Bewegung anschloss. Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, versammelten sich die Soldaten und es wurden Ansprachen gehalten, die über die Lage und die Pflichten aufklärten. Dann wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt.“<sup>281</sup>

Zehn Jahre nach den Ereignissen blickte das lippische SPD-Organ *Volksblatt* zurück:

„Revolutionstimmung war in Oerlinghausen schon vor dem 9. November vorhanden. Als die Revolution endlich kam, fand sie hier einen wohlvorbereiteten Boden vor. Wie auffallend schnell und selbstverständlich wickelte sich hier alles ab. Die Offiziere der Kriegsgarnison gaben ihre Degen ab oder zerbrachen sie. Von der Amtshautreppe sprach ein fremder Matrose am Abend des 9. November. Am anderen Vormittag war große Versammlung auf dem Marktplatz. Albert Schütte sprach in seiner ruhigen, überzeugenden Art und hatte alles hinter sich. Auch so viele, viele Bürgerliche waren damals Revolutionäre. Ein Volks- und Soldatenrat wurde gebildet, in dem schon bald die Soldaten in den Hintergrund traten.“<sup>282</sup>

Ob es nun Matrosen oder Soldaten des Heeres waren, und ob diese nun aus Paderborn oder Bielefeld in Oerlinghausen eintrafen, wird sich wahrscheinlich nicht mehr klären lassen. Als sicher kann jedoch gelten, dass bereits am Abend des 9. November eine Ansprache an die Sol-

---

<sup>280</sup> DIEKMANN 1936, 164 f. Wie in seiner ideologisch gefärbten Darstellung der Revolution von 1848 verunglimpfte er auch hier die Beteiligten als alkoholisierte Männer. Dazu DIEKMANN 1936, 92-93. Reuter setzte den sozialen Protest der armen Einlieger im März 1848 gleichfalls als von betrunkenem Pöbel getragene „kleinliche Revolte des Neides“ herab. Vgl. AUGUST REUTER, Die Revolution in Oerlinghausen 1848, in: LIPPISCHER LANDESKALENDER 1933, Detmold 1932, 38-40.

<sup>281</sup> VOLKSWACHT vom 13. November 1918.

<sup>282</sup> VOLKSBLATT vom 10. November 1928.

daten des Ersatzbataillons erfolgte. Am folgenden Sonntagmorgen (10. November)<sup>283</sup> fand eine große Volksversammlung auf dem Marktplatz statt, in welcher der Sozialdemokrat Albert Schütte (1885-1953) zur Menge sprach. Im Anschluss bildete sich ein Volks- und Soldatenrat (VSR), an dessen Spitze Schütte stand.<sup>284</sup>



*Abb. 32: Die Treppe des ehemaligen Amtshauses in der Hauptstraße 30:  
Ausgangspunkt der Revolution in Oerlinghausen am 9. November 1918.  
(Foto: Jürgen Hartmann, Februar 2024)*

Damit gründete sich dieses Revolutionsgremium etwa zeitgleich mit dem Lippischen Volks- und Soldatenrat (LVSR) in Detmold. Weitere Räte entstanden in Bad Salzuflen (Arbeiter- und Soldatenrat, 10. November), Barntrup (Bürgerrat, 11. bzw. Neubestimmung 19. November), Blomberg (Volksrat, 12. November), Lage (Bürgerrat, 12. November) und Schwalenberg (Bürgerrat, 19. November).<sup>285</sup> Die Bürgerräte sind dabei allerdings durchaus mit Vorbehalt zu betrachten, da sie oftmals nicht aus Volksversammlungen, sondern in der Regel von Seiten der Bürgermeister oder Stadtverordnetenkollegien initiiert oder gegründet wurden.<sup>286</sup> In Lemgo

<sup>283</sup> August Reuter berichtet als einziger, dass diese Versammlung erst am Abend des 10. Novembers stattgefunden hätte. Vgl. REUTER, 231. Wahrscheinlicher ist, dass es sich dabei um die erste Sitzung des VSR handelte.

<sup>284</sup> Albert Schütte sprach von Ende November 1918 bis Anfang Januar 1919 in einigen Nachbarorten, unter anderem in Helpup und Leopoldshöhe über „Das neue Deutschland“. S. VOLKSWACHT vom 6. Dezember 1918 und 6. Januar 1919.

<sup>285</sup> Vgl. zur Chronologie v.a. die Berichterstattung in LLZ, LTZ und VOLKSWACHT vom 9. November bis 5. Dezember 1918. Noch immer sind die lokalen Geschehnisse rund um die Revolution in Lippe nur ansatzweise untersucht. Eine gelungene Ausnahme bietet DIETER ZOREMBA, Blomberg 1918/19. Die Revolution in einer lippischen Kleinstadt, in: JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK/MICHAEL ZELLE (Hg.), Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, Bielefeld 2018, 118-136.

<sup>286</sup> Zur Thematik s. WILFRIED REININGHAUS, Die Revolution 1918/19 in Lippe und Heinrich Drake, in: SCHAFMEISTER/SUNDERBRINK/ZELLE 2018, 19-39, hier 33 f. Adolf Neumann-Hofer nahm im LVSR eine ablehnende Haltung gegenüber den Bürgerräten ein. Möglicherweise befürchtete man auch „Trittbrettfahrer“. S. Protokoll der Sitzung

scheint es zumindest zeitweise einen Soldatenrat gegeben zu haben.<sup>287</sup> Im nahen Leopoldshöhe kam es letztlich nicht zur Bildung eines Volksrates.<sup>288</sup> Wie eine Benzinabrechnung belegt, begaben sich am 11. November der zweite Vorsitzende des lippischen Soldatenrates, Wehrmann Wagner, und das Mitglied Hauptmann von Keiser nach Oerlinghausen, wahrscheinlich um direkten Kontakt zum örtlichen Soldatenrat herzustellen.<sup>289</sup> Am 12. November 1918 erklärte Fürst Leopold IV. seinen Thronverzicht.

„Wohlvorbereiteter Boden“, wie das *Volksblatt* schrieb, war in Oerlinghausen tatsächlich vorhanden. Zur allgemeinen Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit sowie dem Wunsch nach Frieden und politischem Wandel gesellte sich eine besondere Situation. Das Dorf war seit mehreren Jahren eine Hochburg der Sozialdemokratie und zuvor über Jahrzehnte hinweg eine Bastion des Linksliberalismus gewesen. Somit waren daher „viele, viele Bürgerliche“ am Umbruch beteiligt.

Wie viele Personen der VSR in Oerlinghausen umfasste und in welchem Verhältnis Sozialdemokraten und „Bürgerliche“ beteiligt waren, ist nur begrenzt nachvollziehbar, da sich keine Aufstellung der Mitglieder mehr finden lässt. Explizit handelte es sich nicht um einen Arbeiter- und Soldatenrat. Als Mitglieder verlässlich zu nennen sind für den Volksrat neben dem Sozialdemokraten Schütte zwei „Bürgerliche“: der Bäckermeister Ferdinand Diekmann und der Uhrmacher Julius Tellmann.<sup>290</sup> Beide gehörten anscheinend der Lippischen Liberalen Volkspartei, die dann in der DDP aufging, an. Als Mitglieder können auch noch Fritz Landermann<sup>291</sup> und

---

des LVSR vom 19. November 1918. Dementsprechend verhielten sich die Mitglieder des LVSR gegenüber den Gründungsmitteilungen aus Barntrup und Schwalenberg reserviert, s. Protokoll der Sitzung des LVSR vom 23. November 1918. In Lage gehörten dem Bürgerrat neben dem Stadtverordnetenvorsteher noch ein Ratsherr und mindestens ein weiterer Stadtverordneter an. Vgl. LTZ vom 16. November 1918. In Barntrup initiierte der Bürgermeister die Bildung des Bürgerrats und gehörte zu den Mitgliedern. Vgl. LTZ vom 14. November 1918. Die Umstände, unter welchen die Gründung dieses Gremiums erfolgte, standen im Mittelpunkt einer Bürgerversammlung mehrere Tage später. Es kam daraufhin zu einer Neubildung des Bürgerrats. Vgl. LTZ vom 21. November, LLZ vom 22. November und VOLKSWACHT vom 5. Dezember 1918. Der Bürgerrat in Schwalenberg setzte sich die Aufrechterhaltung der Ordnung und das Schaffen von Perspektiven für die heimkehrenden Soldaten als Ziele, von einer Überleitung zu demokratischen Verhältnissen war keine Rede. S. LLZ und LTZ vom 23. November 1918.

<sup>287</sup> Ein Vertreter des Soldatenrates in Lemgo, Flügge, sprach in einer Volksversammlung in Alverdissen. Vgl. VOLKSWACHT vom 21. November 1918. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um eben jenen Unteroffizier Flügge aus Brake, der zehn Tage zuvor die rote Fahne am Detmolder Schloss gehisst hatte.

<sup>288</sup> JULIA SCHAFMEISTER/BÄRBEL SUNDERBRINK, *Revolution in Lippe 1918. Der Beginn der Demokratie in einem deutschen Kleinstaat*, in: SCHAFMEISTER/SUNDERBRINK/ZELLE 2018, 11-18, hier 16. Hier ist irrtümlich noch Leopoldshöhe genannt. Als der Bielefelder SPD-Bezirkssekretär Carl Schreck am 22. November während einer Versammlung dort anregte, einen Volksrat zu bilden, wandten sich Versammlungsteilnehmer mit der Frage an den LVSR in Detmold, „wie die Sache angegriffen werden muss“, gaben aber zu bedenken, dass der Ort vom Verkehr „fast abgeschnitten“ sei und deshalb „keine Fühlung“ mit anderen Räten aufgenommen werden könne. Vgl. Carl Gröppel, Leopold Pankoke und Carl Maaß an den LVSR, 24. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu Nr. 39, Bd. II.

<sup>289</sup> Rechnung Himstedt (Detmold) an den LVSR, 6. Februar 1919, in: LAV NRW OWL, L 79 Nr. 76.

<sup>290</sup> Volks- und Soldatenrat (VSR) Oerlinghausen an den LVSR, 18. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu 39, Bd. II. Julius Tellmann war zeitweise Vorsitzender der Schützengesellschaft, s. WZ vom 30. April 1917. Er starb im Frühjahr 1922.

<sup>291</sup> VOLKSBLATT vom 11. November 1929. Landermann gehörte der Sozialdemokratie seit 1879 an.

sehr wahrscheinlich Carl Ober<sup>292</sup>, beide SPD, gelten. Der VSR ersetzte nicht die Gemeindevertretung, sondern seine Vertreter nahmen an deren Sitzungen teil.<sup>293</sup> Die Neuwahl der Gemeindevertretung sollte erst im Januar 1919 nach neuem Wahlrecht erfolgen.



Abb. 33: Der SPD- und VSR-Vorsitzende Albert Schütte, 1921.  
(Lippischer Kalender für das Jahr 1921, 93)

Die Mitglieder des Soldatenrates sind unbekannt. Es handelte sich anfangs um Angehörige des Ersatzbataillons des K.I.R. 145, das sich bis zum 26. November 1918 in Oerlinghausen befand. Nach dessen Abrücken übernahmen Soldaten des Landsturm-Infanterie-Bataillons VII/39 und des R.I.R. 39 die Mitarbeit.<sup>294</sup> In den Regimentschroniken des K.I.R. 145 wie auch des R.I.R. 39 werden die Ersatzbataillone als besonders „revolutionsanfällig“ diskreditiert. Es herrschte bei den Autoren der Chroniken der abschätzige Blick des Front-Offiziers aus adeligem oder gutbürgerlichem Hause auf die jungen Rekruten vor, die ihren vaterländischen Dienst nur an der „Heimatfront“ absolviert und somit „keinen Pulverdampf gerochen“ hätten. Wie die Revolution war den meisten Offizieren auch die neue Republik verhasst.

Diese abfällige Sichtweise wird deutlich, wenn der Regimentschronist Isenburg die Ankunft des K.I.R. 145 in Barby und das „Ende von Disziplin und Ordnung“ beschreibt. Das Ersatzbataillon

---

<sup>292</sup> Ein C. Ober unterzeichnete das Schreiben des VSR Oerlinghausen an den LVSR vom 18. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu 39, Bd. II. Es wird sich dabei um den Tabakarbeiter Carl Ober aus dem Steinbült gehandelt haben.

<sup>293</sup> Zur Sitzung am 2. Dezember 1918 sind Schütte und Tellmann aufgeführt. Vgl. Protokoll der Dorfausschusssitzung, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 807. Diese Beratungs- und Kontrollfunktion der lokalen Räte war vom LVSR Ende November beschlossen worden.

<sup>294</sup> Vertreter des Soldatenrates aus dem Ersatzbataillon des RIR 39 und des Landsturm-Infanterie-Ersatzbataillons VII/39 waren am 11. oder 12. Dezember bei einer Sitzung des Bezirkssoldatenrates in Detmold zugegen. VOLKS-WACHT vom 13. Dezember 1918.

war bereits Wochen zuvor eingetroffen und zahlreiche Rekruten unterstützten den örtlichen Soldatenrat:

„Empfang durch Ersatzbataillon. Am Bahnhof rote Fahne. Regiment sieht zum ersten Mal Soldatenräte, durch Armbinden kenntlich gemacht. Einmarsch mit Musik in Barby, Soldatenräte vor der Regimentsmusik! [...] Die bis zur Ankunft in Barby gewährte tadellose Disziplin des Regiments beginnt unter dem Einfluss der Leute des Ersatzbataillon, die die Revolution miterlebt und ihre Errungenschaften sich zu Eigen gemacht haben, langsam lockerer zu werden!“<sup>295</sup>

Auch die letzten Kommandeure des K.I.R. 145, Oberst Franz von Huth und Generalmajor Willy von Livonius, blickten noch Jahre später mit Widerwillen und Geringschätzung auf die Männer des Ersatzbataillons:

„Die Ersatzmannschaften konnten wirklich keinen Anspruch darauf machen, Soldaten zu sein. In der Mehrzahl waren es Jünglinge, die in den Kriegsjahren ohne väterliche Zucht aufgewachsen und meist völlig verbummelt waren. Ihre eigene Frömmlichkeit war höchstens, durch möglichst nachlässige Haltung und lüderlichen Anzug die glorreichen Errungenschaften der Revolution zum Ausdruck zu bringen.“<sup>296</sup>

Oberstleutnant Wilhelm Schniewindt, Chronist des R.I.R. 39, blieb derselben Sichtweise verhaftet und wettete gleichfalls über „verhetzte“ Ersatzmannschaften.<sup>297</sup>

Anders als unterstellt, übernahmen die Mitglieder des Soldatenrates in Oerlinghausen jedoch verantwortungsvolle Aufgaben. Dazu gehörten in den ersten Tagen und Wochen nach dem Waffenstillstand die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung sowie vornehmlich der Versorgung. Das Protokoll der Sitzung des LVSR vom 14. November 1918 vermerkt die Anwesenheit eines Vertreters des Oerlinghauser VSR, der die „Bildung lokaler Sicherheitsausschüsse, die den Gemeindebehörden zur Hand gehen“, vorschlug.<sup>298</sup> So kurz vor dem Winter galt es aber in erster Linie, die desolate Brennstofflage zu mildern. Der Oerlinghauser VSR berichtete dem LVSR:

„Eine am 19. d. Mts. [November] durchgeführte Kohlenbestandsaufnahme hat ergeben, dass der größte Teil der hies. Bevölkerung ohne Kohlen ist. Wir haben uns mit den benachbarten Amtsverwaltungen zwecks Lieferung von Holz geeinigt, um in den dringendsten Fällen helfen zu können.“<sup>299</sup>

Damit einher ging der Wunsch, dass Oerlinghausen durch den Kohlenkommissar „so schnell wie möglich“ beliefert werde. Von allen größeren Orten Lippes sei das Dorf aufgrund seiner

---

<sup>295</sup> ISENBURG, II 1923, 193.

<sup>296</sup> [WILLY] VON LIVONIUS, Demobilmachung und Auflösung, in: ISENBURG II, 1923, 198-206, hier 199 f.

<sup>297</sup> SCHNIEWINDT 1927, 194-196.

<sup>298</sup> Protokoll Nr. 4 der Sitzung des LVSR vom 14. November 1918.

<sup>299</sup> VSR Oerlinghausen an den LVSR, 21. November 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu 39, Bd. II.

bergigen Lage bei Schnee und Frost besonders benachteiligt. „Die Not ist groß“, meldete der örtliche VSR nach Detmold.<sup>300</sup> Offensichtlich arbeitete das provisorische Gremium aber erfolgreich. Das Detmolder *Volksblatt* schilderte in seiner Rückschau:

„Große Holzmengen wurden auf dem Marktplatz aufgestapelt und dann an die Bevölkerung nach und nach verteilt. So kam man über die größte Brennstoffnot des Winters hinweg“.<sup>301</sup>

Ein weiteres Problem stellte die Stromversorgung, besonders die ungenügende Beleuchtung durch die Straßenlaternen dar. Gemeindevorsteher Liekefett berichtete Anfang Dezember 1918 dem LVSR, dass diese mangelhafte Situation bereits seit zwei Jahren bestehe und das Elektrizitätswerk bei Nachfragen immer an das stellvertretende Generalkommando in Münster verwiesen habe. Jetzt sei von der Kriegsamtstelle in Düsseldorf die Genehmigung erteilt worden, von 38 Abend- und acht Marktlampen 27 verwenden zu dürfen. „Eine solche Beleuchtung muss als vollständig unzulänglich erachtet werden“, empörte sich Liekefett und bat um Abhilfe.<sup>302</sup> Der LVSR intervenierte bei der Zentralbehörde in Düsseldorf. Das Ergebnis ist nicht bekannt.



Abb. 34: Der Stempel des VSR Oerlinghausen, 1918/19.  
(LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu 39, Bd. II)

Die Lebensmittelversorgung und die Sicherung der Güterzüge waren im Dezember auch die vorrangigen Probleme, mit denen sich der Bezirks-Soldatenrat in Detmold befasste. Vertreter des Oerlinghauser Soldatenrates nahmen an dieser Sitzung teil. Die Versammlung vereinbarte eine konsequente Bewachung der Bahnhöfe und der Lebensmitteltransporte innerhalb Lippes. Aber auch die Gesamtentwicklung in Deutschland stand im Blickpunkt. Der Bezirks-Soldatenrat sprach sie sich einstimmig für die rasche Wahl einer Nationalversammlung und gegen die Einberufung des alten Reichstags aus. Die Revolution und die Demokratisierung sollten auf

<sup>300</sup> S. dazu auch Protokoll Nr. 9 der Sitzung des LVSR vom 22. November 1918.

<sup>301</sup> VOLKSBLATT vom 10. November 1928.

<sup>302</sup> Gemeindevorsteher an LVSR, 4. Dezember 1918, in: LAV NRW OWL, L 75 I 1 zu 39, Bd. II. Vgl. Protokoll Nr. 19 des LVSR vom 9. Dezember 1918.

keinen Fall durch „alte Kräfte“ blockiert werden. Die Redner reagierten ebenfalls auf einen Artikel der *Lippischen Landes-Zeitung* vom 5. Dezember, in dem sich der Verfasser an den Zeichen der Revolution im Straßenbild der Landeshauptstadt Detmold stieß und über Unordnung und Gewaltherrschaft orakelte. Die Vertreter der Soldatenräte verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich „mit der Zeit [...] Andersgesinnte auch an die roten Fahnen gewöhnen“.<sup>303</sup>

Insgesamt verlief die Revolution in Oerlinghausen weitaus geordneter, verantwortungsbewusster und zugleich unspektakulärer als Diekmann mit seiner von der NS-Ideologie geprägten kurzen Darstellung von Disziplinlosigkeit und Chaos mit „Schießerei überall im Dorf“, von Misswirtschaft durch die Vergeudung öffentlicher Mittel oder vom weit verbreiteten „Aushängen einer roten Fahne“ den Eindruck zu erwecken suchte.<sup>304</sup>

Die Verlegung des Ersatzbataillons des K.I.R. 145 zur Demobilisierung nach Barby hatte in Oerlinghausen für unvorhergesehene Folgeprobleme gesorgt. Eigentlich sollten die Soldaten noch die angelegten Schießstände, Granattrichter, Wolfskuhlen und Schützengräben einebnen und den ursprünglichen Zustand des Geländes wieder herstellen. Dazu kam es in den allgemeinen Wirren und angesichts der Witterung jedoch nicht mehr. Auch das R.I.R. 39 sah sich Anfang 1919 dazu mangels Mannschaften nicht mehr in der Lage. So blieben die Schützengräben, die sich auf einer Breite von etwa 200 Metern und einer Gesamtlänge von rund 1.800 Metern südlich des Tönsbergs durch die Heidelandschaft frästen, vorerst bestehen.<sup>305</sup> Im Mai 1919 wurden dort erste Notstandsarbeiten durchgeführt, noch immer erwies sich jedoch „eine erhebliche Fläche als gänzlich unrentabel, und zwar auf Jahre hinaus.“<sup>306</sup> Im April 1922 sorgte der Arbeiter-Turnverein teilweise für Abhilfe und pflanzte auf einem Streifen von 600 Metern Länge und vier Metern Breite mehr als 200 Birken.<sup>307</sup>

Während das Ersatzbataillon des K.I.R. 145 in Barby zur Demobilmachung eingetroffen war, lief in Oerlinghausen die Auflösung des Landsturm-Infanterie-Bataillons VII/39 und des R.I.R. 39. Am 27. Dezember 1918 kamen am „Scherenkrug“ in Asemissen 100 Arbeitspferde und am 7. Januar 1919 auf dem Marktplatz 30 Fahrzeuge und ein „arbeitsunfähiges Pferd“ zur Versteigerung.<sup>308</sup> Die letzten Akten, Karteien und Bücher wurden Anfang April abtransportiert.<sup>309</sup> Regimentsangehörige befanden sich zu jenem Zeitpunkt schon nicht mehr im Dorf. Auch die Revolution war im Januar 1919 mit den Wahlen zur Nationalversammlung, zum Landtag und zur Gemeindevertretung „abgeschlossen“.

---

<sup>303</sup> VOLKSWACHT vom 13. Dezember 1918.

<sup>304</sup> DIEKMANN 1936, 164-165.

<sup>305</sup> Gemeindevorsteher an R.I.R. 39, 20. März 1919, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 140.

<sup>306</sup> Protokoll einer Begehung des Gemeindevorstandes, 19. Mai 1919, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 147. Hingewiesen wurde darin auf weitere Schäden am Steinbült, wo das Ersatzbataillon Schießübungen absolviert und Kartoffelmieten angelegt hatte.

<sup>307</sup> VOLKSBLATT vom 22. April 1922.

<sup>308</sup> S. Anzeigen in der LTZ vom 24. Dezember 1918 und der WZ vom 3. und 4. Januar 1919.

<sup>309</sup> Für den Transport bat das Regiment beim Gemeindevorsteher um zwei Pferde, s. R.I.R. 39 an Gemeindevorsteher, 7. April 1919, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 140.

## Die frühe Nachkriegszeit

In Deutschland herrschte in den ersten Monaten nach Kriegsende eine vielschichtige Stimmung vor. Viele Menschen waren erleichtert darüber, dass das Sterben in den Schützengräben endlich beendet war. Viele setzten ihre Hoffnung in die neue Staatsform. Hunderttausende von zurückgekehrten Soldaten waren gezeichnet von schweren physischen wie psychischen Verletzungen, wieder andere desillusioniert oder gar angesichts der Waffenstillstandsbedingungen voll des Hasses auf die deutsche Verhandlungskommission und die Entente. Manchen kriegsbegeisterten konservativen und nationalistischen Kräften fiel es schwer, neben der von ihnen verleugneten militärischen Niederlage zusätzlich auch den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die politische Umwälzung in der Heimat zu erleben.

Der „große Krieg“ hatte die Gesellschaft nicht nur während seiner Dauer geprägt und erschüttert, sein Nachhall sollte es auch in den folgenden Jahren. Aus Oerlinghausen waren mehr als 90 Männer auf den Schlachtfeldern zurückgeblieben. Es gab kaum eine Familie, die nicht mindestens ein Opfer zu beklagen hatte. Die politischen Gräben, die vor dem Ersten Weltkrieg existierten, und die nach dem „August-Erlebnis“ von einem brüchigen „Burgfrieden“ notdürftig kaschiert wurden, waren in den letzten beiden Kriegsjahren bereits wieder aufgerissen. Zu Beginn des Jahres 1919 aber herrschte unabhängig von Trauer oder Resignation noch eine überwältigend große Sehnsucht nach politischer Veränderung in Oerlinghausen vor. Sie zeigte sich beeindruckend deutlich in den ersten Wahlen. Bei der Abstimmung zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stimmten im Dorf 965 Frauen und Männer für die SPD (60,4 Prozent) und 441 für die DDP (27,6 Prozent), insgesamt waren es 88,0 Prozent.<sup>310</sup> Eine Woche darauf, bei der Landtagswahl am 26. Januar 1919, votierten 940 Bürger für die SPD (64,2 Prozent) und 361 für die DDP (24,6 Prozent), insgesamt also 88,8 Prozent.<sup>311</sup>

Für eine kurze Phase hielt in Oerlinghausen ein neuer „Burgfrieden“ zwischen Sozialdemokraten und „Bürgerlichen“. Als am 2. Februar 1919 die erste Kommunalwahl anstand, existierte nur ein einziger Wahlvorschlag für den Gemeindevorstand unter der Bezeichnung „Vereinigte Wähler“. Darauf zu finden waren zwölf Kandidaten. Die ersten acht Plätze nahmen die Vertreter der SPD ein, die weiteren vier waren von früheren Links- und Nationalliberalen besetzt, die anschließend der DDP und der DVP angehörten.<sup>312</sup> Unter Einschluss der ehemaligen Nationalliberalen, in diesem Fall Carl Webers, ist davon auszugehen, dass sich weit mehr als 90 Prozent der Oerlinghauser Bevölkerung in diesem Wahlvorschlag wiederfinden konnten.

Weniger sichtbar waren anfangs diejenigen, welche die militärische Niederlage und den politischen Umbruch als Schande begriffen und die neue Republik auf das Heftigste bekämpfen soll-

---

<sup>310</sup> Vgl. LLZ vom 20. Januar 1919.

<sup>311</sup> Vgl. LLZ vom 27. Januar 1919. Das Gesamtergebnis für Lippe: SPD 50,1% und DDP 19,8%. Beide Parteien gingen eine Regierungskoalition ein.

<sup>312</sup> Kandidaten waren: Wilhelm Helmig, Heinrich Ober, August Schling, Albert Schütte, August Koch, August Blome, Karl Bracht und Karl Brinkmann (SPD); Fritz Husemann (liberal), August Gronemeier (liberal), Carl Weber (nationalliberal), Wilhelm Holzkamp (liberal). Die damalige Eintracht von Sozialdemokraten und Liberalen wurde auch sichtbar in den beiden Listen-Bevollmächtigten Albert Schütte und Wilhelm Wegescheid. Vgl. Wahlvorschlag „Vereinigte Wähler“, 28. Dezember 1918, in: LAV NRW OWL, L 109 Schötmar Nr. 750.

ten. Doch auch diese existierten, beispielsweise mit dem Lehrer Otto Seiff aus Oerlinghausen. Dessen „schwarz-weiß-rotes“ Gedicht mit der Sehnsucht nach einem „Erretter Deutschlands“ zum neuen Jahr 1919 erschien bezeichnenderweise in der deutschnationalen *Lippischen Tageszeitung*, die früh gegen die Republik und ihre Repräsentanten hetzte.

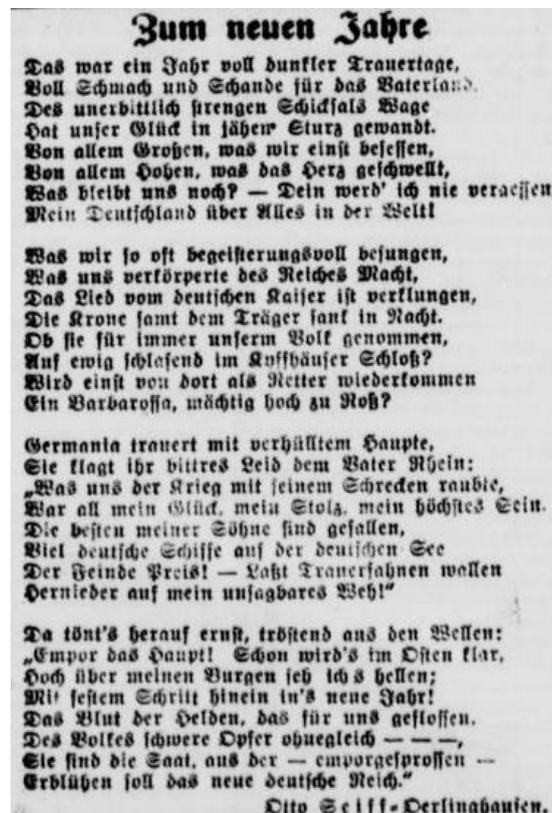


Abb. 35: Sehnsucht nach „Wiedergeburt“ Deutschlands und Revanche: Gedicht des Oerlinghauser Lehrers Otto Seiff<sup>313</sup>.  
(LTZ vom 31. Dezember 1918)

Alte Gräben und Konflikte sollten bereits in den frühen Jahren der Weimarer Republik wieder aufbrechen, dieses mitunter tiefer und radikaler als zuvor.

<sup>313</sup> Otto Seiff (1865-1944) verfasste bereits vor dem Ersten Weltkrieg pathetische Gedichte. Vgl. LLZ vom 31. Dezember 1912. In den 1920er Jahren war er zeitweise als Schulleiter in Leopoldshöhe tätig.

## Anlage 1

### Ergebnisse der Reichstagswahlen (Wahlbezirk Lippe) in Oerlinghausen 1871 – 1912

(zusammengestellt aus den Übersichten der lippischen Presse sowie PETER STEINBACH, Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1867-1916, Passau 1991)

Jahr	Konservativ	Nationalliberal	Fortschritt	LVP/ FVP	Sozialdem.	Sonstige <sup>xx</sup>
03.03.1871	5	16	218			
10.01.1874		37	153			
10.01.1877		32	215			
11.04.1878 <sup>314</sup>		22	140			
30.07.1878		37	148			
27.10.1881	2	9	119		39	
28.10.1884	7		181			
21.02.1887	3	129	152		59	
03.03.1887 (S)		124	230			
20.02.1890	1	62	126		151	
15.06.1893	65		77		91	
16.06.1898 <sup>315</sup>	11	59	57		134	4 <sup>316</sup>
24.06.1898 (S)	31		234			
16.06.1903	14		87	21	182	
27.06.1903 (S)			130		180	
25.01.1907	16		195	53	259	
05.02.1907 (S)	80			354		
12.01.1912	36			187	333	
20.01.1912 (S)				199	337	

(S) = Stichwahl.

<sup>314</sup> Ersatzwahl für den verstorbenen fortschrittlichen Abgeordneten Franz Hausmann (1816-1877) aus Horn.

<sup>315</sup> Die Daten sind bei Steinbach teilweise nicht korrekt wiedergegeben. Vgl. STEINBACH 1991, 355 f.

<sup>316</sup> Stimmen für den Kandidaten der Antisemiten (Liebermann von Sonnenberg).

## Anlage 2

### Stimmen bei Wahlen zu Landtag und Reichstag in Oerlinghausen 1871 – 1913

Bei den Reichstagswahlen (R) galt das gleiche Wahlrecht, bei den Landtagswahlen (L) ab 1876 das Dreiklassenwahlrecht. Zur Vergleichbarkeit wurden bei den Landtagswahlen die Ergebnisse der 2. und 3. Klasse addiert. Die Ergebnisse der 1. Klasse sind aufgrund nicht veröffentlichter Daten und des niedrigen Anteils in Oerlinghausen (kleiner 10) nicht eingeflossen.

Wahl	Konservative	Nationalliberale	Liberales	Sozialdemokraten	Sonstige
1871 (R)	5	16	218		
1874 (R)		37	153		
1876 (L) <sup>317</sup>	3	4	94	-	-
1877 (R)		32	215		
1880 (L)	0	-	83	-	6
1881 (R)	2	9	119	39	
1884 (L) <sup>318</sup>	0	-	141	-	-
1884 (R)	7	-	181	[39]	
1887 (R)	3	129	152	59	
1888 (L)	4	-	148	-	-
1890 (R)	1	62	126	151	
1892 (L)	10	-	62	76	-
1893 (R)	65	-	77	91	
1896 (L)	1	-	119	116	2 <sup>319</sup>
1898 (R)	11	59	57	134	4 <sup>320</sup>
1900 (L)	2	-	131 <sup>321</sup>	169	1 <sup>322</sup>
1903 (R)	14	-	108 <sup>323</sup>	182	
1904 (L)	0	-	59	165	18 <sup>324</sup>
1907 (R)	16	-	248 <sup>325</sup>	259	
1908 (L)	12	-	160	198	-
1912 (R)	36	-	187	333	
1913 (L)	14	-	190 <sup>326</sup>	321	-

<sup>317</sup> Keine Angaben zum Ergebnis der 2. Klasse. Es existiert nur ein gemeinsames Ergebnis von Oerlinghausen und Senne. Letzteres dürfte aufgrund der geringen Wählerzahl nur bedingt ins Gewicht fallen.

<sup>318</sup> Keine Angaben zum Ergebnis der 2. Klasse.

<sup>319</sup> Der Freisinnige Zimmermeister Brink aus Leopoldshöhe, somit Doppelkandidatur der Freisinnigen.

<sup>320</sup> Stimmen für den Antisemiten Liebermann von Sonnenberg.

<sup>321</sup> Zwei freisinnige Kandidaten in der 3. Klasse: Maurermeister August Richter, der von Oerlinghausen nach Salzuflen verzogen war und dessen Kandidatur bei den Oerlinghauser Freisinnigen abgelehnt wurde. Richter erhielt 4 Stimmen, sein Kontrahent, der Zimmermeister Reuter 87 Stimmen.

<sup>322</sup> Der Kandidat der Sozial-Liberalen, der Geschäftsführer Gustav Ellerkamp aus Lage.

<sup>323</sup> Fortschritt 87, Sozialliberal 21 Stimmen.

<sup>324</sup> Der Kandidat der Sozial-Liberalen, der Geschäftsführer Gustav Ellerkamp aus Lage.

<sup>325</sup> Fortschritt 195, Sozialliberal 53 Stimmen.

<sup>326</sup> Nun die fusionierte liberale Partei unter Adolf Neumann-Hofer.

# Die jüdische Familie Examus in Detmold

von Joachim Kleinmanns

Wann genau Isaak Alexander, geboren um 1706 und gestorben 1791, nach Heiligenkirchen gekommen war, wusste er 1765 selbst nicht mehr zu sagen. Ein Schutzgeld hatte er nie bezahlt und daher auch kein Geleit. Ein Geleit oder Geleitbrief bildete die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt von Juden in Lippe. Es gewährte Aufenthalts- und Wohnrecht in einem bestimmten Ort und sicherte landesherrlichen Schutz zu. Meist musste dieser Geleitbrief teuer erkauft werden. Nach Mitte des 18. Jahrhunderts schwankte der Betrag zwischen 33 und 300 Reichstalern.<sup>1</sup> Hinzu kam eine jährlich zu entrichtende Gebühr. Erst mit der Emanzipation im 19. Jahrhundert, in Lippe 1858, wurde der Geleitbrief überflüssig.<sup>2</sup>

Da Isaak Alexander keinen Geleitbrief besaß, wurde er zum 1. November 1765 morgens 9 Uhr auf die Regierungskanzlei bestellt. Dort gab er, so das Protokoll, an:

„Er habe sich dahier im Lande und zwar zu Heiligenkirchen 20 bis 21 Jahre theils auf Peters Hof, theils auf Wellners Hofe und anjetzo bey den Watermeyer aufgehalten, mit seiner Frau und Kinder wovon der eine Sohn bey dem Juden Raphael dienete.“<sup>3</sup>

Einen Geleitbrief habe er nicht,

„der verstorbene Amtsvogt Meyer wobey er ab und zu gegangen [...] hätte ihn so frey gehen laßen und keinen Geleits-Brief von ihm gefordert. Er habe sich sonst die ganze Zeit so aufgeführt, daß keiner über ihn klagen konte auch die bauren oft im Pferdthandel einen Gefallen gethan.“<sup>4</sup>

Dass der frühere Amtsvogt Meyer sich um Isaak Alexanders Geleit nicht gekümmert habe, stimmt nicht ganz. Denn zumindest einmal, am 12. Dezember 1748, hatte dieser sich an den Kammerrat Culemann in Detmold gewandt und berichtet,

---

<sup>1</sup> DINA VAN FAASSEN, Juden in Lippe bis zur Emanzipation im 19. Jahrhundert, in: ANDREAS LANGE/LENA KRULL/JÜRGEN SCHEFFLER (Hg.), Glaube, Recht und Freiheit. Lutheraner und Reformierte in Lippe, Bielefeld 2017, 281-297, hier 287, mit Darstellung des Geleitbrief-Inhalts.

<sup>2</sup> In Lippe 1858, in Preußen bereits 1812 mit dem „Edikt betreffend der bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate“, dieses stufte die in Preußen lebende jüdische Bevölkerung juristisch nicht mehr als „Fremde“ ein und machte sie von vormaligen „Schutzjuden“ zu Staatsbürgern. 1849 durch die Paulskirchen-Verfassung als Grundrecht anerkannt, nur Bayern und Lippe entzogen sich damals, doch gab es auch in den anderen Ländern durch die Reaktion Rückschläge.

<sup>3</sup> Peter war das Kolonat Heiligenkirchen Nr. 11, Wellner Nr. 9 und Watermeier Nr. 2.

<sup>4</sup> LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 77 A Nr. 5405, fol. 114.

„daß sich ein Jude namens Isaac Alexander bey den hiesigen Schutzjuden Ruben zu Heyligenkirchen aufhält, auch willens ist seines Vor[ha]bend nach diesen winter sich bey ihn aufzuhalten, da aber derselbe mit keinen Schutz Briff Versehen ist, und nach erhaltene edicte schuldig bin anzuzeigen, alß erwarte fernere ordre wie man sich mit obgedachten Juden zu Verhalten hatt, der ich nebst schönster empfehlung Verharre.“<sup>5</sup>

Schon am folgenden Tag erhielt Meyer die Anweisung, „so wohl den frembden juden, alß auch den biß hirhin ohne geleite sich daselbst auffhaltenden juden Ruben anzudeuten“, dass sie bei Androhung von Strafe ihre Bleibe sofort zu räumen hätten. Dies scheint aber, wenn überhaupt, nur vorübergehend geschehen zu sein.

Der Amtsvogt muss in der Folge Isaak Alexanders Aufenthalt in Heiligenkirchen über viele Jahre toleriert haben, wie derselbe bei der Vorladung angegeben hatte. Als Isaac Alexander sich 1765 um einen legalen Aufenthalt bemühte,

„wolte er sich der hohen Obrigkeit unterwerffen, wann er etwan vor seine übrige Lebens-Zeit einiges Schutz-Geld erlegen solte, wobey er unterthänig gebeten haben wolte, solches dergestalt an Zu setzen, daß er sein Unvermögen und Armuth ertragen könnte.“<sup>6</sup>

Auf die Frage der Beamten „Womit er denn bishero sein Handel und wandel getrieben?“ gab Isaak Alexander an: „Er habe zuweilen mit Vieh gehandelt und auch wohl geschlachtet und wie er schon ausgesagt denen Bauren Pferde handeln helffen.“

Die Regierung entschied eine Woche später, ihm gegen die Zahlung von 10 Pistolen<sup>7</sup> (50 Reichstalern) und des üblichen Schutzgeldes den weiteren Aufenthalt zu gestatten. Diese Resolution wurde auch nicht durch das denkbar schlechte Zeugnis revidiert, welches der Detmolder Amtmann Lucanus wenig später, am 6. Dezember, ausstellte:

„daß der Jude Isaac zu Heyligenkirchen mit keinen schutz und geleite ver-  
sehen, sich dennoch offermahlen erfrechet Verschiedene Eigenbehörige  
Unterthanen mit nichts tauglichen Pferdten anzuführen, und dardurch gesucht  
dieselbe um das ihrige zu bringen, worzu noch kombt, das er den Plugstert in  
Neuenhagen 59 rt, Sölter in der Mosebeck 18 rt und Hentzen in Veldrohm ein  
pferdt mit dem Fohlen verkaufft und schuldig verblieben, daß also die drey  
sich nicht zu erfreuen haben ihro lebe den geringsten Heller zu erhalten weilen

---

<sup>5</sup> LAV NRW OWL, L 63 Nr. 53: Vogtey Falckenberg, Varia, unfol. (12. Dezember 1748).

<sup>6</sup> LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 5405, fol. 115.

<sup>7</sup> Die Pistole war ursprünglich eine spanische Goldmünze, wohl von span. Pistola (= Münzplättchen). In Deutschland bezeichnete man im 18. und frühen 19. Jh. Goldmünzen im Wert von fünf Reichstalern als Pistole. Üblich waren auch synonym gebrauchte Begriffe wie Friedrich d'or (1741 bis 1855 geprägte preußische Goldmünze) oder Louis d'or (französische Goldmünze).

der Jude nichts hat und dennoch täglich sucht die haußleuthe auf allerley arth und weiße zu betriegen welchen übel vorgebeuget werden muß [...].“<sup>8</sup>

Da Lucanus' Anschuldigungen bei der Regierung offenbar kein Gehör fanden und auch nicht durch andere Dokumente gestützt werden, ist ihr Wahrheitsgehalt zumindest zweifelhaft.

Die Lage Isaak Alexanders und seiner Familie blieb allerdings ungeklärt. Die Summe von 10 Pistolen überstieg die Möglichkeiten der Familie bei weitem. Da er nicht zahlen konnte, sollte er 1769 erneut ausgewiesen werden. Auf sein Gesuch wurde ihm Aufschub bis Ostern 1770 gewährt. Die Volkszählungen von 1769 und 1776 verzeichnen ihn mit Familie als Einlieger auf dem Hof Watermeier, Heiligenkirchen Nr. 2.<sup>9</sup> Der Fortgang ist ungewiss, doch war 1792 die Rede davon, dass er bezahlt hatte.<sup>10</sup> Der damals aufgelistete Besitz der Witwe Fratchen dokumentiert die bescheidenen Vermögensverhältnisse. 5 Zinnschüsseln, 12 Teller, 2 kleine Kupferkessel, 4 Eisentöpfe, ganz schlechte Betten und etwas hölzerne Gerätschaften wurden auf höchstens 20–25 rt eingeschätzt.<sup>11</sup> 1792 bat die Witwe um das Geleit für ihren 46 Jahre alten Sohn Alexander Isaak, welcher 1791 die Tochter des Levi David [Ries] aus Heidenoldendorf geschwängert hatte. Da er die 10 Pistolen nicht zahlen konnte, wurde ihm ausnahmsweise eine Aufenthaltskonzession gegen 8 Reichstaler, jährlich im Voraus zu zahlen, erteilt. Doch schon 1794 konnte Alexander Isaak diesen Betrag nicht mehr aufbringen, er war insolvent. Untervogt Brönker taxierte sein Vermögen auf 4 Reichstaler und 2 Groschen. Es bestand aus:

„1 Einen braunen mans Rock 27 gr  
2 Spiegel 6 [gr]  
3 mißingern Käßel [Messingkessel] 7 [gr]  
4 Ein Döße 4 [gr]  
5 Klein altes Schranken 6 [gr]  
6 Kleinen alten Kasten 6 [gr]  
Schaffes lampen 1 rt  
7 Zwei Toppe 30 [gr]  
8 Die ganzen alten Betten höchten 24 [gr].“

Da ihm die 8 Taler sehr schwerfielen, wurde ihm eine Ratenzahlung von 24 Mariengroschen monatlich gestattet. Er starb um 1803 sehr arm und hinterließ eine Witwe mit sieben Kindern, die bis 1818 dem Staat zur Last fielen.

---

<sup>8</sup> LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 5405, fol. 117.

<sup>9</sup> 1769: Einlieger Jude Isaac mit Frau, 1 Sohn über 10 Jahre, kein Vieh; als zweiter Einlieger ist der Jude Levi verzeichnet mit Frau, 1 Sohn unter 10 Jahre, 2 Verwandten und 1 Ziege (LAV NRW OWL, L 92 Z Nr. 1450); 1776: Jude Isaac mit Frau und Sohn über 14, 1 männl. Verwandter unter 14 Jahren. Als zweiter Einlieger der Jude Geim mit 1 weibl. Verwandten (LAV NRW OWL, L 92 Z Nr. 1448).

<sup>10</sup> LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 5405, fol. 132.

<sup>11</sup> EBD., fol. 132.

Im Januar 1810 waren die Juden aufgefordert, einen Familiennamen anzunehmen. Die „Witwe des extraord. Schutzjuden Alexander Isaac, Fratchen“ wählte den Namen Exames.<sup>12</sup>

1818 war der älteste Sohn Isaak Exames (geb. 1792) erwachsen. Er suchte unter dem Versprechen, seine Mutter und kleineren Geschwister zu ernähren, als Schutz- oder tolerierter Jude in Heiligenkirchen aufgenommen zu werden. Unter den Geschwistern war auch der Bruder Süskind mit verwachsenen Beinen und einem Klumpfuß. Trotz Fürsprache in Amt und Bauerschaft zog die Regierung den Fall mit immer neuen Auflagen bis 1825. Keinesfalls war Isaak Exames ein „jüdisches Gewerbe“ gestattet. Darunter verstand die Regierung das Schlachten und Schachern. 1821 bis 1823 hatte er deshalb in der Möllerschen Stätte das Pottaschebrennen gewerblich ausgeübt. Da er hierin im ganzen Amt keinerlei Konkurrenz hatte, muss er ein kleines Vermögen damit erwirtschaftet haben, denn er kaufte 1829 für 520 Reichstaler die Stätte Nr. 24.<sup>13</sup>



Abb. 1: Haus Exames, Heiligenkirchen Nr. 24, Ansicht von Nordosten (vor dem Kirchturm), vor 1895.  
(Archiv Heimatverein Heiligenkirchen)

Gegen eine Kautio von 200 Reichstalern, die als Grundschuld darauf eingetragen wurden, hatte er Ende 1825 endlich die Konzession zum Aufenthalt erworben. Anschließend muss er geheiratet haben, 1828 findet sich der Hinweis auf eine Geburt.<sup>14</sup> 1837 sollte die Kautio durch Zwangsversteigerung des Hauses eingezogen werden, da Exames sein Gewerbe der Pottasche-

<sup>12</sup> Verzeichniß der von den Juden im Fürstenthume Lippe gewählten Familien-Nahmen, in: FÜRSTLICH LIPPISCHES INTELLIGENZBLATT vom 21. April 1810.

<sup>13</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold Fach 30 Nr. 8 Bd. II, 19: Verkauf der Straßenkötterstätte Maurermeister Bastian Nr. 24 an Kolon Rennemann Nr. 18 in Berlebeck inkl. 2 Kirchenstände für 500 rt, und von letzterem an den Juden Isaac Exames, 1829. Bastian hatte hohe Schulden von 450 rt (300 rt Zuchtmeister Grabbe, 150 rt Kolon Benkelberg im Stemberg). Der Käufer, Kolon Rennemann Nr. 18 in Berlebeck, übernahm die Schulden und zahlte den Rest von 50 rt sogleich bar. Im darauffolgenden Jahr wurde das Kolonat zu 350 rt taxiert. Rennemann gnt. Bastian nahm 250 rt Kredit auf zur Bezahlung der Kaufsumme von 500 rt, 11. September 1826. Offenbar hatte er sich damit übernommen, denn schon am 4. August 1829 verkaufte er an den Juden Isaak Exames in Heiligenkirchen mit geringem Gewinn für 520 rt.

<sup>14</sup> LAV NRW OWL, L 77 A Nrt. 5405 fol. 215. Der Kirchenbucheintrag erfolgte allerdings nicht in Heiligenkirchen. Auch die Kopulation des Isaak Exames ist nicht im Heiligenkirchener Kirchenbuch vermerkt.

siederei nicht mehr ausübte und somit gegen die Auflagen verstoßen hatte. Durch Fürsprecher in der Amtsverwaltung Detmold und in der Bauerschaft konnte die Geldstrafe in einen sechswöchigen Arrest im Strafwerkhaus umgewandelt werden.

1840 suchte Exames nach einem neuen Lebensunterhalt und bot mit, als Heinrich Wendt seinen Nebenkrug in Heiligenkirchen in meistbietender Pachtversteigerung ab Ostern ausschrieb. Sein Eingangsgebot von 63 Talern steigerte er im Lauf des Termins zwar auf 93 Taler, das Höchstgebot gab aber Krüger Karl Blume aus Lemgo mit 107 Talern ab.<sup>15</sup> 1842 suchte auch der Bruder Süskind (geb. um 1805) um eine Konzession und Heiratserlaubnis nach, was ihm aber verweigert wurde.



Abb. 2: Inserat der Viehhandlung S. Examus.  
(Lippische Landes-Zeitung vom 12. September 1889)

Mit Isaaks Sohn Simon wandelte sich die Namens-Schreibweise von Exames in Examus. Simon war am 12. Mai 1834 geboren und spätestens seit 1859 als Viehhändler tätig (Abb. 2). Vier Jahre zuvor hatte er einen Vertrag mit dem verarmten Braker Juden Salomon Katz über die Versorgung seines oben erwähnten Onkels Süskind abgeschlossen.<sup>16</sup> Katz klagte wegen unzureichender Vergütung, was jedoch abgewiesen wurde. Simon war verheiratet mit Bertha Blank (geb. 14. April 1842). Sie brachte zwischen 1861 und 1885 neun Kinder zur Welt.<sup>17</sup> Eine Tochter, Franziska, geboren am 19. Januar 1881, verstarb bereits am 2. September 1881.<sup>18</sup>

Der Viehhändler Simon Examus wurde drei Mal, als Beklagter und als Kläger, aktenkundig. 1862 fühlte sich der Detmolder Schmied Sewing beim Tauschhandel zweier Kühe übervorteilt,

<sup>15</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold Fach 30 Nr. 8 Bd. III, 30: Verpachtung des Wendtschen Nebenkruges zu Heiligenkirchen, 1839. Wendt gab sich mit diesem Angebot jedoch nicht zufrieden. Verpachtet wurde dann ohne Versteigerungstermin an Christian Niemann aus Lage für 101 Taler jährlich zuzüglich 24 Taler Weinkauf und 200 statt 100 Taler Kautions für sechs Jahre, von Ostern 1840 bis Ostern 1846.

<sup>16</sup> LAV NRW OWL, L 83 B Nr. K 741: Drechsler Salomon Katz in Brake gegen Handelsmann S. Exams [sic] in Heiligenkirchen, 1859.

<sup>17</sup> Julius (geb. 22. September 1861), Gustav (geb. 23. Januar 1864), Albert (geb. 7. Juni 1866), Selma (geb. 27. Februar 1869), Bertha (geb. 16. August 1874), Martha Marianne (geb. 10. April 1875), Rosa (geb. 11. Januar 1877, 17. Juli 1906), David (geb. 6. Juni 1878) und Else (geb. 5. Februar 1885). Julius verlobte sich in Witten/Ruhr mit Betty Klein, s. Anzeige in: LIPPISCHES VOLKSBLATT vom 31. Dezember 1887.

<sup>18</sup> Todesanzeige in LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 3. September 1881.

konnte aber keinen Nachweis erbringen.<sup>19</sup> 1877 klagte der Rentner Karl Ludwig Deetgen, weil die ihm im Mai verkaufte sechsjährige schwarzbunte Kuh Ende August durch Verschlucken einer abgebrochenen Stricknadel erkrankt war. Examus' Widerspruch wurde 1879 abgewiesen.<sup>20</sup> Im Verfahren des Ziegelmeisters H. Schäfer in Reelkirchen wegen Examus' Priorität im Konkurs des Moses Meyer in Reelkirchen konnte Examus sich 1880 durchsetzen.<sup>21</sup>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie hatten sich erheblich gebessert. 1864 konnte Examus sogar 100 Taler zum üblichen Zinssatz von 4 Prozent an den Kolon Wellner, Heiligenkirchen Nr. 9, verleihen, der bei über 20 Gläubigern Schulden hatte.<sup>22</sup> 1870 verkaufte er seinen mit 200 Talern belasteten Gemeinheitsnutzen an der Hude für ein Rind an Köllermeier Nr. 3.<sup>23</sup> Vier Jahre später erwarb er bei der Teilung des Kolonats von Konrad Köster Nr. 15 den Garten beim Krug zu 5 Metzen und Land „im Südloh“ in der Größe von 2 Scheffelsaat und 1 Metze<sup>24</sup> für 700 Mark. Das Wohnhaus, den Garten beim Haus und Länderei im Sieke hatte Einlieger Simon Plöger für 1200 Mark erstanden.<sup>25</sup> Nach dem Tod ihres Vaters Isaak veräußerten die Erben das Land im Südloh 1875 für 810 Mark an Köllermeier, Heiligenkirchen Nr. 3. Für die minderjährigen Kinder Julius, Gustav, Albert und Selma erschienen ihre Vormünder, der Detmolder Kaufmann Levi Heinemann und Kaufmann Eli Blank aus Vollensen.<sup>26</sup>

Im Jahr darauf, 1876, kam es zum Verkauf der Stätte Nr. 24. Simon und seine minderjährigen Geschwister unter ihrem Vormund Levi Heinemann ließen die Stätte teilen und zogen nach Detmold. Das Wohnhaus, der Garten beim Haus (3,75 Quadratruten) und ein Teil des Hofraums (1 Metze 4,35 Quadratruten) gingen für 3.000 Mark an den Handelsmann Heinrich Benkelberg in Heiligenkirchen. Die auf dem Hofraum befindliche Scheune (an anderer Stelle das Viehhaus genannt), der Rest des Hofraums zu 6,94 Quadratruten und der Garten bei der Brede unterm Wege (3 Metzen) erwarb der Einlieger Friedrich Krüger für 2.700 Mark. Er bildete damit die Stätte Nr. 64. Verkauft wurde alles mit dem Wohnhaus Verbundene außer dem Ofen in der Wohnstube, der Kochmaschine in der Küche und einer Winde auf dem Flur, ferner der Krippen in der Scheune und der Waschmaschine daselbst. Der erst 1874 vom Kolonat Nr. 15 zugekaufte Garten beim Kruge wurde 1876 an Wendt Nr. 23 verkauft.<sup>27</sup> Schon 1877 veräußerte Benkelberg die Stätte Nr. 24 weiter an Kaufmann Abraham Sondermann in Horn, vom welchem sie 1885 übergang an den Handelsmann Heinrich Buerkämper.

---

<sup>19</sup> LAV NRW OWL, L 83 B Nr. E 179: S. Exames zu Heiligenkirchen, Kläger, gegen Schmidt Sewing in Detmold, Tauschhandel, 1862.

<sup>20</sup> LAV NRW OWL, L 83 B Nr. E 239: Viehhändler Examus in Detmold, Verklagter, gegen Rentner K. L. Deetjen zu Heiligenkirchen, Forderung aus einem Kuhhandel, 1878. Deetjen oder Deetgen bewohnte die 1876 im Salbuch aus der Bauerschaft Hiddesen nach Heiligenkirchen übertragenen Villa Waldfrieden (Friedenstal 8).

<sup>21</sup> LAV NRW OWL, L 83 B Nr. S 1700: Ziegelmeister H. Schäfer in Reelkirchen gegen Viehhändler Examus in Detmold wegen Priorität im Konkurs des Moses Meyer in Reelkirchen, 1880.

<sup>22</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold, Fach 30 Nr. 8, Band V, 78 und Anhang dazu: Verkauf Wellner Nr. 9.

<sup>23</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold Fach 30 Nr. 8 Bd. V Nr. 76.

<sup>24</sup> 1 Scheffelsaat entspricht 8 Metzen bzw. 80 Quadratruten, im metrischen System 1.716,588 m<sup>2</sup>.

<sup>25</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold, Nr. Fach 30 Nr. 8, Band VI, 90.

<sup>26</sup> LAV NRW OWL, L 108 Detmold, Nr. Fach 30 Nr. 8, Band VI, 99.

<sup>27</sup> LAV NRW OWL, L 101 C I Nr. 55: Salbuch der ehem. Vogtei Falkenberg von 1854, Bd. 1, 1854–1889 (1769).



Abb. 3: Inserat zur Geschäftseröffnung der Getreidehandlung Gustav Examus, 1888. (Lippische Landes-Zeitung vom 6. August 1888)

Die Adressbücher 1884 und 1887 führen die Familie Examus in dem 1875 erbauten Haus Mühlenstraße 8 (Ecke Bismarckstraße). Dort sind 1891 außer Simon auch die Söhne zu finden, der Getreide- und Maschinenhändler Gustav sowie der Viehhändler Albert. Während Simon dort wohnen blieb, zog Gustav in die Weinbergstraße 4 und am 1. April 1894 in die Orbker Straße 3,<sup>28</sup> wo er vier Jahrzehnte seine Getreidehandlung in einem vierstöckigen Lagergebäude betrieb.



Abb. 4: Getreidehandlung Gustav Examus, ab 1935 Diekötter & Raulfs, Industriestraße 3 in Detmold, (Foto: Joachim Kleinmanns, 2022)

<sup>28</sup> Jetzt: Industriestraße 3.

1895 erwarb er dort einen weiteren Bauplatz neben seinem Gebäude.<sup>29</sup> Im selben Jahr erteilte er seiner Frau Franziska (geb. Stein) Prokura.<sup>30</sup> 1900 eröffnete er einen Zweigbetrieb in Blomberg, der allerdings 1901 schon wieder aufgegeben wurde.<sup>31</sup>

Albert, der 1894 nicht im Adressbuch zu finden ist, wird 1897 wieder in der Mühlenstraße erwähnt, nun jedoch in der Nr. 22,<sup>32</sup> 1904 in der Hermannstraße 61, 1907 in der Hermannstraße 57,<sup>33</sup> immer noch als Viehhändler. Er war von 1922 bis zur Auflösung am 28. Mai 1933 Vorstandsmitglied des Viehhändlervereins für das Land Lippe.<sup>34</sup>

Alberts Vater Simon lebt nach wie vor in der Mühlenstraße 8 (seit 1907, seinem Sterbejahr, trägt das Haus aufgrund verdichteter Bebauung in der Mühlenstraße die Nummer 12). Alberts jüngerer Bruder David wird als Kaufmann in der Mühlenstraße 21 geführt.<sup>35</sup> Am 9. Juli 1907 trat er als Kompagnon in die Getreidehandlung seines Bruders Gustavs ein.<sup>36</sup> In der Mühlenstraße 12 lebte Simons Tochter Selma 1909 allein, die Eltern waren verstorben. 1912 hat sich wenig verändert. David ist in die Bahnhofstraße 2 (Fa. Sinalco) umgezogen, Selma in die Emilienstraße 31 gegenüber der Kaserne, wo auch die ledige Schwester Else (geb. 5. Februar 1885) gemeldet war. Else zog nach ihrer Heirat am 2. Januar 1914 mit Julius Wertheim fort.<sup>37</sup> David verließ 1924 das Unternehmen seines Bruders Gustav und gründete einen eigenen Getreidehandel, in den wenige Wochen später Paul Eickelmann als Gesellschafter eintrat.<sup>38</sup> Das Geschäft befand sich in der Wotanstraße 2, einer Mühle von 1799.<sup>39</sup> Sein Wohnsitz war nach wie vor die Bahnhofstraße 4.

Sein Bruder Gustav war geschäftlich so erfolgreich, dass er seit 26. November 1926 einen Opel-PKW fuhr.<sup>40</sup> 1931 wurde die Getreidehandlung von einem Einbrecher heimgesucht. Gestohlen wurden „ein gefütterter lederner Automantel, eine Damenstrickweste, ein Photoapparat mit Stahlstativ 9 mal 12, Marke Wertheim, ein silberner gehämmerter Becher.“<sup>41</sup>

---

<sup>29</sup> LIPPISCHES VOLKSBLATT vom 8. April und 1. Mai 1895.

<sup>30</sup> AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 3. Juli 1895. Die Eintragung war am 28. Juni 1895 erfolgt.

<sup>31</sup> AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 16. Mai 1900 (Eintragung) und 3. Juli 1901 (Löschung).

<sup>32</sup> Hier hatte er 1889 einen Bauplatz erwerben können. S. LIPPISCHES VOLKSBLATT vom 3. Oktober 1889.

<sup>33</sup> 1877 erbaut.

<sup>34</sup> LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4846.

<sup>35</sup> Das war er dem Detmolder Gedenkbuch zufolge bereits 1907 geworden, vgl. <https://gedenkbuch-detmold.de/index.php/gedenkbuch/72-die-opfer-in-alphabetischer-reihenfolge/biographien/e-biographien/224-examus-david> (Aufruf: 15. April 2023).

<sup>36</sup> AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 20. Juli 1907.

<sup>37</sup> 1931 wohnt sie in der Bismarckstraße 21, 1936 in der Emilienstraße 26 bei Reineke, am 5. Oktober 1939 ist sie mit Familie nach Köln abgemeldet, am 21. Oktober 1939 wieder in Detmold, nun in der Paulinenstraße 6 bei Meyer. Vgl. <https://gedenkbuch-detmold.de/index.php/gedenkbuch/158-die-opfer-in-alphabetischer-reihenfolge/biographien/w-biographien/511-wertheim-else-geb-examus> (Aufruf: 15. April 2023).

<sup>38</sup> STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 16. Juli und 18. Oktober 1924.

<sup>39</sup> 1965 abgebrochen, 1970 neu bebaut mit einem Fernmeldeamt der Deutschen Bundespost (aktuell befindet sich hier der Sitz des Vereins für Rehabilitation Schlangen Lippe e. V.).

<sup>40</sup> STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 27. Februar 1929.

<sup>41</sup> VOLKSBLATT vom 24. Januar 1931.

## Nationalsozialismus

Bereits am 1. Februar 1933 wurden bei Gustav Examus Fensterscheiben eingeworfen.<sup>42</sup> Am 1. Juli 1933 traten Hans und Fritz Examus als Gesellschafter in die Getreidehandlung ihres Vaters Gustav ein.<sup>43</sup> Im September 1933 beschwerte sich der Deutsche Arbeitgeberverband bei NSDAP-Gaukommissar Steinecke, dass selbst noch Parteigenossen Geschäfte mit Examus in Detmold machten.<sup>44</sup> 1934 wurde Examus der Getreidehandel verboten, worüber er sich zunächst hinwegsetzte.<sup>45</sup> Am 26. September 1934 klagte der Detmolder Kreisleiter Adolf Wedderwille beim Gauleiter Dr. Alfred Meyer über Examus, dem der Verkauf von Saatgetreide von der Kreisbauernschaft untersagt, von der Gaubauernschaft jedoch wieder erlaubt worden war:

„Ich bitte Sie daher, Herr Gauleiter, Ihren ganzen Einfluss dahin geltend zu machen, den Juden endgültig von deutschen Bauernhöfen fernzuhalten“.<sup>46</sup>

Verschiedene Anschuldigungen gegen Bauern, die noch bei Examus kauften, sind bekannt: Am 12. Juli 1935 wandte sich der NSDAP-Kreisleiter an den Bauern und Parteigenossen Meier in Hakedahl, dieser möge zu dem Vorwurf Stellung nehmen, er habe beim Juden Gustav Examus Kunstdünger bezogen und einen Arbeiter von Examus auf einem seiner Gespanne fahren lassen. Am 27. Juli forderte er den Bauern Senke in Lieme auf, wegen dessen Getreidehandel mit dem Juden Examus vorzusprechen. Senke versicherte, „schon seit langer Zeit“ kein Getreide mehr von Examus gekauft zu haben und versicherte, auch in Zukunft nicht mehr mit Juden zu handeln. Am 14. August kam es zu einem Menschenauflauf und erneut zum Einwerfen von Fensterscheiben.<sup>47</sup>

Am 15. August 1935 wurde Bauer Berghahn in Bremke denunziert, bei Examus Rübsamen gekauft und auf Vorhaltungen geantwortet zu haben:

„Die Juden sind doch genau so gute Menschen wie wir“.<sup>48</sup>

Fünf Tage später prangerte die *Lippische Staatszeitung* ihn an.<sup>49</sup> Vorhergegangen war ein Liebesverhältnis Berghahns 27jähriger Tochter Elli zu Gustavs Sohn Hans. Am 12. August 1935 war Hans wegen „Rassenschande mit einer Deutschblütigen“ durch die Gestapo Detmold vernommen worden. Er hatte erklärt, dass er „in Zukunft Liebesverhältnisse mit arischen Frauen nicht mehr unterhalten werde“. Elli Berghahn war am selben Tag vernommen worden und hatte ausgesagt, dass sie gemeinsam ihr Verhältnis vor mehreren Monaten „aus rassistischen Gründen“

---

<sup>42</sup> LAV NRW OWL, D 2 C Detmold Nr. 104.

<sup>43</sup> STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 24. Februar 1934.

<sup>44</sup> LAV NRW OWL, L 80 L Nr. 51, 28. September 1933; gleichlautend: L 113 Nr. 463, fol. 3.

<sup>45</sup> LAV NRW OWL, L 113 Nr. 463: Antisemitismus gegenüber Einwohnern des Kreises Detmold Laufzeit: (1919) 1933-1938, fol. 12-22.

<sup>46</sup> EBD., fol. 12.

<sup>47</sup> LAV NRW OWL, D 2 C Detmold Nr. 106.

<sup>48</sup> LAV NRW OWL, L 113 Nr. 471. Lemgoer Kreisleiter Prüßner an Lippische Staatszeitung, 15. August 1935.

<sup>49</sup> LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 20. August 1935 (unter der Rubrik ‚Aus den Ortsbauerschaften‘ zu Oettern-Bremke, „Ein artvergessener Bauer“).

gelöst hätten. Auf besondere Nachfrage versicherte sie: „Geschlechtsverkehr in sadistischem oder ähnlichem Sinne oder überhaupt in unnormaler Weise ist nicht vorgekommen“.<sup>50</sup> Die Aussagen gingen an den Lemgoer Kreisleiter August Prüssner, der zugleich Schriftleiter der *Lippischen Staatszeitung* war. In dieser erschien am 14. August der Hetzartikel „Jud Examus als Rasseschänder“. Infolgedessen kam es noch am selben Tag zu einem Menschenauflauf bei Examus mit Einschlagen von Fensterscheiben. Hans Examus soll sich daraufhin nach Oberhausen „abgesetzt“ haben.<sup>51</sup>

Sein Vater Gustav wurde dazu genötigt, das Gebäude seiner Getreidehandlung für 250 Reichsmark monatlich an die bisherigen Angestellten und „Volksgenossen“ Werner Diekötter und Rudolf Raulfs zu verpachten. Die Einrichtung und Ware wurden für 16.000 Reichsmark an die beiden auf Kredit verkauft, der innerhalb drei Jahren abgelöst werden sollte.<sup>52</sup> Nachdem der Getreidewirtschaftsverband am 5. September 1935 gegenüber dem Kreisleiter der NSDAP, Wedderwille, gefordert hatte: „Den Juden von dem dortigen Getreide- und Futtermittelmarkt zu verdrängen, ist eine unbedingte Notwendigkeit“, konnte dieser am 23. September 1935 an den Agrarpolitischen Apparat Westfalen-Nord melden, die Arisierung des Getreidegeschäfts Examus in Detmold sei erfolgreich verlaufen und „der Jude Examus vollkommen ausgeschaltet“.<sup>53</sup> Das Gebäude besteht heute noch in der Industriestraße 3 mit der Aufschrift „Diekötter & Raulfs Getreide Saaten, Sämereien Dünge- u. Futtermittel“.

Aus Davids Geschäft schied Paul Eickelmann am 22. August 1933 aus „rassisch-politischen Gründen“ aus der Firma aus.<sup>54</sup> Zwei Jahre später wandte sich der NSDAP-Stützpunktleiter in Remmighausen an den Kreisleiter mit der Bitte, eine Zuschrift an die Presse weiterzuleiten, worin er den Müller H. Tiemann denunzierte mit Salli Blank und David Examus zu verkehren. Am 10. August 1935 prangerte die *Lippische Staatszeitung* Tiemann an: „Ein Judenknecht in Remmighausen. Sally aus Horn und David aus Detmold gern gesehene Gäste“.<sup>55</sup> Am 4. Januar 1937 schließlich wurde Davids Firma aus dem Handelsregister gelöscht.<sup>56</sup> Nachdem er damit seiner bisherigen beruflichen Existenz beraubt worden war, erwarb er das Doppelhaus Moltkestraße 30, um dort ein Mädchenpensionat einzurichten. Er musste nun in der Detmolder Matratzenfabrik Hermann Schnittger KG Zwangsarbeit leisten.<sup>57</sup>

Die Witwe Jenny Examus wollte Ende 1938 in Horn ein jüdisches Fremdenheim eröffnen, was ihr aber nicht gestattet wurde. Sie klagte zunächst gegen diesen Bescheid, zog ihn aber im Januar 1939 mit der Begründung zurück, dass sie „infolge anderer Gestaltung der Familienverhältnisse kein Fremdenheim [mehr] betreiben“ wolle.<sup>58</sup>

---

<sup>50</sup> LAV NRW OWL, L 113 Nr. 223.

<sup>51</sup> LAV NRW OWL, D 2 C Detmold Nr. 106, Tagebuch 1935, darin: Eintragung Nr. 808 vom 14. August 1935.

<sup>52</sup> LAV NRW OWL, L 113 Nr. 463: Antisemitismus gegenüber Einwohnern des Kreises Detmold Laufzeit: (1919) 1933-1938, fol. 55-58.

<sup>53</sup> EBD., fol. 56.

<sup>54</sup> STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 25. November 1933.

<sup>55</sup> LAV NRW OWL, L 113 Nr. 402; LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 10. August 1935.

<sup>56</sup> STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 16. Januar 1937.

<sup>57</sup> <https://gedenkbuch-detmold.de/index.php/gedenkbuch/72-die-opfer-in-alphabetischer-reihenfolge/biographien/e-biographien/224-examus-david> (Aufruf: 15. Mai 2023).

<sup>58</sup> LAV NRW OWL, L 91 A Nr. 502.

Albert Examus' Viehhandlung wurde am 11. Januar 1934 aus dem Handelsregister gelöscht.<sup>59</sup> Die Detmolder Familie Examus wurde durch die Nationalsozialisten fast vollständig ausgelöscht.<sup>60</sup>

Julius Examus wurde am 17. Juli 1942 im Alter von achtzig Jahren aus dem jüdischen Altersheim Düsseldorf nach Theresienstadt deportiert und zwei Monate später, am 21. September 1942, in das Vernichtungslager Treblinka verbracht, wo er ermordet wurde.<sup>61</sup>



*Abb. 5: Emmy und David Examus, o. J.*  
(LAV NRW OWL, V 19 Nr. 175)

David Examus hatte mit zwei weiteren Familienmitgliedern zur Vorbereitung der Emigration nach Südamerika 1938 einen Spanisch-Sprachkurs besucht.<sup>62</sup> Er und seine Frau Emmy wurden während des Novemberpogroms 1938 verhaftet. Während David am 11. November nach Bielefeld überführt wurde, kam Emmy wieder frei.<sup>63</sup> Von Bielefeld wurde David Examus in das

---

<sup>59</sup> LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 2906; s. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 17. Januar 1934.

<sup>60</sup> Vgl. Detmolder Gedenkbuch <https://gedenkbuch-detmold.de/index.php/gedenkbuch/38-die-opfer-in-alphabetischer-reihenfolge> (Aufruf: 15. April 2023).

<sup>61</sup> <https://gedenkbuch-duesseldorf.de/memory-book/examus-julius/> (Aufruf: 15. Mai 2023); laut Faksimile eines Dokuments des Arolsen Archivs wurde vom Internationalen Roten Kreuz allerdings Малы Трасцянец (Maly Trostinez) bei Minsk als Ziel angegeben.

<sup>62</sup> ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (Heidelberg), B 1/34 Nr. 847: Verzeichnis der Teilnehmer an Sprachkursen der Gemeinde Detmold, 1938; enthält u. a. Spanisch: David Examus mit zwei Personen.

<sup>63</sup> LAV NRW OWL, D 2 C Detmold (Polizei Detmold) Nr. 64, Diensttagebuch 1938, darin: Bl. 313: Eintrag über Festnahmen vom 9.-10. November 1938, dazu Notiz: „Am 11.11.38 von der SA nach Bielefeld überführt. Seine Frau wurde um 6 1/2 Uhr wieder entlassen“. S. auch D 2 C Detmold Nr. 110, Diensttagebuch 1938/39: Eintragung 868 vom 10. November 1938.

Konzentrationslager Buchenwald deportiert (Häftlingsnummer 29037), wo er bis zum 22. November 1938 inhaftiert war. Zurück in Detmold wurde er am 30. März 1942 zusammen mit seiner Frau Emmy über Bielefeld nach Warschau deportiert. Das weitere Schicksal ist unbekannt. Vom Amtsgericht Detmold wurden Emmy und David Examus 1950 für tot erklärt.<sup>64</sup>

Die Schwester Else Wertheim geb. Examus wurde am 27. März 1942 „nach unbekannt abgemeldet“ und drei Tage später, wie ihr Bruder David und Schwägerin Emmy, mit ihrer Tochter Ilse Johanna (geb. 6. Februar 1922) und deren Mann Leo Samuel über Bielefeld in das Warschauer Ghetto deportiert. Offiziellen Angaben zufolge sind beide in der Zeit zwischen dem 3. und 17. Mai 1943 von dort aus weiter verschleppt worden. Sie gelten als verschollen.

Elses Sohn Rudolf (Rudi) Wertheim wurde mit seiner Frau Ruth Aronsohn am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert und später für tot erklärt.

Martha Marianne verh. Herzberg wurde am 15. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Ihre Kinder Edith und Heinz lebten beide in Berlin und wurden von dort am 18. Oktober 1941 in das Ghetto Litzmannstadt (Lodz) deportiert. Heinz Herzberg wurde am 7. November 1941 in das Zwangsarbeitslager Posen-Fort, Radzwill überstellt, wo er umkam. Das Todesdatum ist nicht bekannt. Die Tochter Edith, verh. Liebenenthal, wurde aus dem Ghetto Litzmannstadt am 28. Juni 1944 in das Vernichtungslager Kulmhof (Chelmo) deportiert, wo sie noch am gleichen Tag ermordet wurde. Bertha Examus wurde am 31. Juli 1942 mit ihrem Mann Fritz Gerson nach Theresienstadt deportiert. Fritz starb dort im Alter von 73 Jahren. Bertha wurde am 15. Mai 1944 nach Auschwitz verbracht und starb dort am 22. Oktober 1944. Ihr Sohn Kurt Gerson (geb. 18. Januar 1908) starb 1945 im Konzentrationslager Riga-Burggraben, ihre Enkelin Yvonne (geb. 7. Juni 1938) wurde ebenfalls nach Auschwitz deportiert und dort im Alter von sechs Jahren am 19. Oktober 1944 ermordet.

REPUBLICA DOS ESTADOS UNIDOS DO BRASIL  
 FICHA CONSULAR DE QUALIFICAÇÃO  
 MODELO S.C. 139

Esta ficha, expedida em duas vias, será entregue à Polícia Marítima e à Imigração no porto de destino

Nome por extenso: Gustav Examus.  
 Admitido em território nacional em caráter: permanente.  
 Nos termos do art. 24 letra ---- do dec. n. 3.010, de 1938  
 Lugar e data de nascimento: Heiligenkirchen 23 Janº 1864.  
 Nacionalidade: alema Estado civil: casado  
 Filiação (nome do Pai e da Mãe): Simon Examus e Bertha  
Blank Profissão: comercio  
 Residência no país de origem: Duesseldorf.

FILHOS MENORES DE 18 ANOS	NOME	IDADE	SEXO

Passaporte n. E.15/39 expedido pelas autoridades de Duesseldorf na data 19 de Janº de 1939.  
 visado sob n. noventa e seis.

ASSINATURA DO PORTADOR:  
Gustav Examus

Consulado ----- do Brasil em Colônia de 8 de Fevereiro de 1939.  
 O CONSUL:  
Julio Barbossa Lima  
 Barbossa Lima

NOTA—Esta ficha deve ser processada à máquina pela autoridade consular, sendo as duas vias em original.

Abb. 6: Immigration Gustav Examus' in Brasilien, 1939.

(“Brasil, Cartões de Imigração, 1900-1965”, FamilySearch (<https://www.familysearch.org/ark:/61903/1:1:FFTZ-R73> : Mon Mar 04 20:54:59 UTC 2024), Entry for Gustav Examus and Simon Examus, 1939).

<sup>64</sup> LAV NRW OWL, D 23 AG Detmold Todeserklärungen Nr. 308.

Gustav Examus, dessen Wohnung 1938 zerstört worden war,<sup>65</sup> konnte sich Anfang 1939 nach Brasilien retten (Abb. 6), seine Nichte Ursula, die Tochter von David und Emmy, emigrierte 1934 nach England und ein Jahr später nach Palästina.

## **Dank**

Für wertvolle Hinweise danke ich Jürgen Hartmann, Gudrun Mitschke-Buchholz und Andreas Ruppert.

---

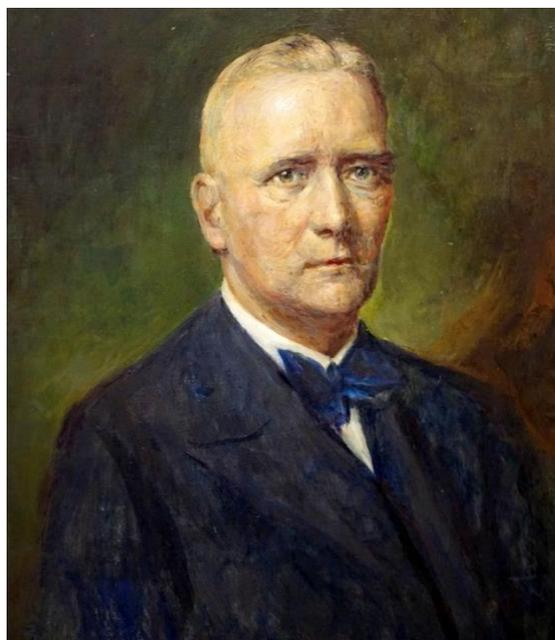
<sup>65</sup> LAV NRW OWL, D 20 B Nr. 3254.

### Ein vergessener Oberbürgermeister. Dr. Emil Peters 1882 – 1934

von Bärbel Sunderbrink<sup>1</sup>

Lieber Herr Bürgermeister Schüte, sehr geehrte Damen und Herren,

wie mag sich Emil Peters gefühlt haben, als er im März 1933 zum letzten Mal seine Dienststelle, dieses Haus, betreten hat? Gewusst, dass es das letzte Mal war, hat er nicht. Aber vielleicht hat er etwas geahnt. Geahnt, dass er sich unter den neuen Machtverhältnissen nicht wird halten können, da er die Nationalsozialisten nicht vorbehaltlos unterstützte.



*Abb. 1: Dr. Emil Peters (1882-1934), Porträt von Bruno Wittenstein.  
(Stadt Detmold, Dep. Lippisches Landesmuseum)*

Am Morgen des 31. März 1933 endete Peters Tätigkeit für die Stadt Detmold nach 13 Jahren gewaltsam. Er war auf dem Weg von seinem Wohnhaus in der Bülowstraße hierher, als er in der Freiligrathstraße von Unbekannten angerempelt und umgeworfen wurde. Es war ein vorgetäuschter Überfall durch SA und NS-Krautfahrerkorps, mit dem Zweck, ihn durch bereitstehende Hilfspolizisten abzuführen zu lassen. Mit seiner „Inschutzhaftnahme“, so der verschleierte Begriff für dieses Disziplinierungsmittel gegenüber Regimekritikern, endete seine

---

<sup>1</sup> Einführungsvortrag der Stadtarchivarin zur Ausstellungseröffnung am 9. Februar 2024 im Detmolder Rathaus. Eine Ausstellung des Stadtarchivs Detmold anlässlich des 90. Todestags des Oberbürgermeisters, der 1933 von den Nationalsozialisten gewaltsam aus dem Amt gedrängt worden ist.

Tätigkeit für die Stadt Detmold. Sie endete damit, dass Peters zur Niederlegung seines Amtes gezwungen wurde.

Peters war nach diesem Vorfall ein gebrochener Mann. Am 12. Februar 1934 vor genau 90 Jahren, schied Emil Peters freiwillig aus dem Leben.

Wir wissen wenig über das private Leben des Oberbürgermeisters, denn einen Nachlass gibt es nicht. Sein einziger Sohn ist kinderlos geblieben. Haben andere Bürgermeister ein Ehrengrab erhalten, so hat es bei Peters sogar einige Mühen gekostet herauszufinden, wo er begraben ist. Nach Recherchen in Archiven zwischen Köln, Bielefeld und der Lausitz habe ich es schließlich ermitteln können: Seine Urne ist auf dem Friedhof in der Kleinstadt Finsterwalde bestattet worden. Aber sein Grab existiert nicht mehr. 1977 wurde die Grabstätte aufgelöst. Alle Spuren sind getilgt.

Wer war dieser Emil Peters, der vergessene Oberbürgermeister Detmolds?

Emil Peters stammte aus einer preußischen Beamtenfamilie - und bis er nach Detmold kam, blieb er nie lange an einem Ort wohnen. Er wurde 1882 in Lippstadt geboren. Sein Vater, Emil Peters senior, war Regierungsbaumeister. Mit seiner Ehefrau war er kurz vor der Geburt aus Berlin nach Westfalen gekommen. Von Lippstadt zog die Familie bald weiter nach Hannover, wo der Vater zum Königlich Geheimen Regierungsbaurat berufen worden war. Emil Peters besuchte in Breslau und Magdeburg das Gymnasium, studierte Jura in Halle/Saale, München und Göttingen und absolvierte 1904 das Referendarexamen am Oberlandesgericht Celle. Seine Dissertation behandelte ganz dem Zeitgeist entsprechend ein Thema des Kolonialrechts. Peters schlug eine höhere Verwaltungslaufbahn ein; nach Neustadt am Rübenberge und Hildesheim war Finsterwalde im Landkreis Luckau in der Niederlausitz eine seiner ersten Dienststellen.

Dort in Finsterwalde lernte er seine spätere Ehefrau kennen, die acht Jahre jüngere Dorothea Schaefer. Sie stammte aus einer wohlhabenden Unternehmerfamilie. Ihr Vater Carl Schaefer war Eigentümer einer großen Tuchweberei. Als Peters in Finsterwalde beschäftigt war, war sein späterer Schwiegervater Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Ich habe viel mit dem Archiv in Finsterwalde korrespondiert, um noch Dokumente der Familie ausfindig zu machen. Außer Auszügen aus den Standesamtsregistern war das erfolglos. Was es aber seit letztem Jahr in der Stadt in der Niederlausitz gibt, ist ein beeindruckendes Kulturzentrum in den Gebäuden der alten Tuchweberei Schaefer.

Das junge Ehepaar zog mitten im Ersten Weltkrieg, 1916, nach Graudenz in Westpreußen, eine verhältnismäßig große Stadt mit 45.000 Einwohnern. Peters musste dort bald den erkrankten Oberbürgermeister vertreten. Am 1. April 1919 wurde ihm selbst das Amt übertragen. Graudenz sollte nicht lange der Dienort für Peters bleiben. Als Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg an Polen fiel, war klar, dass es für ihn dort keine berufliche Zukunft gab und er sich wieder umorientieren musste. Da kam die Stellenanzeige, mit der der Detmolder Stadtverordnetenvorsteher einen Kandidaten mit Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst suchte, wie gerufen.

Detmold brauchte eine neue Verwaltungsleitung, da Robert Wittje, ein Major a. D., nach 16 Jahren aufgrund von Alter und Krankheit ausgeschieden war. In der Stadtverordnetenversammlung hatten sich die Mehrheitsverhältnisse nach der ersten demokratischen Kommunalwahl 1919 verändert: Sozialdemokraten, die linksliberale DDP und ein bürgerlich-konservatives Wahlkartell unter Führung der DNVP hielten sich die Waage. Dies hatte Einfluss auf die Auswahl des neuen Oberbürgermeisters. Er sollte fundiertes Verwaltungswissen mitbringen, aber auch dem Anspruch der mehrheitlich bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament entsprechen. Eine liberale Haltung war also Voraussetzung, um in Detmold zum Zuge zu kommen. Der Zeitungsverleger Max Staercke holte Erkundigungen über Peters ein. Als aus Graudenz die Mitteilung kam, er sei „bürgerlich liberal, d.h. also mehr hinneigend zur Deutschen Volkspartei“, aber kein „Programmpolitiker“, wurde er nach Detmold eingeladen und ohne Gegenstimme in das Amt des Oberbürgermeisters gewählt.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren durch die Überwindung der katastrophalen Nachkriegssituation bestimmt. Peters bemühte sich nach Kräften, die komplexe Problemlage in den Griff zu bekommen, unterstützte den Wohnungsbau und bemühte sich erfolgreich durch Zugeständnisse an die Reichswehr, Detmold als Garnisonsstandort zu erhalten. Außerdem sorgte er für den Ausbau des Fremdenverkehrs.

Hatte es nach der Überwindung der Inflationsjahre eine kurze Phase der wirtschaftlichen Erholung gegeben, so schossen mit der Weltwirtschaftskrise die Sozialausgaben wieder in die Höhe. Die prekäre finanzielle Situation machte sich auch bei der Wiederwahl Peters bemerkbar. War er 1920 noch ohne Gegenstimme zum Oberbürgermeister gewählt worden, so unterstützten seine Wiederwahl nun nur noch die bürgerlichen und rechten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

In der Frage, wie der sozialen Krise zu begegnen sei, war man zwischen Landesregierung und Stadt zerstritten. Der Vorsitzende des Landespräsidiums, der Sozialdemokrat Heinrich Drake, versuchte durch einen landesinternen Finanzausgleich die Situation beherrschbar zu machen. Zwischen Drake und Peters kam es deshalb zu heftigen Auseinandersetzungen: Peters wollte nicht, dass Detmold als „milchgebende Kuh für das Land Lippe“ erhalten müsse.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen gepaart mit der unsicheren politischen Lage auf Reichsebene ließ in Detmold die Zustimmung zu den demokratischen Parteien schrumpfen. Mit Rechtsanwalt Ernst Tölle wurde im Februar 1932 erstmals ein Nationalsozialist zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

In dieser Phase kulminierten Konflikte, in die Peters hineingezogen wurde. Besonders der sogenannte Theaterskandal destabilisierte seine Position. Bei einem Gastspiel des aus Detmold stammenden jüdischen Unterhaltungskünstlers Joseph Plaut hatten sich Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe Zugang zum Landestheater verschafft, die Vorstellung durch das Singen des Horst-Wessel-Liedes gestört und schließlich Stinkbomben in den Saal geworfen. Die Angelegenheit wurde wenig später Thema in der Stadtverordnetenversammlung und führte zu dem Beschluss, „Plaut zu ersuchen, das Lied der ‚lippischen Schützen‘ bei Vorträgen abzusetzen“. Plaut als Jude

verhöhne mit seinen launigen Vorträgen die lippischen Soldaten. Der Beschluss wurde von der bürgerlichen Rechten und der NSDAP getragen, während sich Oberbürgermeister Peters vehement weigerte, ihn umzusetzen. Der Oberbürgermeister blieb klar bei seiner Haltung: „Einen solchen Brief unterschreibe ich nicht!“

Die Situation eskalierte schließlich angesichts eines symbolischen Akts. Am 6. März 1933, einen Tag nach der Reichstagswahl, hatte Peters vor dem Rathaus nur die gültige Reichsflagge hissen lassen. Das Aufziehen der Hakenkreuzflagge verhinderte er. Die wichtigsten lokalen NS-Funktionäre, also der Ortsgruppenleiter, der Stadtverordnetenvorsteher, der Fraktionsvorsitzende und der erste Stadtrat, legten bei der Landesregierung gegen den Oberbürgermeister wegen des Flaggenzwischenfalls Beschwerde ein und verlangten, disziplinarisch gegen ihn vorzugehen. Verärgert waren sie außerdem, dass sich der Oberbürgermeister weigerte, kommunistische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter des Gas- und Wasserwerks zu entlassen. Dass er zudem der Hilfspolizei Waffenscheine versagte, machte ihn zum Hassobjekt. Es hieß, der Leiter der lippischen Hilfspolizei, Josef (später Jürgen) Strop, habe ihn auf eine „schwarze Liste“ gesetzt.

Bevor die Landesregierung disziplinarisch tätig werden konnte, brachte der anfangs beschriebene Überfall am 31. März 1933 die Entmachtung des Oberbürgermeisters ins Rollen. Drei Monate nach dem Vorfall, am 30. Juni 1933 verfügte der Reichsstatthalter und Gauleiter Dr. Alfred Meyer die Versetzung Peters in den Ruhestand. Die gesetzliche Grundlage dafür gab das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Wenig später wurde Hans Keller, ein stammer Parteigänger, Oberbürgermeister.

Peters hatte gegen die Täter des Überfalls vom 31. März eine Strafanzeige gestellt. Nun wurde er bedrängt, diese zurückzunehmen. Unter der Bedingung, dass ihm eine gleichrangige Stellung im öffentlichen Dienst zugesichert werde, willigte er schließlich ein. Doch er sah sich getäuscht, als er Anfang 1934 aus Berlin vom Reichsfinanzministerium ein Schreiben erhielt, sich in eine wesentlich schlechter dotierte Position beim Finanzamt einzuarbeiten. Der Ehrverlust, der für ihn mit dieser Degradierung einherging, traf ihn ebenso schwer wie die Tatsache, dass er es den Nationalsozialisten mit seiner Rücknahme der Strafanzeige leichtgemacht hatte, seine Entmachtung zu verschleiern. Verzweifelt nahm sich Peters am 12. Februar 1934 das Leben. Eine Trauerfeier gab es nicht, lediglich eine Aussegnung des Konsistorialrats Scheumann in der Wohnung, zu der keine städtischen Vertreter erschienen.

Dorothea Peters hatte nach dem Tod ihres Ehemanns die Stadt verlassen und war zurück nach Finsterwalde gezogen. Als die Verhältnisse durch die Enteignung der Firma dort unerträglich wurden, kehrte sie Ende 1951 nach Detmold zurück und beantragte eine Anerkennung ihres Ehemanns als Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zwar wurde dies gewährt, aber die Bemühungen der Witwe um Entschädigungsansprüche zogen sich hin. Immer wieder kam es zu Nachfragen seitens der Regierung, immer wieder musste sie Erklärungen abgeben und längst vorliegende Dokumente beibringen. Dorothea Peters erkrankte schwer. Erst nachdem sie 1957 in Detmold gestorben war, erhielt ihr Erbe von der Landesrentenbehörde einen Bescheid über eine Kapitalentschädigung und Pensionsnachzahlungen in Höhe von rund 20.000 Mark.

Ich komme zum Schluss.

Emil Peters hatte seine beruflichen Wurzeln im Kaiserreich. Seine wirksamste Zeit hatte er in der Weimarer Republik. Obwohl seine liberale Orientierung bekannt war, übte er sein Amt nach den Grundsätzen des Berufsbeamtentums überparteilich aus. Peters Karriereweg steht exemplarisch für einen kommunalen Spitzenbeamten, der als Verwaltungsjurist die vielfältigen Anforderungen der Weimarer Jahre zu bewältigen wusste, der aber nicht bereit war, sich politisch dem NS-System anzudienen.

**Ein ausführlicher biografischer Beitrag von Bärbel Sunderbrink findet sich demnächst in: Die Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren in Westfalen und Lippe. Die Spitzen der kreisfreien Städte zwischen 1831 und 1999.** Hg. von DANIEL SCHMIDT, Band 1: Verzeichnis und Kurzbiographien. Band 2: Ausgewählte Lebensbilder. Münster voraussichtlich 2024 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 50). Aschendorff, ISBN 978-3-402-15134-1.

## Interview

### 22 Jahre in der „Archiv-WG“. Ein Rückblick mit Dr. Hansjörg Riechert, dem scheidenden Leiter des Kreisarchivs Lippe



*Abb. 1: Dr. Hansjörg Riechert, 14. März 2024.  
(Foto: Matthias Schultes)*

Seit Juli 2001 existiert das Kreisarchiv Lippe in Detmold. Untergebracht ist es im Gebäude des Landesarchivs an der Willi-Hofmann-Straße. Neben den analogen und digitalen Archivalien des Kreises haben zehn lippische Kommunen (Augustdorf, Barntrup, Dörentrup, Horn-Bad Meinberg, Kalletal, Leopoldshöhe, Lügde, Oerlinghausen, Schieder-Schwalenberg, Schlangen) ihr Archivgut in die Obhut des Kreisarchivs gegeben. Dr. Hansjörg Riechert war von Anbeginn dabei, leistete Aufbauarbeit und leitete die Einrichtung über mehr als 22 Jahre, nun verabschiedet er sich in den Ruhestand. Riechert, von Haus aus Historiker, war in den vergangenen drei Jahrzehnten an zahlreichen regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen und Projekten beteiligt.<sup>1</sup> Die Rosenland-Redaktion blickt mit ihm auf die vergangenen Jahrzehnte zurück.

#### Frage

Fast 23 Jahre sind Sie für das Kreisarchiv Lippe nun tätig gewesen, haben Pionierarbeit geleistet, es mit aufgebaut und etabliert. Wie zufrieden blickt man auf das Ergebnis?

---

<sup>1</sup> Einige seiner Veröffentlichungen: gemeinsam mit Andreas Ruppert: Herrschaft und Akzeptanz, Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre, Opladen 1998; sowie: Militär und Rüstung in der Region, Lippe 1914-1945, Bielefeld 2001. Außerdem: Hansjörg Riechert, Mobilität – Temporausch – Konflikte, Die Motorisierung in Lippe bis zum Zweiten Weltkrieg, Detmold 2002; IkarusMaschinen, Luftfahrt in Ostwestfalen-Lippe, Detmold 2006; Lipper im Ersten Weltkrieg, „Vorwärts auf den Feind, koste es, was es wolle“, Lage 2014.

## **H. Riechert**

Nicht von Anfang an, aber in einer bereits frühen Phase nach meiner Einstellung als Kreisarchivar war es mein strategisches Ziel, belastbare und damit zukunftsorientierte Archivstrukturen zu schaffen, also als erstes ein Signaturschema und Verzeichnungsstandards zu definieren, früh erste Scantechnik zu nutzen und einige Jahre später eine zukunftsfähige Verzeichnungssoftware einzusetzen, bei der die Möglichkeit von Anfang an bestand, eigene Entwicklungsvorstellungen über den Anbieter umzusetzen. Seit 2009 erhielten die Strukturen eine zunehmend interkommunale Ausrichtung. Vor dem Hintergrund bin ich mit der geschaffenen Konstruktion des Kreisarchivs Lippe zufrieden, einzig die digitale Ausrichtung hätte ich mir noch umfassender und schneller gewünscht.

## **Frage**

In welche Etappen oder Phasen lässt sich die Zeit in etwa einteilen?

## **H. Riechert**

Folgende Phasen würde ich benennen:

Orientierungsphase:

Wie sieht die Ausgangslage aus? Wieviel Bestände liegen vor, wie umfangreich sind sie? Was ist bereits verzeichnet? Was ist ggf. digital vorhanden? In welchen Verwaltungsbereichen der Kreisverwaltung Lippe muss ausgesondert werden?

Prioritätensetzung:

Erarbeitung eines Signaturschemas, Planung einer Großaussonderung, Öffentlichkeitsarbeit in den Anfangsjahren über den Weg öffentlichkeitsrelevanter Ausstellungen, auch mit Blick auf die eigene Verwaltung zwecks Wahrnehmung der Funktion und Aufgaben meiner Stelle.

Einspielphase:

Entwicklung eines Bewusstseins für grundsätzliche Problemlagen und Detailfragen bei der Arbeit.

Entwicklung zu einem Kreiszentralarchiv:

Aus der Übernahme des Altarchivs der Stadt Horn-Bad Meinberg, basierend auf der Initiative von Prof. Albertin, entwickelte sich ein höchst dynamischer und zeitweilig kräftezehrender Prozess, da weitere lippische Landkommunen ohne hauptamtlich besetzte Archive eine Dienstleistung durch das Kreisarchiv wünschten. In dieser Phase fand im Kreisarchiv ein begleitender Personalaufbau statt.

Digitales Archiv:

Informationserarbeitung über Einsatzmöglichkeiten der sich dynamisch entwickelnden digitalen Technik für die eigene Archivarbeit sowie abwägende Auswahl und Einsatz bei entsprechender Budgetplanung.

## **Frage**

Was hat sich in und an der Arbeit als Archivar oder am Berufsbild – abgesehen von der Digitalisierung, die gleich noch gesondert Thema ist – in dieser Zeit verändert?

## **H. Riechert**

In der Archivlandschaft wird nicht mehr so stark zurückgezogen gearbeitet wie noch vor 20 Jahren. Die Öffentlichkeitsarbeit ist zweifellos offensiver geworden, auch im Zusammenhang mit der Nutzung sozialer Medien. Dazu trägt auch das zunehmende Angebot an Retrodigitalisaten und *born digitals* in den Archiven bei. Zudem unterliegt die Nutzung der Archive einer eindeutig komplexer gewordenen Rechtslage, sie beschränkt sich nicht nur auf das Archivgesetz Nordrhein-Westfalen, sondern betrifft z.B. das Meldegesetz des Landes NRW für archivrelevante Einwohnermeldedaten und bei Bildmaterial das Urheberrechtsgesetz sowie das Recht am eigenen Bild. Außerdem ist indirekt auch das Informationsfreiheitsgesetz NRW im Blick zu behalten. Dazu kommen mittlerweile erprobte Einsatzregularien im Fall eines Brandes oder bei Wassereintrüben in Magazinbereiche, die regelmäßig im Rahmen des Detmolder Notfallverbund geübt werden, in dem sich die Kultureinrichtungen der Stadt zusammengeschlossen haben, von den Archiven bis zu den Museen.

### **Frage**

Die Einrichtung Kreisarchiv war auch ein Angebot an die kleineren Kommunen, ihre Aktenbestände und Sammlungen, die bis dahin in personell gar nicht oder eher mäßig betreuten Kleinarchiven oder „Aktenkellern“ lagerten, abzugeben. Konsequenz war dabei, dass die Dokumente nicht mehr vor Ort für Heimat- und Familienforscher oder Schulklassen zugänglich waren. Gab es da anfangs Konflikte oder besondere Probleme?

## **H. Riechert**

Im Vorfeld der Beschlüsse unserer lippischen Archivkommunen, dem Dienstleistungsverbund des Kreisarchivs Lippe beizutreten, hat es zumindest in einem Fall aus der Szene der örtlichen Heimatforscher artikulierte Zweifel und Kritik gegeben, die ich nachvollziehen kann. Denn wir können eine regelmäßige archivbezogene Geschichtsarbeit vor Ort personell einfach nicht leisten, da wir uns auf die Bewertung und dauerhafte Sicherung der archivrelevanten analogen und digitalen Unterlagen in den Rathäusern konzentrieren müssen. Meines Wissens nach hat es in allen Kommunen am Ende aber einstimmige Ratsbeschlüsse für die bestehende Archivlösung gegeben, bei wohl einer Stimmenenthaltung.

### **Frage**

Mit dem Standort innerhalb des Landesarchivs in Detmold erscheint es manchmal, dass das Kreisarchiv nicht als eigenständig sichtbar ist. Andererseits ist es für Forscher bzw. Historiker von Vorteil, alles an einem Ort, in einem Lesesaal vorfinden zu können. Hat sich diese Konstellation bewährt?

## **H. Riechert**

Die Abteilung Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs NRW in Detmold, früher Staatsarchiv Detmold, ist ein großer Player in der regionalen Archivlandschaft, in dessen Schatten das noch junge Kreisarchiv Lippe anfänglich nicht wahrgenommen worden ist. Dies habe ich als ein mich durchaus belastendes Problem gesehen, vor allem, wenn ich sogar im Kreishaus in den ersten Jahren von einigen Kolleginnen und Kollegen mit dem Staatsarchiv Detmold gleichgesetzt worden bin. Dennoch hat sich über die Zeit zum großen Partner ein konstruktives und kollegiales

Verhältnis entwickelt, von dem beide Seiten eindeutig profitieren. Ich schätze den fachlichen Austausch vor Ort, ohne dass es einer bürokratischen Voranmeldung bedarf. Zugleich ist der Lesesaal Anlauf- und Verteilstation für die Kunden, die den Service von drei Archiven nutzen können, auch den des dort angesiedelten Stadtarchivs Detmold. Und im Rahmen des oben genannten Notfallverbundes Detmold wird ohnehin eng zusammengearbeitet. Im Übrigen hat das Landesarchiv NRW den interkommunalen Prozess des Kreisarchivs stets großzügig unterstützt, keine Selbstverständlichkeit bei knappen Magazinkapazitäten. Intern ist der schöne Begriff „Archiv-WG“ formuliert worden.

### **Frage**

Wie ist der Austausch, wie ist die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Landes- aber auch der in Lippe bestehenden Stadtarchive Detmold, Lemgo, Lage, Blomberg, Bad Salzuflen ...?

### **H. Riechert**

Mit Blick auf den Kreis der Kolleginnen und Kollegen der anderen lippischen Archive kann ich ebenfalls feststellen, unkompliziert und konstruktiv.

### **Frage**

Sie gehören zu den Archivaren, die zuvor noch als Historiker ausgebildet wurden, Sie haben eine Promotion vorzuweisen, waren an einigen Projekten zur lippischen Zeitgeschichte beteiligt. Wie nützlich war diese Kombination für Ihren Job als Kreisarchivar? Und: Bleibt überhaupt auch Zeit für historische Forschung?

### **H. Riechert**

Ich halte es nach wie vor für möglich und auch für erforderlich, zumindest in größeren Zeitabschnitten Beiträge zu historischen Themen mit Bezug zu Lippe zu erarbeiten, ob im Rahmen einer Ausstellung oder als Publikation, ob als eigenständiges Projekt des Kreisarchivs oder im Rahmen einer Kooperation. Allerdings setzt dies ein gutes Kolleginnteam voraus, das Alltags- und Routinearbeit abnimmt und damit zeitentlastend für den/die leitende/n Archivar/in und Historiker/in wirkt. Das leistungsfähige Kreisarchivteam ist imstande, diese Entlastung zeitweilig zu leisten.

### **Frage**

Hat sich in den Nutzerzahlen und den Nutzergruppen über die zwei Jahrzehnte etwas verändert? Was waren um 2000 und was sind heute die „typischen Nutzer“: Familienforscher älteren Semesters, junge Studenten, Historiker oder Journalisten ...?

### **H. Riechert**

Die Nutzerzahlen steigen in unserem interkommunalen Bereich seit Jahren deutlich, während sie im Bereich der Kreisüberlieferungen, also der Altkreise Detmold und Lemgo und des Kreises Lippe sowie bei den Entschädigungsakten nunmehr stagnieren. Dies hat auch mit dem noch nicht voll zugänglichen Angebot zu tun. Die Familienforschung prägt eindeutig die Nachfrage. Es gehen auch technikorientierte Nachfragen ein, wie etwa zu Kiesgrubenbaggern, zu Werksfeuerwehren oder zu Luftfahrtthemen.

### **Frage**

Die lippische „Geschichtsszene“ gilt als recht umtriebig. Es gibt Jahr für Jahr mehrere Einzelveröffentlichungen und es existieren drei Periodika – neben den *Lippischen Mitteilungen* des NHV und dem *Heimatland Lippe* des LHB noch das e-paper *Rosenland*. Haben Sie eine Prognose für die Zukunft?

### **H. Riechert**

Bei meiner Arbeitsaufnahme beim Kreis Lippe waren die traditionsreichen und durchaus gehaltvollen *Lippischen Mitteilungen* durch einen fortwährenden Mitgliederschwund bereits unter Druck. An diesem vorrangig demografischen Effekt hat sich seitdem leider nichts geändert, auch wenn die optische Aufmachung den Zeiterfordernissen zwischenzeitlich deutlich angepasst worden ist. Deutlich mehr Leserpotential bei einer anderen Zielgruppe hat das *Heimatland Lippe*, aber auch hier dürfte der demografische Effekt wirken, aber über eine längere Zeitstrecke hinweg. Das e-paper *Rosenland* stellt aufgrund seiner technischen Plattform ein anderes Angebot dar, es ist damit eher gegenwartsbezogen und vom Potential durchaus auch zukunftsbezogen, trotz seiner deutlichen Textausrichtung. Ich würde versuchen, bei all der rechtlichen und technischen Problematik auch das Medium Film einzubinden. Ob sich *Rosenland* langfristig halten kann, hängt nicht nur von den Leserinteressen und den eingehenden Beiträgen, ihrer Qualität und Themenausrichtung ab, sondern auch von den Machern. Daher enthalte ich mich einer klaren Prognose, da ich eine solche nicht zu leisten vermag.

### **Frage**

Insgesamt verfestigt sich ein wenig hat man den Eindruck, dass Regionalgeschichte bei Studierenden heute weniger interessant ist und eine geringere Rolle spielt (ob für Seminar-, Bachelor- oder Magisterarbeiten) als vor 20 oder 30 Jahren. Droht vielleicht eine „Flaute“ bei der Aufarbeitung historischer Themen in kleineren Städten oder Gemeinden?

### **H. Riechert**

Regionalgeschichte war in der Forschung lange Zeit angesagt. Wir hatten vor geraumer Zeit sogar von der Universität Tokio einen Doktoranden hier, der sich des Themas Umweltschutz aus der deutschen und regionalen Perspektive annahm. Regionale Themen werden immer mal wieder bearbeitet und von uns archivbegleitend unterstützt. Aber in der Tat, solche Anfragen gehen tendenziell seltener ein.

### **Frage**

Finden denn noch viele Studierende den Weg ins Archiv? Gibt es einen Austausch mit oder eine Anbindung an die nahen Universitäten?

### **H. Riechert**

Ich habe zeitweilig einen Kontakt zur Universität Bielefeld gepflegt, zu meinem ehemaligen Examensprüfer im Bereich Wirtschaftsgeschichte, Prof. Abelshäuser. Uns ging es um die Aufarbeitung der jüngeren Wirtschaftsgeschichte in Ostwestfalen-Lippe, speziell aber in Lippe nach 1945. Denn hierüber ist wenig Substantielles bekannt. Immerhin kam eine kleine Forschergruppe aus angehenden Masterstudenten und Doktoranden beim Detmolder Unternehmen

Weidmüller mit Unterstützung der damaligen Pressesprecherin zusammen, um sich das dortige Altarchiv anzusehen. Es liegt an meiner Nachfolgerin, Frau Dr. Masiak, über ihre Kontakte einen regelmäßigeren Austausch nach Bielefeld oder Paderborn aufzubauen.

### **Frage**

Nutzer stellen natürlich Ansprüche an ein Archiv: Die Aktenbestände sollen möglichst gut durch Findbücher bzw. Verzeichnisse erschlossen und sehr gern auch digital im Netz verfügbar sein, damit man in Ruhe vom eigenen Schreibtisch aus Akten sichten und recherchieren kann. Zur personellen Ausstattung: Das Kreisarchiv verfügt derzeit über sechs Vollzeitstellen und eine Halbtagsstelle. Stichwort Digitalisierung. Das ist für viele Archive eine personell wie technisch anspruchsvolle Herausforderung. Wie ist das Kreisarchiv da aufgestellt? Wie weit ist man vorangeschritten?

### **H. Riechert**

Seit den frühen 2010er Jahren informierte ich den Kämmerer und Fachbereichsleiter für die zentralen Dienste bei der Kreisverwaltung über die Implementierung von DMS<sup>2</sup>-Systemen in der öffentlichen Verwaltung einschließlich der damit einhergehenden Erfahrungen. Dabei nutzte ich auch Erkenntnisse aus einschlägigen Fortbildungen beim LWL-Archivamt in Münster und Fachinformationen aus dem Landesarchiv NRW. Hintergrund waren frühe Überlegungen des Kreises Lippe, einen produktbasierten Aktenplan einzuführen. Zudem war ich von Anfang an in die Auswahl eines DMS-Systems beim Kreis eingebunden. Dies macht Sinn, da ein DMS-System auch Archivbelange berücksichtigen muss. Mir war früh bewusst, dass aufgrund der ausgeprägten visuellen Wahrnehmung des Menschen das Medium Foto oder Film sich besonders für die digitale Präsentation eignet. Daher arbeitete ich seit 2012 an dem Konzept eines Medienportals Lippe. Nach dieser langen Zeit, auch aufgrund äußerer Umstände, wie der Pandemie, die von meinen Kolleginnen und mir nicht beeinflussbar waren, ist es technisch und auch von der rechtlichen Seite her fertig. Zudem strebte ich einen digitalen Lesesaal an, eine Vielzahl an Digitalisaten liegt dafür auch vor, aber die strukturelle und technische Umsetzung liegt nunmehr bei meiner Nachfolgerin. Des Weiteren sind wir frühe Lizenznehmer einer speziellen Software (DiPSs.kommunal), über die digitales Archivgut auf unendliche Zeit und nicht mehr veränderbar und damit manipulierbar in einem digitalen Langzeitcontainer abgelegt wird, dessen Inhalte in zwei Rechenzentren gespiegelt werden. Also technisch recht aufwendig und vom zuständigen LWL-Archivamt in Münster fachlich begleitet. Über dieses System haben wir bisher die Corona-Berichterstattung des Krisenstabes für den Kreis Lippe aus 2021 bis 2022 gespeichert. Neben der weiterhin bestehenden analogen, also papierbezogenen Archivwelt, gewinnt das digitale Pendant zunehmend an Bedeutung und benötigt damit zusätzlich personelle Kapazitäten und mehr Know-how. Eine Möglichkeit ist es, manches an einen Dienstleister zu geben, etwa Retrodigitalisierungsmaßnahmen oder die komplexe und zeitaufwendige Archivierung von websites. Dies setzt aber entsprechende Haushaltsmittel voraus.

### **Frage**

Wie bedeutsam ist die Öffentlichkeitsarbeit für das Archiv? Melden sich mitunter auch Journalisten und benötigen Informationen?

---

<sup>2</sup> DMS = Dokumentenmanagement Software.

**H. Riechert**

Die Öffentlichkeitsarbeit halte ich für wichtig, aber es war immer mein Credo, möglichst mit aus meiner Sicht substantiellen Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen, und manches war und ist bei uns noch nicht reif dafür.

**Frage**

Werden Sie im Ruhestand weiterhin Berührung mit lippischer Geschichte haben?

**H. Riechert**

Außer der neueren lippischen Wirtschaftsgeschichte im Bereich etwa der Elektro- und Elektronikindustrie interessiere ich mich für Themen auf der nationalen und internationalen Ebene mit einem gewissen Schwerpunkt bei der Militärgeschichte. In Anbetracht der sich derzeit hochdynamisch verändernden Weltlage kann man davor nicht die Augen verschließen. Damit zusammenhängend ist das Tempo der Deglobalisierung mit ihren Folgewirkungen erstaunlich und auch bitter.

**Anmerkung der Redaktion**

Neue Leiterin des Kreisarchivs und damit Nachfolgerin von Dr. Hansjörg Riechert ist Dr. Sarah Masiak. Sie promovierte 2019 an der Universität Paderborn zur Historischen Kriminalitätsforschung. Die Rosenland-Redaktion wünscht einen guten Start!

## Rezensionen

*Vernon Katz, Der Blaue Salon und andere Torheiten. Eine jüdische Kindheit im ländlichen Deutschland der 1930er-Jahre. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2023. 405 S., zahlr. Abb., 28 Euro.*

Mit klarem Blick, viel Herzenswärme und einer Portion Ironie beschreibt Vernon Katz, im Juli 1927 als Werner geboren, seine Kindheit im lippischen Schötmar und lässt die Leser eintauchen in das verschwundene deutschjüdische Leben einer Kleinstadt. Katz' Erinnerungen sind nicht chronologisch aufgebaut, sondern sie hangeln sich gewandt und souverän an einzelnen Ereignissen, Anlässen oder auch Personen entlang.

Der Autor ist keine sechs Jahre alt, als die Nationalsozialisten die Macht übernehmen und schon früh zeigen, dass es für Juden keinen Platz in der deutschen Gesellschaft mehr gibt. Katz' Kindheit ist von wachsender Ausgrenzung, mehr und mehr Übergriffen und dann von staatlicher Verfolgung und Terror geprägt. Wie schleichend aber kontinuierlich dieses in der Kleinstadt Schötmar vor sich geht, zeigt sich in zahlreichen detaillierten Beschreibungen. Das Jahr 1933 erlebt Vernon Katz trotz seiner jungen Jahre als Einschnitt. Hitler wurde Reichskanzler und „mehr und mehr Leute, die wir kannten, erschienen plötzlich in Uniform. Die Schülerstraße rauf und runter marschierten sie in ihren lächerlichen, fäkalienfarbigen Uniformen und absurden, hohen Mützen ... Ihre Wänste und dicken Bäuche waren in die bauschigen Reiterhosen gezwängt und quollen dennoch hervor“. Auch in der Schule erhält dieser neue, rohe Geist der Zeit Einzug. Freunde wenden sich ab. Zunehmend verloren stehen Katz und seine einzige jüdische Mitschülerin Susi Eichmann in ihrer Klasse da. Die Veränderung geschieht allmählich, aber sie geschieht spürbar.

Innerhalb der Schötmaraner Synagogengemeinde hofft man anfangs noch auf ein kurzes Zwischenspiel der Nazis. Vater Hermann Katz wendet sich mit anderen Gemeindemitgliedern gar in einem Schreiben gegen die „Hetzpropaganda“ des Auslands. Es war eine Fehleinschätzung. Ein wohlwollender Artikel über die Katzsche Bürstenfabrik und ihren Besitzer in einem Fachmagazin Anfang 1934 bestärkt die Eltern darin, dass sie nichts zu befürchten hätten. Die Boykotte gingen weitgehend spurlos am Geschäftsbetrieb vorbei, die Firma erreichte sogar ihre höchste Mitarbeiterzahl. Doch langsam wandelte sich das Bild.

Für den kleinen Vernon war das Jahr 1935 mit der Nürnberger Rassegesetzgebung im September offenbar ein besonders einschneidendes Erlebnis, denn sein Buch beginnt mit einem Ereignis Ende 1935. Es handelt sich um die Trauerfeier für den „dicken Siegfried“, den groben, lärmenden Großvater Siegfried Silberbach. Vernon Katz ist damals achteinhalb Jahre alt. Das Gift der antisemitischen Hetze hat seine Wirkung entfaltet und ist Tag für Tag spürbar, unter anderem mit dem „Stürmerkasten“ im Ort. Nur wenige Nichtjuden laufen im Trauerzug mit, abseits stehen viele, manche spotten. „Ich mag nicht die Straßen entlang marschieren, während alle Leute uns anstarren“. Auch bei der anschließenden Trauerfeier ist es anders als sonst. Nichtjüdische Freunde, Bekannte und Kunden des verstorbenen Großvaters kommen erst bei Einbruch der Dunkelheit. „Aber sie kamen“, wie Katz schreibt. Noch.

Wir lernen die Familie kennen: die Silberbachs aus Schötmar, in deren Familie Hermann Katz, der aus dem Hessischen stammt, einheiratet. Da sind die Großmutter Bertha, die dicke Tante Alma und deren Tochter Herta Silberbach, einige andere Juden aus der Nachbarschaft oder den umliegenden Städten und Gemeinden. Manche von ihnen wie Alma und Herta fallen später der „Endlösung der Judenfrage“ zum Opfer, werden in ein Ghetto des Ostens und von dort in ein Vernichtungslager verschleppt und ermordet.

Immer wieder erhält der Leser Einblicke in die religiösen Verhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Schötmar. Zur Trauerfeier erscheint auch „Herr Rosenwald“ mit Zylinder: „Er ist die jüdische Gemeinde“, wie der kleine Vernon ehrfurchtsvoll registriert. Rosenwald gehörte zu den wenigen „gesetzestreuen“, orthodoxen Juden in Lippe zu jener Zeit, während der Verstorbene sich kaum mehr am Gemeindeleben beteiligt, die Synagoge nicht mehr besucht hatte und von den Speisegesetzen nichts hielt. Großvater Siegfried Silberbach, der Viehhändler, war ein leidenschaftlicher „Speckesser“, dem die Orthodoxie ein Graus war, was er deutlich zu jeder Zeit und Unzeit artikulierte. Innerhalb seiner Ehe sorgte diese Einstellung für manche Fehde, denn die stille Großmutter war dagegen sehr fromm. Katz schildert diese Familie mit ihren auch „seltsamen“ Mitgliedern und mit ihren Konflikten in gleichsam offener wie liebevoller Weise.

Die Religiosität in der Familie ist ein komplexes Thema. Vernons Vater Hermann Katz ging freitags in die Synagoge, betete vor dem Essen, segnete den Sohn auf Hebräisch. Von den Gemeindegliedern wurde er oft zum Vorbeter gewählt. Er hatte sich aber den Verhältnissen in Schötmar und speziell in der Familie Silberbach angepasst, bestand nicht auf koscherem Essen, legte keine Tefillin an und Hebräisch spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Mutter Emmy dagegen betrachtete wie ihr Vater Siegfried „alle Rituale als Hokuspokus“. So gerieten die Ausflüge ins hessische Laubach, aus dem der Vater stammte, für den Sohn Vernon zu einem „Ausflug in die Orthodoxie“. Alljährlich zu den hohen Festtagen (Neujahr/Yom Kippur) fuhr man zu den Großeltern, die sehr orthodox ausgerichtet waren, einen koscheren Haushalt führten und Schabbat streng einhielten. Vernon empfindet für sie aber mehr Zuneigung als zu seinen Schötmaraner Großeltern. Zugleich zieht ihn das religiöse Leben in Laubach in den Bann, obwohl ihm die Regularien als „seltsam und lästig“ erscheinen. Denn Vernon war wie Großvater Siegfried ein Freund der „allmächtigen Wurst“, besonders der Mettwurst, und daher auch etwas pummelig. Nur Großmutter Bertha Silberbach hielt die Speisegesetze ein und vergrub heimlich „verunreinigte“ Messer im Garten.

Die Bindung Vernons zu den Schötmaraner Großeltern war wenig intensiv. Großmutter Bertha (geb. Bach) entstammte einer kultivierten Familie jüdischer Textilhändler mit Verbindungen zur Bankiersfamilie Warburg in Hamburg. Katz schildert sie als fromm, mit „engem Horizont“, als engstirnig und nörgelnd. Die Ehe mit dem „dicken Siegfried“ sei eine unglückliche Bindung gewesen, aus der dennoch fünf Kinder hervorgingen, darunter seine Mutter Emmy. Diese beschreibt er als „gut gekleidet“ und stilvoll, aber recht frei von Bildung. 1913 hatte sie bei einem Ausflug in einem Bielefelder Café ihren späteren Mann Hermann Katz kennengelernt. Katz entstammte einer in bescheidenen Verhältnissen lebenden Familie. Er erlernte den Beruf des Textilhändlers in Elsass-Lothringen und war einige Jahre für einen Großhändler in Straßburg als Reisender tätig. Durch diese Arbeit und sein großes Interesse an kulturellen Themen lernte

er Weltläufigkeit und Toleranz kennen und besonders die französische Kultur schätzen. Es verwundert daher nicht, dass Großvater Silberbach von diesem Mann wenig angetan war und ihn despektierlich als „Lappenfritze“ titulierte. „Vater hatte in eine Familie ohne Kultur eingehiratet“, stellt Vernon fest. Beide Elternteile stammten zwar aus einer Kleinstadt, „doch Vater hatte diese hinter sich gelassen, im Gegensatz zur Mutter, die ihren kleinstädtischen Horizont behielt“.

Hermann Katz etabliert 1919 in Schötmar eine Bürstenfabrik, deren wirtschaftlicher Erfolg sich bereits 1924 in einem Neubau dokumentiert. „Hineingeboren in eine Fabrik“ erlebt Vernon Katz eine Kindheit in Wohlstand. Der Vater ist als Reisender häufig unterwegs, die Mutter leitet dann mit Geschick die Fabrik, die rund 80 Leute beschäftigt.

Vernon sieht die Eltern als „Realitätsverweigerer“, die sich trotz der Geschehnisse und trotz der Rassegesetzgebung 1935 „nicht von der Stelle“ rührten. Dabei gehörten Ausgrenzungserfahrungen und das Erleben von Rohheiten aller Art bereits zum Alltag. „Die jüdische Gemeinde zog sich mehr und mehr in sich selbst zurück“.

Besonderer Mittelpunkt und beinahe ein Symbol dieses Eskapismus' wurde der Blaue Salon, der dem Buch den Titel verlieh. Um 1933 begann Mutter Emmy den 1. Stock des Wohnhauses in einen „Schrein des guten Geschmacks“ zu verwandeln. Das ehemals „schäbige Wohnzimmer“ wurde zum Blauen Salon mit saphirblauem Teppich, blauen Samtvorhängen und blaugepolsterten Stühlen. Er wurde nie bewohnt, und nur geöffnet für „Gesellschaft von Bedeutung“. Das „Heiligtum“ war ohne Schuhe zu betreten. Hier trafen sich des Samstags erst die jüdischen Frauen zum Kaffeekränzchen, dann kamen die Männer und Kinder hinzu. „Bald waren die Geschlechter und Generationen hoffnungslos vermischt“. In diesem Refugium einer zunehmend düsteren Außenwelt kam das Ehepaar Katz dann auch mit den ersten Auswanderungsplänen von Verwandten und Bekannten in Berührung.

Vernons Schulweg ist mittlerweile ein permanenter Spießrutenlauf mit Tritten, Steinwürfen, antisemitischen Liedern. Jüdische Freunde aus der Nachbarschaft werden an der Schule verprügelt. Spurlos geht das nun auch an den Eltern nicht vorüber. 1937/38 werden einige Gegenstände zu Freunden und Verwandten in Holland gebracht. Dort kann der 10-jährige Vernon noch einmal einen kleinen Urlaub in einer Welt ohne Judenhass genießen. Anschließend ist er der „Englisch-Schreiber“, der im Auftrag der Eltern Briefe an britische und amerikanische Behörden verfasst. Ein Theaterstück in der Detmolder Synagoge 1938 ist für Vernon der letzte „Lichtblick“. Dann kommt auch schon der Terror der Nacht auf den 10. November. Vernon wird durch die antisemitischen Rufe und den Lärm auf der Straße vor dem Haus wach und beobachtet das Geschehen aus dem 1. Stock. Früh morgens hallt der Ruf „Die Synagoge brennt“ durch die Straßen. Der Vater wird mit weiteren jüdischen Männern festgenommen und nach Buchenwald transportiert. Die Mutter erleidet einen Nervenzusammenbruch, der Arzt weist sie in die Anstalt nach Bethel ein. Als der Vater zurückkehrt, abgemagert und gezeichnet, hat er die „Arisierung“ seiner Bürstenfabrik mitabzuwickeln. Sie muss im Februar 1939 verkauft werden. Die Frage eines Verbleibens in Deutschland stellt sich für die Eheleute nun nicht mehr.

Vernon Katz gelangt mit einem Kindertransport, der am 2. März 1939 abgeht, nach England. Er schildert seine folgenden Monate in Freiheit, die er allein noch nicht recht zu genießen weiß. Freundliche, hilfsbereite Menschen stehen ihm zur Seite. Den Eltern glückt es ein halbes Jahr später, ihm zu folgen. Katz' Erinnerungen an seine Kindheit enden damit, das Buch allerdings noch nicht.

Denn beinahe genau 50 Jahre nach seiner Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland kehrt Vernon Katz zu Besuch zurück nach Schötmar. Es ist ein starkes, ein berührendes Kapitel. Eindringlich schildert er das Wechselbad der Gedanken, der Erinnerungen und der Gefühle, dem er ausgesetzt ist. Er berichtet von den Begegnungen mit alten Bekannten, mit städtischen Vertretern und mit jungen Historikern. Katz lässt seine Leser an sehr persönlichen Eindrücken und Einblicken teilhaben.

„Der Blaue Salon und andere Torheiten“ ist ein Buch, welches man ungern aus den Händen legt und das einen anschließend über Tage hinaus gedanklich im Bann hält. Als dieses Werk 2008 zuerst in Englisch erschien, hatte es bereits einen kleinen Kreis von Lesern in Lippe berührt und fasziniert. Endlich, möchte man sagen, ist es in Deutsch einem größeren Publikum zugänglich. Dieses Buch hat es verdient. Es handelt sich in zweierlei Hinsicht um ein kleines Juwel. Es ist literarisch überzeugend und hat eine Sogwirkung, gleichfalls ist es für geschichtlich Interessierte aufgrund der detaillierten Einsichten in ein deutschjüdisches Kleinstadtleben ein Glücksfall.

Unbedingt zu danken ist Stefan Wiesekepsieker, der sich beharrlich für eine deutsche Ausgabe eingesetzt hat. Dank gebührt aber ebenso Ute Sattler für die kongeniale Übersetzung und dem Bielefelder Verlag für Regionalgeschichte für die wunderbare Gestaltung.

*(Jürgen Hartmann)*

## **Impressum**

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Anfragen, Beiträge etc. an: [rosenland-lippe@web.de](mailto:rosenland-lippe@web.de)

Erscheinungsweise: etwa 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Sommer 2024.

Redaktionsschluss: 1. Juni 2024.